

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 20940 F

spw - 41



**S
P**



DGB

11. Jahrgang — Juni 1988

9,50 DM

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Werbung: Christian Hossbach

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 461 70 83

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Juni 1988.

Die spw erscheint 1988 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt ein Prospekt des spw-Verlags, Berlin/West, und eine Bestellkarte der Zeitschrift *frontal*, Bonn, bei.

Editorial	195
Diether Dehm: Das weiche Wasser	198
Bonner Tagebuch	199

Frauen

Uschi Pausch-Gruber	
Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren	
CDU-Frauenpolitik als Teil der Kulturrevolution von oben	202
Mechtild Jansen	
Zur Strategie der Frauenbewegung	207

Kultur

Ursula Vogel	
Kunst und Politik oder Bertolt Brecht und die Erklärung der Welt	
Zu Werner Mittenzweis Brecht Biographie	216
Diether Dehm	
»Ein akzeptabler Mann?«	
Zu einem Buch über Brecht und die Frauen	222

Frieden

Mathias Kohler	
Bei der Verteidigung hören die Grundrechte auf	
Bundesverfassungsgericht weist Beschwerde gegen die Lagerung chemischer Kampfstoffe zurück	225

Skandinavien

Kennie Katborg und Lars Olsen	
Erfolge der marxistischen Linken in Dänemark	232

Frankreich

Johannes M. Becker	
Frankreich im Zeitalter LePens	
Zum Ausgang der Präsidentschaftswahl	238

Österreich

Peter Pelinka	
»prima causa« Waldheim	240

Ökologie und Kampf um die Umwelt

Jörg Windmann

Neue Entwicklungen der Produktivkräfte

Bericht von einer Arbeitstagung des spw-Beirats

245

Detlef Bimboes und Bernhard Brückner

Umweltverträgliche Chemieproduktion — schwierig, langwierig, aber prinzipiell lösbar!

248

Jochen Flackus

»Da werden nicht nur Atome gespalten«

Dokumentarfilm »Spaltprozesse« über die WAA in Wackersdorf

252

Programmarbeit

Programmkommission des SPD-Landesverbandes Berlin

Europäische Gemeinschaft — Europäischer Friede — Deutschland und Berlin

254

Rot-Grün in der Krise

Arno Brandt und Ulrich Wolf

Glasnost und Perestroika in Hannovers SPD

259

Diskussionsschwerpunkt:

SPD — Gewerkschaften

Horst Klaus

Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht

Referat auf dem Treffen des »Frankfurter Kreises«
in Oer-Erkenschwick am 26.3.1988

268

Kurt Neumann und Andreas Wehr

Thesen zu Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

276

Besprechungen

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Interdisziplinäre Jugendforschung.

Fragestellungen, Problemlagen, Neuorientierungen (*R. Bäcker*)

280

*Merkel, Wolfgang, und Bernhard Oldigs: Morgen rot. 80 Jahre Bremer
Arbeiterjugendbewegung. 40 Jahre Landesjugendring (H.-G. Hofschien)*

281

Guthke, Karl S.: Traven. Biographie eines Rätsels (S.v. Ingersleben)

284

Über die Autorinnen und Autoren

288

Editorial

Der 8. Mai 1988 zeigte die Linke auf der Siegerstraße: überragende Wahlsiege von Björn Engholm in Schleswig-Holstein und von François Mitterrand in Frankreich. Das jahrelange Gerede über die Krise der europäischen Linksparteien, das von manchem Konservativen genüßlich eingeläutete Ende des sozialdemokratischen Zeitalters — ein leerer Spuk? Spätestens der zwei Tage darauf erfolgte Rücktritt des Ersten Hamburger Bürgermeisters von Dohnanyi kühlte die Sinne etwas ab. Aber auch am Wahlabend selbst stellten die Beobachter heraus, wie stark Wahlerfolge der Linken im Moment der Schwäche der Rechten geschuldet sind, mahnten die Kommentatoren an, daß diese Erfolge keineswegs als Zustimmung der Bevölkerung für sozialistische Projekte verstanden werden dürften. So steuert Mitterrand denn auch die Schaffung einer zur »Mitte« geöffneten politischen Formation an, will bürgerliche Schichten in seine Politik einbinden. Ebenso ist Engholm krampfhaft bemüht, die Erwartungen an seine Regierungstätigkeit möglichst tief herunterzudrücken. Tatsächlich kann auch ein noch so strahlender Wahlsieg das sozialdemokratische Dilemma nur kurzzeitig überdecken: Weder besteht in grundsätzlichen strategischen Fragen in der Partei Einigkeit, wie die durch Lafontaine angestoßene Debatte offensichtlich macht, noch gibt es hinreichend ausformulierte realistische Konzepte, wie sozialdemokratische Zielvorstellungen angesichts von Weltmarktzwängen, Wirtschaftskrise, öffentlicher Finanznot und den Widerständen von konservativen Kräften in Wirtschaft, Verwaltungen und Medien umgesetzt werden können.

Arno Brandt und *Ulrich Wolf* zeigen die Schwierigkeiten der Umsetzung fortschrittlicher Konzepte am Beispiel Hannover auf.

Unser Schwerpunkt setzt die Diskussion um die Lafontaine-Vorschläge fort. Wir dokumentieren dazu die vom Gewerkschafter *Horst Klaus* vor dem Frankfurter Kreis gehaltene Rede. *Kurt Neumann* und *Andreas Wehr* greifen das von Klaus ausgesprochene Diskussionsangebot auf und entwickeln eigene »Thesen zur Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung«. Sie nehmen damit auch Stellung zu den Vorschlägen des Berliner SPD-Vorsitzenden Momper, die in Berlin zu heftigem Schlagabtausch zwischen SPD- und DGB-Vorsitzenden Anlaß gaben.

Mechtild Jansen und *Uschi Pausch-Gruber* beschäftigen sich mit den Handlungsmöglichkeiten der Frauenbewegung in »diesem unseren Lande«. *Uschi Pausch-Gruber* fragt nach dem feministischen Gehalt der neuen CDU-Frauenpolitik, die sich in »Frau Professor« Rita Süßmuth so sinnfällig verkörpert. *Mechtild Jansen* versucht eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der Frauenbewegung. Welche Erfahrungen der verschiedenen Bewegungen, der autonomen Frauen und der »Frauen in den Institutionen« sind zu berücksichtigen? Wie läßt sich daraus lernen, um eine *gemeinsame* Strategie gegen Kapital und Patriarchat zu konzipieren?

Der alte Bert Brecht steht im Zentrum unseres Kulturteils und zweier neuerer Veröffentlichungen. *Ulla Vogel* stellt die neue Biografie des Ostberliner Germanisten Mitzenwei vor, die versucht, Brechts literarische Entwicklung im Kontext seiner Zeit und

ihrer literaturtheoretischen und politischen Debatten zu beleuchten. Was bei ihm allerdings in der Regel mit »Schweigen« bedacht wird — Brechts Verhältnis zu »seinen« Frauen —, ist der Gegenstand einer Veröffentlichung, die *Diether Dehm* vorstellt. Vom Männerstandpunkt wendet sich Dehm allerdings gegen die Verharmlosung Brechts durch die Autorin: Er will den *ganzen* Brecht haben mit all seinen, auch den »männlichen Schattenseiten«.

Mathias Kohler erläutert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Lagerung von US-amerikanischen Chemiewaffen in der Bundesrepublik. Nach diesem Scheitern auf der juristischen Ebene ist die Friedensbewegung im Kampf gegen die Chemiewaffen wieder auf die politische Kampfarena zurückgeworfen worden. Nur wenn das Bewußtsein von der Bedrohung durch diese Waffen in der Bevölkerung wächst, kann es hier Erfolge geben.

Kennie Katborg und *Lars Olsen* stellen die Entwicklung der dänischen Sozialistischen Volkspartei dar. Der Aufstieg dieser Partei zu einer ernsthaften Konkurrentin der dänischen Sozialdemokraten ist eine Besonderheit in der eurolinken Entwicklung. Entstanden aus einer bereits in den fünfziger Jahren erfolgten Abspaltung von den Kommunisten, verstanden es die Volkssozialisten, sozialistische Positionen fest mit den Inhalten der neuen sozialen Bewegungen zu verknüpfen. Anders auch als den bundesdeutschen Grünen gelang ihnen eine selbstbewußte Profilierung auf der Linken, ohne daß dies mit einer sektiererischen Abgrenzung gegenüber den Sozialdemokraten verbunden war. Trotz eines leichten Stimmenrückgangs bei den jüngsten dänischen Parlamentswahlen bleiben die Volkssozialisten die treibende Kraft in der Linken Dänemarks.

Peter Pelinka untersucht in seinem Artikel Hintergründe und Bedeutung des »Falls Waldheim« und macht deutlich, wie sich in den Waldheim-Auseinandersetzungen die Traumata mehrerer Generationen der gesamten österreichischen Nation spiegeln.

Unsere Ökologie-Rubrik vereint diesmal einen Artikel von *Detlef Bimboes* und *Bernhard Brückner* zu einer umweltverträglichen Chemieproduktion und einen Bericht von *Jörg Windmann* über die *spw*-Tagung »Neuere Entwicklung der Produktivkräfte«. Auf dieser Tagung wurde auch die *spw*-Korrespondenz *Ökologie und neue Technologien* ins Leben gerufen, die einen Material- und Informationsaustausch organisieren und weitere Tagungen vorbereiten soll. Interessenten/innen aus der Leserschaft sind natürlich gern gesehen! Außerdem berichtet *Jochen Flackus* über einen Film zum Thema »Wackersdorf«. Zum Thema Programmarbeit dokumentieren wir schließlich ein Papier zur »Europäischen Friedensordnung-Deutschlandpolitik« aus Berlin, das sicherlich in der Parteidiskussion eine wichtige Rolle spielen wird.

Pünktlich zum 125jährigen Geburtstag hat die SPD nun auch ein neues Parteilied bekommen. Die Melodie dürfte den Friedensbewegten unter unseren Lesern/innen noch bekannt sein. Damit das peinliche Mitmurmeln bei feierlichen Anlässen unterbleibt und kräftig mit eingestimmt werden kann, veröffentlichen wir den Text.

Michael Karnatz

Verlagsmitteilungen

Neue Verlags- und Redaktionsanschrift

Ein weiteres Mal gilt es, den Kleinverlag einzupacken und in neue Räume zu verlegen. Im Kreuzberger Kiez haben wir ein neues Domizil gefunden für Vertrieb, Lager und Redaktionsversammlungen — ein großer Raum von ca. 65 Quadratmetern auf einer Fabriketage. Unsere neue Adresse ab 1. Juli 1988:

**Graefestraße 71
1 000 Berlin (West) 61**

Wir bitten unsere regelmäßigen LeserInnen also, etwaige Bestellungen ab diesem Zeitpunkt an die neue Büro-Anschrift zu richten. Die veränderte Telefonnummer teilen wir im nächsten Heft mit.

Neuerscheinung:

Jürgen Egert: Aufbruch. Beiträge zur Erneuerung der Berliner SPD

Das letzte Heft enthielt bereits die Ankündigung, inzwischen ist die Broschüre auf dem Markt erschienen. Der Band enthält auf 90 Seiten Reden von Jürgen Egert auf den Parteitagen 1985 und 1986 sowie wichtige Dokumente und Presseauschnitte.

Mit der Wahl Jürgen Egerts zum Landesvorsitzenden der Berliner SPD trat erstmals seit dem Krieg ein Linker an die Spitze der Berliner Partei. Aufgabe nach dem katastrophalen Niedergang war es, Voraussetzungen und Ansätze einer umfassenden Neuorientierung zu schaffen. Der Band dokumentiert diese Anstrengung und die damit verbundenen Probleme.

Einzelpreis 9,80 DM zuzüglich Versand (Organisationspreis 7,00 DM). — Bestellungen an: *spw*-Vertrieb, Graefestraße 71 in 1000 Berlin (West) 61.

Diether Dehm

Das weiche Wasser

Was Du willst, geht nicht »ohne Dich«
 drum sag bloß keiner »nich mit mir«
 Mensch komm und schaff Dein »großes Ich«
 mit ran, mit rein bei unserem »Wir«

Klar: unser Weg ist elend weit
 noch ältre Bilder falln mir ein
 nur: in Bewegung, mit der Zeit
 siegt jedes Wasser über Stein

Refr.:

*»Wir sind die stärkste der Parteien«
 und sind wir schwach
 und sind wir klein*

wir wollen wie das Wasser sein
 das weiche Wasser bricht den Stein

Europa hatte zweimal Krieg
 der dritte wird der letzte sein
 gib bloß nicht auf! gib nicht klein bei!
 das weiche Wasser bricht den Stein

Die Rüstung sitzt am Tisch der Welt
 und Kinder, die vor Hunger schrein
 für Waffen fließt das große Geld
 doch weiches Wasser bricht den Stein

Refr.: »Wir sind ...«

Monopoli, das kalte Spiel
 solln Menschen nur Figuren sein?
 die Sieger kosten uns zuviel
 und jeder wird dabei zum Stein

Drum tanz mit uns auf unserm Fest
 laß zeigen wie sich's leben läßt
 Mensch! ... Menschen können Menschen sein
 das weiche Wasser bricht den Stein

Refr.: »Wir sind ...«

Bonner Tagebuch

10. März 1988. Pressedokumentation Deutscher Bundestag. Mir flattert ein Interview mit Oskar Lafontaine in der *Hamburger Morgenpost* auf den Tisch. Oskar wettert nun auch gegen die Quellensteuer. Begründung u.a.: »Der Finanzplatz Bundesrepublik wird unattraktiv ... Die Quellensteuer wird die Kapitalflucht aus der Bundesrepublik eher verstärken als verhindern.« Seine Übernahme der Argumente der neoklassischen *Wirtschaftsexperten* geht also weiter. Für den wütenden Protest des SPD-MdB Max Amling interessierte sich nur die *Augsburger Allgemeine*.

10. April 1988. »Baracke«. Das SPD-Präsidiumsmitglied Heidi Wieczorek-Zeul bezeichnet in einer Presseerklärung den Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD gegenüber dem SDS von 1961 als Fehler. Anlaß ist der 20. Jahrestag des Attentats auf Rudi Dutschke. Die Initiative, den Beschluß aufheben zu lassen, ging vom Frankfurter Ortsverein Nordend I auf seiner »Benneter-Ausschluß-Jubiläums-Veranstaltung« aus (siehe Bericht in *spw* 39). Das SPD-Präsidium erteilte einen Prüfauftrag, der in der Baracke Rudolf Hartung zur Bearbeitung vorlag. Ohne Kenntnis des Inhalts seiner Vorlage werden dem Antrag in »gut unterrichteten Kreisen« im Präsidium positive Chancen eingeräumt.

15. April 1988. Frühstück. Ich schlage die *Frankfurter Rundschau* auf und lese, daß Ministerpräsident Rau die streikenden Rheinhausener Arbeiter auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies sei Voraussetzung des Beginns seiner Vermittlungsbemühungen. So stelle ich mir den typischen Sozialdemokraten vor. Selbst durch das Cromme (Krupp-Vorstand)-Telefonat arg ins Zwielicht geraten, macht er sich nun zunächst den Arbeitgeberstandpunkt zu eigen, empfiehlt den Arbeitern, auf ihre Kampfmittel zu verzichten, bevor er bereit ist, helfend einzugreifen. Da wundert man sich auch nicht mehr, wenn er das (traurige) Ergebnis dieser Verhandlungen später — wieder auf Krupp-Linie — so kommentiert, daß das Stahlwerk wirtschaftlich nicht zu halten gewesen sei (trotz eines detaillierten Weiterführungskonzepts von Betriebsrat und wissenschaftlichen Gutachtern).

Blanke Wut stellt sich ein, daß niemand in der politischen Szenerie Bonns, wo sonst alles und jedes kommentiert wird, dem Parteilinken und Minister Zöpel entgegentritt, der die Verletzung der Bannmeile und Brückensperrungen für dramatischer hält als den Rheinhausener Skandal selbst, der die Stahlarbeiter angesichts der Masse der anderen Arbeitslosen vor »übertriebener Dramatisierung« warnt. Sozialdemokratischer Zynismus 1988 ...

20. April 1988. Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieter Dowe eröffnet mit einem Festvortrag über die Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung eine Veranstaltungsreihe der Stiftung im Jubiläumsjahr, die bis zur Begutachtung der SPD-Entwicklung nach 1945 reicht (Kurt Klotzbach). Es sind zwar viele Insider und Wissenschaftler anwesend, aber von größerem öffentlichem Interesse kann man nicht sprechen. Doves Fazit:

Die Sozialdemokratie ist älter als 125 Jahre. Damit man die Feier nicht ausfallen lassen muß, findet allseitig der Kompromißvorschlag von Susanne Miller Zustimmung: Die sozialdemokratische Bewegung ist älter, dagegen beginnt die Parteiorganisation mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter Verein (ADAV) 1863.

23. April 1988. Bundestag. Die SPD-Abgeordnete Edelgard Bulmahn hat einen etwas genaueren Blick in den Forschungshaushalt geworfen. Ergebnis: Die Forschungsausgaben im zivilen Bereich stiegen in den letzten fünf Jahren um 11,5, die Wehrforschung beim Verteidigungsministerium um 67 Prozent. Hätte Riesenhuber also nicht doch die Beförderung zum Verteidigungsminister verdient gehabt?

27. April 1988. »Baracke«. Die SPD führt ihre Reihe der Programmwerkstätten fort: »Die Spaltung überwinden: Zur gesellschaftlichen Gleichheit von Frau und Mann«. Das Signal hatten wohl nur die Frauen gehört, sie blieben weitgehend unter sich. Als Hahn im Korb fungiert Oskar, der allerdings nicht ohne Schäden am Federkleid den Saal verläßt. Während die offiziellen ASF-Vertreterinnen noch recht milde mit ihm umgehen (da steht die genaue Positionsbestimmung wohl noch aus), werden Gewerkschafterinnen wie Elisabeth Vogelheim (IG Metall) deutlicher. Seine Neudefinition des Arbeitsbegriffs wird als im wesentlichen heiße Luft enttarnt, die den Frauen keine Perspektive auf reale Gleichstellung bietet. Die Forderung nach obligatorischer Teilung eines verlängerten Elternurlaubs wird ihm zwar mühselig erklärt, stößt aber dann auf wenig Gegenliebe. Er ist da mehr für »freie« Wahl. Für mehr Lebendigkeit durch stärkere Einbeziehung der Teilnehmerinnen sorgt auf wohlthuende Weise Gisela Marx vom WDR. Eine Premiere am Rande: der erste Büchertisch des *spw*-Verlags in der »Baracke«.

2. Mai 1988. ZDF. Das neue Parteilied wird im »heute-journal« präsentiert. Verantwortlich: Willy, Oskar und Anke Fuchs, die einen für *spw*-Leser/innen Bekannten mit Text und Produktion betraut hat — Diether Dehm. Ausführliche Berichte (Tendenz: überrascht bis begeistert) im *Sozialdemokrat Magazin* (SM), in *Stern*, *Spiegel* und *Süddeutscher* folgen. Die Textgrundlage: »Das weiche Wasser bricht den Stein«. Ob sich die SPD der abgewandelten »Hymne« der Friedensbewegung würdig erweist, wird sie noch zu beweisen haben. Als Sprecher, Sänger und Komponisten bekannte Namen: Willy Brandt, Senta Berger, Götz George, Hans Rainer Kunze, Hans Werner Henze u.a. Die Platte gibt's für 10 Mark bei SM!

4. Mai 1988. Deutscher Bundestag. Herr Jenninger, der Präsident, verkündet das keimfreie Bundeshaus: »Das Entfernen von Plakaten und Aufklebern mit politischem Inhalt ist zur Wahrung der Würde des Parlaments geboten.« Na also, jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Würdig erweist sich das Parlament nur als unpolitische Schwatzbude.

5. Mai 1988. »Baracke«. Fortsetzung Werkstattgespräche. Das Thema ist der »Frieden«. Und der ist männlich, so wie 80 Prozent der Teilnehmer. Ein Bick in die Teilnehmerliste verrät, daß das Thema mehr Resonanz findet als das vorherige. Prominente Schriftsteller, Wissenschaftler, Friedensbewegungsfürsten, Bundeswehroffiziere, MdBs, Botschafter, jede Menge Presse. Die Debatten zeigen den fortgeschrittenen Stand der Diskussion innerhalb der Partei und zugleich nach außen. Die SPD ist

auf diesem Feld dialogfähig mit Wissenschaftlern wie Hans-Peter Dürr oder Albrecht von Müller, hier hat sie etwas vorzuweisen. Mit Christiane Rix sitzt eine langjährige *spw*-Mitarbeiterin auf einem der Podien (über die neue Phase der Entspannungspolitik). Arbeitsgruppen tagen in hochkarätiger Besetzung (man hätte sich nur zusätzlich »offizielle« Vertreter der Friedensbewegung auf den Podien gewünscht), werden von Edelgard Bulmahn und Katrin Fuchs sachkundig und souverän moderiert. In diesem Arbeitsfeld geht es praktisch und programmatisch voran.

6. Mai 1988. »Baracke«. Der Sekretär der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand schickt mir als Teilnehmer der Werkstattgespräche eine Pressedokumentation zur Veranstaltung »125 Jahre SPD« (siehe den Bericht in *spw* 40, der aber nicht mitdokumentiert wurde). Als Beigabe finde ich u.a. eine Werbeanzeige für das Sonderheft »125 Jahre SPD« des Verlages Sozialistische Praxis. Begeistert darüber, daß es möglich ist, einen breiteren Interessentenkreis auf diesem Wege auf nicht parteioffizielle, aber parteinahe Publikationen aufmerksam zu machen, bitte ich den zuständigen Sekretär schriftlich, doch in seinem nächsten Rundschreiben auf das *spw*-Schwerpunktheft zum gleichen Thema hinzuweisen. Schließlich geht nichts über breiten Meinungspluralismus in der Partei. Ob's klappt, darüber mehr im nächsten Heft. Uli Schöler (Bonn)

Frauen

Uschi Pausch-Gruber

Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren

CDU-Frauenpolitik als Teil der Kulturrevolution von oben

Was die SPD Mitte der siebziger Jahre begriff — genauer: seit der Diskussion um den Orientierungsrahmen '85 und der ersten Europawahl —, ist nun auch bei der CDU angekommen: die Erkenntnis, daß Frauen in den politischen Handlungsfeldern persönlich angesprochen werden müssen; daß die Gleichung Familienpolitik = Frauenpolitik nicht mehr aufgeht. So sind nun die beiden großen Parteien bemüht, Politik für Frauen anzubieten. Die beiden kleineren ziehen nach.

Die SPD hat unbestreitbar in der Frauenfrage emanzipatorische Positionen bezogen und in der Bundesrepublik sowohl in der Verfassung als auch in der Gesetzgebung umgesetzt. Widerspruchsfrei war diese Entwicklung jedoch nicht, und hinter August Bebel's Ansätzen ist sie noch immer zurückgeblieben. »Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau«, heißt es bekanntlich bei Bebel. Im Laufe der Geschichte verstärkten sich patriarchalische Gedanken in der SPD in dem gleichen Maße, wie die Überwindung und Abschaffung des Kapitalismus in Frage gestellt wurden. Die Tabuisierung der emotionalen, privaten Beziehungen, die gespaltene Sexualmoral, verbunden mit der Privatisierung der Familie, begünstigten sozialdemokratische Politikkonzepte, die Frauenemanzipation behinderten oder sogar verhinderten. Auch Sozialdemokraten wiesen Frauen in der Gesellschaft und der Politik vor allem Arbeitsfelder im Sozialbereich zu. Nach 1945 identifizierten sich alle Teile der Arbeiterbewegung immer stärker mit dem früher kontrovers und kritisch diskutierten bürgerlichen Ehe- und Familienbild. Die Folge war und ist die fast totale Akzeptanz der patriarchalischen Familie in der gesamten Gesellschaft.

Daß Emanzipation in dem von Bebel geforderten Sinne bei der CDU/CSU nicht vorkommt, verwundert nicht. Was wir an frauenpolitischer Bewegung bei den beiden christlichen Parteien erleben, ist gewissermaßen ein doppelter Anpassungsprozeß: einmal an das trotz (oder wegen) heftiger Widerstände in einigen Punkten veränderte Selbstverständnis und gewachsene Selbstbewußtsein vieler Frauen und ihrem nicht nachlassenden Drängen in die Erwerbstätigkeit sowie zum zweiten an die bis heute unverzichtbare Beteiligung der Frauen an der Produktion und in den Bürokrationen — wenn auch bei sinkendem Bedarf. Auch im Interesse der Binnennachfrage und der bestehenden Lohnstruktur kann Frauenerwerbsarbeit nicht global angegriffen werden. Frauenfeindliche Bedingung ist allerdings, daß diese Beteiligung keine oder nur geringe Kosten verursacht und die Lasten der Reproduktionsarbeit von den Frauen privat

— bestenfalls entlastet durch die Männer — geleistet werden. Die unumgängliche Frauenarbeit rentiert sich für dieses System nur, wenn keine zusätzlichen Kosten entstehen oder mit geringfügig steigenden Kosten Entlastungen großen Ausmaßes im Sozialsystem verbunden sind.

»Dieses Konzept von Frauenpolitik geht von der Prämisse der Krise der Arbeitsgesellschaft und fortbestehender Massenarbeitslosigkeit, der Grenzen des Wachstums, der sozialen Sicherung und der großen bürokratischen Systeme sowie einer notwendigen Lastenumverteilung aus — ohne die Ursachen der Krise, die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und -entscheidungen anzutasten. Zugleich geht es von der Unumkehrbarkeit des Wertewandels der Frauen aus. Auf dieser Basis entwirft es die (unter solchen Prämissen einzig mögliche) Vorstellung einer zwischen den Geschlechtern gerechten Verteilung von Möglichkeiten und Lasten, Rechten und Pflichten bzw. einer gerechten Teilhabe an ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen. Eine derartige Lösung der Frauenfrage verwickelt sich rasch in Widersprüchlichkeiten und führt faktisch bestenfalls zu einem gehobenen Niveau des Zweite-Klasse-Status von Frauen ... Frauen sollen bei aller Modifikation im Kern weiterhin ihre klassischen Funktionen erfüllen und dabei — das ist das Neue — ihre Männer jeweils ein Stück 'mitnehmen', um den Umbau des Sozialstaates zu erleichtern und Gleichstellung privat zu regeln.« (Mechtild Jansen, 1986)

Die CDU/CSU kann sich dabei auf (mindestens) zwei, bei der übergroßen Mehrheit der Frauen, festverwurzelte Bewußtseinslagen verlassen: daß frau letztlich in dem Mann und seinen Aktivitäten aufzugehen habe, jedenfalls seine Interessen vorrangig zu berücksichtigen seien, und daß außerhäusliche Kindererziehung, vor allem Kleinkindererziehung, eine mehr oder weniger minderwertige Notlösung sei. Trotz der erfolgreichen Bildungskampagne der sozialliberalen Ära für die Mädchen und der verfestigten Berufswünsche ist der zweite Punkt die Ursache des immer wieder geäußerten schlechten Gewissens der erwerbstätigen Mütter gegenüber ihren Kindern.

Wie erfolgreich kann das Konzept der konservativen Parteien sein? Unter Bezug auf die »Sinus-Studie« vom November 1984 (»Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD/Sonderauswertung Frauen«) ist festzustellen, daß das Bedürfnis nach Harmonie und Sicherheit der Frauen in den meisten der ausgewiesenen Milieus stärker ist als das der Männer. Fragen der sozialen Sicherheit erfüllen Frauen des traditionellen Arbeitermilieus und des alternativ/linken Milieus mit wesentlich mehr Sorge als die Männer. Steigende Preise machen Frauen aller Milieus stärker betroffen als Männer, von Einschränkungen des persönlichen Freiheitsspielraumes zeigen sich Frauen dagegen weniger bedroht, bei Umweltproblemen und Fragen der Rüstung und des Friedens wurde die Betroffenheit höher eingestuft als die von Männern. Machen vor einem solchen Hintergrund Politiken nicht durchaus Sinn, die Flexibilisierung der Arbeitszeit (und dafür mehr Arbeitsplätze), Kostensenkung im Gesundheitswesen durch Selbstbeteiligung und mehr häusliche Pflege (dafür grundsätzliche Sicherung und mehr Menschlichkeit), Preisstabilität sowie Rentensicherheit zum Thema haben? Sind sie nicht vielleicht doch in der Lage, Bedürfnisse zu erfüllen, die sich in bezug auf die Wahrnehmung von Politik in der genannten »Sinus-Studie« herauskristallisierten? Danach ist der Wunsch nach Entlastung mit entsprechenden Erwartungen an die Politik bei Frauen aller gesellschaftlichen Schichten tendenziell höher als bei Männern. Allgemein vorgetragene Appelle an die Bereitschaft, Krisen gemeinsam zu bewältigen, auf

überzogene Forderungen zu verzichten, könnten demnach »richtig« gewählte Strategien sein. Zum einen, weil die Gruppen der jeweils Betroffenen zahlenmäßig zu klein sind, um wahlrelevant zu sein, weil die Gruppen der am stärksten Betroffenen, arbeitslose Männer und Frauen, Rentner und Rentnerinnen, schwer oder gar nicht organisierbar sind. Und zum zweiten, weil das Sinken der Kaufkraft sowie die immer raffiniertere Vertreibung der Frauen vom Arbeitsmarkt eben nicht als gesamtgesellschaftliches Phänomen, sondern nur vereinzelt wahrgenommen werden. Auch hier kommen den Konservativen verinnerlichte »Frauentugenden« zu Hilfe. Bescheiden sein, sparen, einteilen, sich-nach-der-Decke-strecken, das gehört halt zum Leben! Das meinen die meisten Frauen — und die CDU/CSU baut darauf. Es muß zu denken geben, daß nur an einer Stelle, bei der Benachteiligung der Trümmerfrauen bei der Erziehungsrente, ein weithin hörbarer Aufschrei öffentlich wurde. Bei allen anderen die Lage der Frauen verschlechternden Bestimmungen und Gesetzen blieben Proteste marginal, auch bei dem verheerenden Arbeitsförderungsgesetz.

Welche Rolle nun spielt Rita Süßmuth in diesem frauenpolitischen Konzept? Sie gilt immer noch als *die* Frauenministerin, die Frau Professor! Das fleischgewordene Symbol für die von Heiner Geißler kreierte »Partnerschaft 2000«. Nicht mehr das Heimchen am Herd, nicht mehr die Gattin und Mutter, nicht mehr die ehrenamtliche Trösterin und Pflegerin der Bedürftigen und Kranken sollen danach das Frauenbild der CDU prägen, sondern die selbstbewußte, gutgebildete, berufsorientierte Frau, die Partnerin, die in Beruf und Familie endlich ernstgenommen wird. Bis frau Kinder hat, natürlich nur. Erwerbstätigkeit wird den Frauen nicht mehr grundsätzlich streitig gemacht, selbst in der noch konservativeren CSU nicht mehr. Vielleicht haben wir das den Töchtern der Herren zu verdanken, die diese Politikkonzepte entwerfen?

Doch bleibt es unbegreiflich, daß immer wieder in der bürgerlichen Presse und von Frauen die Auffassung vertreten wird, die Ministerin sei die erste feministische Frau in diesem Ministerium und in einem Bonner Kabinett. Wie feministisch also ist Frau Süßmuth? Definition von Feminismus aus *Meyers Großem Taschenlexikon* von 1983 (Bd. 7, S.26):

»Richtung der Frauenbewegung, die die Befreiung der Frau von gesellschaftlicher Diskriminierung und Unterdrückung durch Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit der geschlechtsspezifischen Rollen anstrebt.«

Wieso wird ihren sozialdemokratischen Vorgängerinnen das Eintreten für Fraueninteressen so pauschal abgesprochen — sie haben doch die großen Gesetze auf den Weg gebracht und vieles durchgekämpft: Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, die Reform des § 218 (die heutige Regelung verdanken wir doch den Patriarchen des Bundesverfassungsgerichts!), EG-Richtlinien für Chancengleichheit und gleiche Bezahlung. Bei dieser Bewunderung für Frau Süßmuth scheinen viele dem sprachlichen Reiz, der unbürokratischen Rede, der Unmittelbarkeit des Formulierens zu erliegen und vergessen darüber, die Inhalte kritisch abzuklopfen!

»Ich denke, wenn eine Partei Zukunft haben will, dann entscheidet sich das mehr denn je daran, wie sie mit Männern und Frauen in der Partei umgeht und ob die Frauen erleben, daß sie ernstgenommen werden mit ihren Problemen, mit ihren Bedürfnissen und — ich unterstreiche — mit ihren Fähigkeiten.«

(Rita Süßmuth im November 1987 laut Kommentärübersicht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung). Und: »Wenn die CSU nicht lernt, gemeinsam mit uns Politik zu gestalten, wird sie es auch nicht lernen, gemeinsam die Zukunft zu gestalten.« (Rita Süßmuth in den *Westfälischen Nachrichten* vom Oktober 1987)

Warum hat die Vorsitzende der Frauen-Union Rita Süßmuth sich dann auf dem letzten Kongreß ihres Verbandes gegen die Quotierung gewandt? Ist doch der Frauenanteil der Unionsparteien in den Parlamenten auf allen Ebenen der geringste aller Parteien. Daß Frauen in gehobene Positionen kommen, trägt allzu deutlich den Charakter des Alibis, des Instrumentalisierens oder des Zufalls. Von der Basis der Frauen-Union wurde deshalb ebenso wie in der SPD oder bei den Grünen der Ruf nach Quoten laut. Warum suchen Frau Süßmuth und die Vorsitzende der Bayerischen Frauen-Union, Frau Professor Ursula Männle, nicht die Konfrontation, sondern vertrauen auf den guten Willen der Parteimänner? Zeigen denn die Erfahrungen der Frauen in anderen Parteien nicht, daß Absichten und guter Wille nicht ausreichen, Veränderungen, die eben unausweichlich mit Machtverlust der Männer verbunden sind, herbeizuführen? Parteisches Eintreten für Fraueninteressen und -bedürfnisse läßt diese Haltung auf keinen Fall erkennen. Ebenso ist das Verhalten von Frau Süßmuth in der Auseinandersetzung im Kabinett nicht als feministisch zu bezeichnen. Vielmehr deuten das folgenlose Widersprechen am Kabinettstisch, die fehlende Rückkopplung in die Frauenverbände und die ausbleibende Organisation von Widerstand in den gesellschaftlichen Gruppen auf Alibi und Instrumentalisierung. Genau betrachtet ist das, was Rita Süßmuth formuliert, eben doch nur Teil der von Heiner Geißler verordneten Kulturrevolution von oben. Bei dieser Frauenpolitik geht es eben nicht um die Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder, nicht um die Emanzipation aller Menschen, sondern sie wird als ein Anpassungskonzept an den Wandel des weiblichen Selbstbewußtseins und weiblicher Lebenspläne an die bestehenden Verhältnisse gesehen. Es dürfen weder die bestehenden Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit noch die Alleinherrschaft der Patriarchen wirklich berührt werden. Damit wird sie zu einem Instrument des Umverteilungsprozesses von unten nach oben und einer grundsätzlichen Gefahr für Arbeitnehmerrechte.

Gleichgültig, ob wir die Flexibilisierung der Arbeitszeit für Männer und Frauen heranziehen oder das Arbeitsförderungsgesetz oder die Konzepte für ehrenamtliche Sozialarbeit in Nachbarschaftshilfen oder in der Familienpflege oder die Verschlechterung bei anderen sozialen Einrichtungen, immer geht es darum, die einzig richtigen Forderungen der Frauen auf vollen Erwerb und eigene Einkommenssicherung bis ins Alter abzuwehren. Nirgendwo wird in diesen Konzepten Bebel's Utopie sichtbar. Nirgendwo auch das, was Frauen in Bayern formuliert haben:

»Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Fähigkeiten aller Menschen entwickelt und gebraucht werden, eine Gesellschaft, in der *Denken, Fühlen, Handeln, Arbeiten und Mitbestimmen* aller Gesellschaftsmitglieder, der Frauen und Männer, gleichberechtigt verwirklicht werden«. (Manifest des Frauenbündnisses Bayern von März 1986).

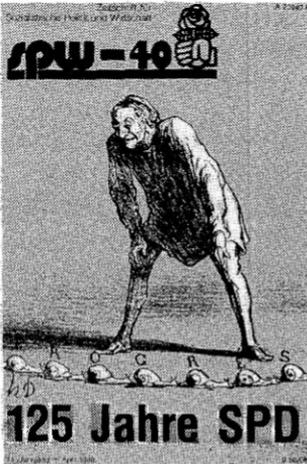
Auch die feministische Nagelprobe hat Rita Süßmuth nicht bestanden. Sie hat den Koalitionsvereinbarungen für ein Beratungsgesetz zum § 218 zugestimmt (vgl. Uschi Pausch-Gruber, 1987). Sie wirkt mit bei dem neuen Angriff auf das Selbstbestim-

mungsrecht und die Würde der Frau. Sie vertritt keine parteiischen Fraueninteressen und keine emanzipatorische Frauenpolitik — sie nicht und die CDU/CSU auch nicht. Vielmehr kriecht sie mit den Patriarchen ihrer Partei und anderer gesellschaftlicher Gruppen unter die Talare, die stinken nach dem Muff von 1000 Jahren.

Literaturverzeichnis

Jansen, Mechthild: Frauenemanzipation und Befreiung — Alternativen für Frauenpolitik. In: Für eine Mehrheit links von der CDU. Köln 1986

Pausch-Gruber, Uschi: Der Lack ist ab — Koalitionsvereinbarungen zum § 218, ein Sieg des Patriarchats. In: *spw* 35, S.113ff.



spw - Die Zeitschrift linker Sozialdemokraten

D.Albers: Immer noch, nein, mehr denn je unterwegs
 J.Scheifstein: 125 Jahre SPD
 F.O.Wolf: Ein sozialdemokratisches Jahrhundert
 Ch.Wickert: SPD-Frauenpolitik vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik
 D.Lehnert: Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit
 U.Schöler: Demokratische Massenpartei —
 »Bürokratischer Zentralismus« — Parlamentarisierung
 * * *

Archiv: 50 Jahre SPD (Rosa Luxemburg, 1913)

Antworten auf Lafontaine
 O.Demele: Auf die neoklassische Logik eingelassen
 M.Karnatz: Sozialismus in einer Klasse

Globale Probleme
 W.Zellner: Globale Probleme und neues Neues Denken

Besprechungen

Bestellungen: spw-Vertrieb, Tegeler Straße 6 in D-1000 Berlin (West) 65
 Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS
 Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 Seiten): DM 45,- zzgl. Versand

Mechtild Jansen

Zur Strategie der Frauenbewegung

Entwicklungsperspektiven

Unter dem Vorzeichen gegebener, freilich nicht unveränderbarer politischer Machtverhältnisse haben Frauen in den nächsten Jahren nicht nur die Hauptlast der durch die Rüstung in die Welt gesetzten Zerstörung menschlichen Lebens, sondern auch die der ökologischen Generalschädigung und jener Verwüstungen zu tragen, die die Folgewirkungen der technologischen Umwälzungsprozesse ausmachen. Vor allem *ihre* umfassende Ausbeutung soll die »Funktionsfähigkeit« gegenwärtiger gesellschaftlicher Verfaßtheit gewährleisten. Ihre Opferbereitschaft, ihre Erfindungsgabe in der Bewältigung des Alltäglichen unter den Bedingungen von Knappheit und seelischer Not, ihre dienende Fürsorglichkeit, ihr tatkräftiges Zupacken, wo Not am »Mann« ist oder sonstigen Lücken zu füllen sind — das ist für die Herrschenden die Reserve der Nation schon in den gewöhnlichen Katastrophen im Alltag eines der reichsten Länder der Welt, erst recht in ökologischen und militärischen Krisenfällen.

Leitbild ist die »flexible (Super)Frau«, die einfach alles kann und sich zugleich allen Konventionen (sprich: denen der Herrschenden) fügt: auf den Erwerbsarbeitsmarkt durchweg die zweite Klasse, die entwicklungsmäßig Abgehängten, dennoch die bei Bedarf Zur-Verfügung-Stehenden, die übrig Bleibenden in Armut lebend, ihren Mutterpflichten willig und eiligst nachkommend, immer bereit zu allen gewiß nicht ausgehenden sozialen Pflegearbeiten — und in der Fürsprache für solche Pflichtauffassung auch auf der politischen Bühne erscheinend. Politische »Macht«? Ja, aber nicht etwa gestaltende, sondern nur kompensierende. Frauen als gefällige, aber dumme Vorboten der gelungenen Unterwerfung aller Durchschnittsmenschen.

Eine partielle »Auflösung« der strikten Trennung von Familie bzw. Privatem und Beruf bzw. Politik scheint dabei denkbar — doch gewiß nicht unter dem Signum der Selbstbestimmung, sondern exakt unter den fremdbestimmten Bedingungen und Interessen der Herrschenden. Bitte schön spüren! Die Entwicklung birgt ihre *Widersprüchlichkeit* schon in sich. Es gibt *keinen* Lebensbereich, aus dem Frauen heute noch wie einst herauszuhalten wären. Was Frauen jedoch dort jeweils geboten wird, wird kaum ihren Lebensinteressen gerecht. Es könnte ihnen geboten erscheinen, sich zu nehmen, was ihnen ist.

»Neue« Frauenpolitik der Regierenden

Die Frauenpolitik der Herrschenden macht noch nicht den Eindruck, als wüßten letztere nicht mehr weiter und der Frauen nicht mehr »Herr« zu werden. Bestimmte Ansprüche des so täuschend hoch gelobten Geschlechts ließen sich zwar nicht mehr wie gewohnt wegwischen. Hier und da mußten und müssen Korrekturen her. Neue ideologische Leitbilder müssen veränderte Realitäten und zukünftige Planungen berücksichtigen. Wer den Gehalt für Frauen abklopft, findet nur ein bescheidenes Ergebnis.

Materielle Zugeständnisse gibt es nur, wo sie seltsam genau zum Leitbild der flexiblen Frau passen. Kulturelle Zugeständnisse gibt es, wo sie der Vereinnahmung der Frauenbewegung dienen. Politisch-ideologische Zugeständnisse gibt es, wo sie vergleichsweise ungefährlich sind oder zu befriedigen bzw. abzulenken vermögen. Wenn es den Frauen schon nicht gerade gut geht, wäre es nicht die einfachste Lösung, dem durchschnittlichen Mann ginge es heute ebensowenig gut?!

Es ist willkommen, daß sich dabei die Frauenbewegung selbst günstig differenzieren und aufspalten läßt. Wer sich nicht befriedigen oder vereinnahmen lassen will, wird als radikale lebensfremde Minderheit isoliert und stigmatisiert.

Versprochen wird — mit großem Gleichstellungsaufwand einschließlich entsprechender Bürokratie — die längst verheißene bürgerliche Gleichstellung als verwirklichte Praxis. Doch sie wird nicht eingelöst, weil die tiefsten Wurzeln von Abhängigkeit nicht angegangen und allein die gerechte Verteilung des vermeintlich unabänderlichen Mangels angedient wird. Das *theoretische* Angebot der Gleichstellung der Geschlechter innerhalb *tabuisierter* gerechter gesellschaftlicher Strukturen und Verhältnisse, kann angesichts dieser Voraussetzung *praktisch* nicht durchgehalten und lediglich im besten Fall zu einer graduellen Verbesserung, einem gehobenen Zweite-Klasse-Niveau für Frauen führen.

Auch hier *bleibt Widersprüchliches*. Wer sagt, daß nicht mit gewissen Zugeständnissen neue Bälle angestoßen werden? Wer sagt, daß Frauen sich — trotz ihrer fortbestehenden praktischen Probleme — vereinnahmen lassen und nicht weiterzudenken und zu handeln vermögen?

Frauenbewegung

Die Frauenbewegung ist da und ist auch nicht wieder wegzudenken. Aber leicht tut sie sich nicht. Die Entwicklung ihres Verhaltens darf als ein Indiz, als ein Vorbote für die Verarbeitung ihrer Lebenslage auch bei nicht unmittelbar politisch aktiven Frauen gesehen werden. Die Frauenbewegung hat wohl eine auf ihre Weise stabile Infrastruktur und ihre eigene Arbeits- und Organisationsweise, die stark auf Selbsthilfe, Eigeninitiative und »Schneeballsystem« vieler kleiner Einheiten basiert. Es gelingt immer wieder neu die Weitergabe von Impulsen an neue Gruppen, ein Knüpfen des Netzes der Verbundenheit in der Vielfalt. Erkenntnisse über Frauenunterdrückung werden vertieft und verbreitet. Sie ziehen anderes und bewußteres Alltagshandeln nach sich. Lange Erfahrung mit konservativen Schranken bewahrt viele Frauen, eine Ministerin in der Regierung mit einem grundlegenden politischen Wandel der CDU, eine Partei der Herrschenden mit einer Partei der Beherrschten zu verwechseln. Es gibt eine immer noch wachsende Vielzahl fach- oder gruppenspezifischer Zusammenschlüsse und weiter eine große, ebenfalls noch zunehmende Zahl von Einzelaktivitäten. In den Gewerkschaften ist ein Potential von Frauen versammelt, die wissen, warum und wie sie in großen Zusammenhängen und einer mächtigen Organisation zu kämpfen haben. Der Internationale Frauentag z.B. ist ein politisches Faktum, das zu eliminieren nicht mehr gelingt.

Und dennoch gibt es eine seltsame Widersprüchlichkeit. Gerade auch dort, wo das Engagement schon seit einer gewissen Dauer besteht und über die ersten, stark spontan geprägten Phasen hinaus gelangt ist. Politische »Wende«-Fakten greifen mit Zeitverschiebung auch in manchen Köpfen. Quantitative und qualitative Reserven scheinen bisweilen erschöpft. Alle Anstrengung wird verbraucht, um die »laufende Arbeit« aufrechtzuerhalten. Lähmungen, Durcheinander, Anspannungen, Ratlosigkeit — sie gibt es auch.

Was macht heute politisches Handeln aus? Wo wird *zusammenhängend* weiterentwickelt? Wo wird *koordinierend* zu politischem Handeln zur Veränderung von Strukturen und Machtverhältnissen zusammengefaßt? Um was handelt es sich? Um Anfänge von Aufspaltungen, Rückzug, Überforderung, Sendepause oder um Ver- und Aufarbeitung, schöpferische Pause, Sammeln neuen Nachwuchses? Fällt da etwas zusammen oder braut sich da etwas Neues zusammen?

Schnittpunkte in der Diskussion

Es gibt Diskussionsprozesse und Klärungsbemühungen. Dabei finden wir quer durch alle verschiedenen Bereiche Überlappungen und fließende Grenzen in Fragestellungen und Antwortversuchen. Bisherige »Modelle« sind nicht mehr stimmig, Vorstellungen purzeln mancherorts durcheinander. Eine Neubearbeitung hat erst begonnen. Das von der Frauenbewegung Erzwangene — die Neuformulierung konservativer Frauenpolitik — drängt die Frauenbewegung zu einer Antwort. Ist es das, was wir wollten oder ein Teil dessen? Ist es Plattform einer nächsten Etappe der Auseinandersetzung? Gibt es weiterführende dialektische Dynamik, revolutionierende Kraft des Befreiungskampfes der Frauen? Neue Diskussion und Kontroverse *innerhalb* der Frauenbewegung ist angesagt. Sie trägt jedoch andere Merkmale als in früheren Zeiten.

Die Spaltung in hier Engagement im »Reproduktionsbereich« als besonderes Merkmal autonomer Gruppen und da »Produktionsbereich« als spezifisches Merkmal von Gewerkschafterinnen und auf sie orientierender Gruppen ist vorbei. Definitionen, Selbst- und Politikverständnisse sind verändert, vielschichtiger geworden. Aber was heißt »Produktion« und »Reproduktion« und worin besteht der Zusammenhang im einzelnen? Wie autonom funktioniert jeder Bereich für sich? Wie funktioniert die Ökonomie unserer Gesellschaft und welche Ausbeutungsverhältnisse finden sich dort, welche Macht geht von ihnen aus, welche Macht wirkt auf sie zurück?

Es gibt einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Stadium der *Weltgeschichte*, der Atomrüstung, Atomkraftwerkszerstörungspotentiale, der Umweltzerstörung, sozialer, sexistischer, rassistischer und politischer Unterdrückung. Wo Anti-Sexismus nicht Programm ist, lassen sich die anderen Probleme nicht wirklich lösen. Die Schlüsselstellung der Frauenfrage liegt darin begründet, daß die geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frau zentrale Dimension des ganzen Systems der Spaltung und Ausdifferenzierung aller Unterdrückten, des »Teile und Herrsche« ausmacht. Wo dieser Nerv nicht berührt wird, kann das ihn umschließende System nicht unwirksam

gemacht werden. Die Stellung des weiblichen Geschlechts bleibt Gradmesser des gesellschaftlichen Fortschritts.

Es stellt sich *neu* die Frage: Wie können die Menschen, Frauen und Männer, in und mit ihren »Natur«-Wurzeln Kriterium der Entwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaft, *Subjekt* ihrer *humanen* Gestaltung werden? Frauen werden dort nur vorkommen, wenn sie sich an der Beantwortung dieser Fragen beteiligen. Den Feminismus können nur sie einführen.

In den Kernen der Frauenbewegung scheint geklärt: Es geht um feministische Frauenpolitik und feministische Neuformulierung der ganzen Politik. Viele wollen feministische und allgemein antikapitalistische, demokratische Umwälzung. Frauenleben und -rechte einfach nur an das bislang (aus welcher Schicht auch immer) männlich definierte Weltverständnis anzupassen, ist eine Zumutung und wäre auch keine Selbstbestimmung. Nicht geklärt aber ist, was genau den Inhalt von Gleichstellung und den Inhalt des »Eigenen«, des Feministischen ausmacht und in welchem Verhältnis beide Elemente zueinander stehen? Ist der Inhalt von Gleichstellung mehr abhängige, ungesicherte Teilzeitarbeit für alle, die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, u. a. oder sichere sinnvolle schöpferische, verkürzte, demokratisch gestaltete Berufsarbeit, Gleichheit im Antimilitarismus? Gerade vor dem Hintergrund der herrschenden frauenpolitischen Konzeption des »gerechteren« Mängelausgleichs liegt eine konsequent emanzipative Perspektive nur dort, wo die gleichgestellte Position nicht nur ihrer Form, sondern auch ihrem Inhalt nach auch mehr Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Selbstverantwortung statt Unterwerfung für Frauen ermöglicht, wo *Gleichstellung und Befreiung in einem untrennbaren Zusammenhang* miteinander stehen. Befreiung, die »erfüllt« ist, kann nie nur partikular sein. Sie kann auch nicht unter Auslassung der Anliegen und Erfahrungen bisheriger historischer Befreiungskämpfe verwirklicht werden.

Wir erleben freilich neuerdings in der Frauenbewegung eine Infragestellung des Sinns bürgerlicher Menschenrechte für Frauen, weil Brüderlichkeit »Geschwisterlichkeit« per se ausschließe und die Alternative Selbstbestimmung *oder* Gleichberechtigung laute. Kann unter solchen Vorzeichen das »Eigene« etwas anderes als das für Frauen stets Gehabte sein? Muß das Ziel nicht vielmehr »*gleiches* Recht auf *Selbstbestimmung*« heißen? Liegt in beiden Elementen nicht ein dialektischer Wechselprozeß begründet, der zudem in dem Verständnis von »männlich« und »weiblich« ein Prozeß historischer Veränderung einschließt? Das Neue kann dann gefunden werden, wo in der Form und im Inhalt gleiche Möglichkeiten bestehen, *alle* Bedürfnisse und Erfahrungen einzubringen, sich mit der *ganzen* weiblichen *und* männlichen Geschichte auseinanderzusetzen und umfassend alle Lebensmöglichkeiten zu realisieren. So wird der Freiraum für die Schaffung des »Menschlichen« erst eröffnet.

Welches Menschenbild haben welche Gruppen der Frauenbewegung dabei? Ist die einzelne ganz Frau ihrer (oder auch der einzelne ganz Herr seiner) Entscheidungen oder ist sie (bzw. er) nicht hineingeboren in und geprägt von bestimmten sozialen und kulturellen Verhältnissen? Welche Spielräume haben einzelne? Haben alle die gleichen? Wie kann das Funktionieren stillschweigender (meist unbewußter) Übereinkunft

mit den Herrschenden durchbrochen werden? Wie können viele durch gemeinsames gezieltes Eingreifen — einmal erkannte — gesellschaftliche Funktionszusammenhänge verändern? Wenn bestehende Verhältnisse sich nicht hinterrücks ständig reproduzieren sollen, reichen private Verhaltensänderungen allein noch nicht aus, es sind darüber hinaus antipatriarchalische und antikapitalistische Strukturveränderungen vonnöten. Geschlechterspaltung überwinden, heißt dabei, immer *im Verbund* miteinander und gleichzeitig für Frauen *und* Männer den Produktions- *und* Reproduktionsbereich — Arbeit/Politik *und* Familie/Sexualität — umzustrukturieren.

Wo ist der Standort der Frauenbewegung bzw. ihrer einzelnen Teile? Eine konsequente Feministin wird oder ist links, eine konsequente linke Frau wird oder ist Feministin! So wenig heute alle politischen Fragen in ein Rechts-Links-Schema aufzulösen sind, so meint dieses Selbstverständnis die Parteinahme für *alle* Interessen der Frau und gegen *alle* Unterdrückung und Ausbeutung, für Gleichstellung und Befreiung. Es macht uns unvereinnahmbar durch die bestehende CDU-Politik. Es zeigt: Die Fragen der »neuen« Bewegungen sind nur in Verbindung mit denen der »alten« Bewegungen zu lösen. (Was nicht meint, daß die »alten« so bleiben dürfen oder können, wie sie sind! Auch die »neuen« werden sich weiter verändern.)

Wir stehen nun vor bzw. in der Entwicklung einer *neuen Etappe der Frauenbewegung*. Ihr inhaltliches Kernproblem ist der theoretische und praktische Nachweis des untrennbaren Zusammenhangs von Gleichstellung und Befreiung. Eine gänzliche Verwirklichung unserer Forderungen ist nicht möglich, wo Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als gesellschaftliches Strukturelement in der existentiellen Frage von Produktion und Reproduktion von Leben — im Verkauf menschlicher Arbeitskraft als Ware zum Zweck privaten Profits — erhalten bleibt. Der Weg birgt viele Unsicherheiten und Risiken. Aber wir sind nicht gänzlich heimatlos, wenn wir unsere Vorkämpferinnen und alle Traditionen der Freiheit einbeziehen.

Arbeitsteilige, kooperative, organisch verbundene Strategie

Diese komplizierten Diskussionen prägen explizit oder implizit die Auseinandersetzung nicht nur um unsere Zukunftsalternativen, sondern auch um die aktuell dringendsten Probleme, ihren jeweiligen Stellenwert in der Gegenwehr und im Blick auf eine neue Offensive der Frauenbewegung. Das Gegeneinanderstellen oder gar Ausspielen der Kernprobleme Beruf—Familie—Sexualität ist nicht nur inhaltlich kontraproduktiv für das feministische Emanzipationsziel, sondern es ist in der Wirkung eine politische Ausgrenzungsstrategie. Eine Strategie und politische Aufgabenstellung verspricht am ehesten Erfolg, wo sie das *ganze* Frauen- und Gesellschaftsleben in seiner wechselseitigen Bedingtheit erfaßt und auf Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung befragt. Den jeweiligen Einzelproblemen kommen wir meist auch erst dann wirklich auf den Grund, wenn wir das *ganze* Frauenleben in seinen aufeinander bezogenen Einzelteilen in den Blick nehmen. — Es ist Sinn und Recht jeder spezifischen Gruppe, ihre sozial, politisch oder kulturell spezifischen Anliegen politisch zu artikulieren. Es gibt situationsbedingt oder je nach unmittelbaren Betroffenheiten unter-

schiedliche Notwendigkeiten, Anlässe und Anknüpfungspunkte von Widerständigkeit und Kämpfen. Die spezifischen Profile der einzelnen Frauen oder Gruppen, die jeweiligen spezifischen unkonventionellen oder radikalen Elemente machen genau jene Reibung aus, die uns selbst in der Entwicklung weitertreibt. Will die Frauenbewegung jedoch eine Bündelung oder politische Gesamtpotenzierung, eine Konzertierung ihres Willens nicht dem Zufall überlassen, sind Inhalte und praktisches Handeln konzeptionell zusammenzufassen. Zu diesem Denken und Handeln in Zusammenhängen gehören Solidarisierung und Kooperierung. Entfaltung von Pluralität und Vielfältigkeit der Frauenbewegung auf der einen Seite sowie Austausch und bewußtes, genaues Knüpfen gemeinsamer Stränge unserer Kämpfe und Vorgehensweisen auf der anderen Seite. Das sind die beiden Bestandteile einer dialektischen Dynamik in der Arbeit der Frauenbewegung. Ist ein Teil geschwächt oder stagnierend, schwächt er das Ganze.

Neues Diskutieren und Handeln!

Vordringliche Probleme und inhaltliche Schwerpunkte

- »Beiträge der Frauenbewegung zur Friedens- und Ökologiebewegung«;
- »Selbstbestimmungsrecht beim Schwangerschaftsabbruch«;
- »für tägliche Arbeitszeitverkürzung, neue Verteilung der Hausarbeit, Frauenförderung, Quotierung«;
- »Quotierung in Beruf, Gesellschaft und Politik: Hälfte eines ganzen, gerechten und selbstbestimmten Lebens«;
- »Ausländerinnen, die Lesben, die Behinderten«;
- »Gen- und Reproduktionstechnologien«;
- »Leben mit Kindern«;
- »Antidiskriminierungsgesetz«.

Neben dem Handeln zur Durchsetzung unserer in der Vergangenheit entwickelten vordringlichen Forderung in den gesamten Bereichen, brauchen wir die Verständigung über ein alternatives Lebenskonzept, eine Utopie von Frauen- und Gesellschaftsleben, welches die tagesaktuellen und die Zukunftsinteressen der Frauen zu gewährleisten vermag. Die Bruchpunkte sind da: *Arbeit, Kultur, Familie und Zusammenleben mit anderen Menschen, Sexualität und Schwangerschaft, Warengesellschaft und Kapitalprofite.*

Aktionsformen und Handlungsstrategien

Das Thema sind unsere eigenständigen, unabhängigen Lebensperspektiven. Sie sind uns dringlich genug, daß wir auch über neue Aktions- und Kampfformen und über eine Öffnung und Offenheit für neue Frauen nachdenken sollten. Was macht politisches Handeln heute aus, wo und wie gewinnen wir neuen Einfluß und Macht zur Durchsetzung unserer Interessen? Der Alltag ist politisch, und jede unserer Alltagshandlungen hat politische Dimensionen. Und doch liegen politische Zusammenhänge nicht nur oder in erster Linie an der Oberfläche, sie sind nicht allein durch unmittelbares Han-

deln der einzelnen veränderbar. Wenn wir die Verhältnisse ändern wollen, müssen wir auch im eigenen Leben mit aller Konsequenz dazu bereit sein, Änderungen zu vollziehen. Wir müssen das stillschweigende Zusammenspiel und Funktionieren der Herrschaftsmechanismen aufkündigen. Wir müssen unser ganzes Leben darauf befragen, wo auch schon im Kleinsten Widerspruch und Widerstand möglich und notwendig sind. Das ist die eine Seite — die aber in ständigem Wechselbezug zu einer anderen Seite stehen muß, damit wir auch mehr und mehr Möglichkeiten zu anderem Alltags-handeln haben. Es bedarf auf der anderen Seite *organisierter*, d.h. bewußter, koordinierter politischer Handlungen zur Veränderung gesellschaftlicher *Strukturen und Machtverhältnisse*, wenn das alltägliche Gegen-den-Strom-schwimmen nicht ohnmächtig bleiben soll. Unsere Forderungen sind — angesichts der hiesigen politischen Herrschaftsverhältnisse — nicht kurzfristig durchsetzbar. Für unsere Probleme können wir kurzfristig nur Entlastung schaffen, indem wir uns wehren und uns Selbstbestimmung über unsere Lebensverhältnisse mit langem Atem erobern.

Unser Handeln beinhaltet dabei zwei Dimensionen: auf der einen Seite die Herrschenden zu hindern, weiter gegen unsere Interessen vorzugehen und auf der anderen Seite Solidarität mit den Opfern dieser Herrschaft zu üben und Alternativen aufzubauen. Alternativen bauen wir auf, indem wir den Herrschenden Zugeständnisse ab-zwingen und darüber hinaus unsere Geschicke gänzlich in die eigenen Hände nehmen und jeder Beherrschung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen. Das wird uns nur in dem Maße gelingen, wie möglichst alle Frauen für ihre Interessen selbst handeln.

Was können unsere nächsten Aktionen sein? Streiks, Boykotts, Verweigerungen — mit denen wir gemeinsam unsere Nicht-Zuständigkeit für alle Schattenarbeit, Fütterung von Kindern und Männern, Trostarbeit, Handlangerinnen- oder Lückenbüberinnenarbeit in der Armee oder in Industrie und Handel oder im »Privaten« deutlich machen? Wann gibt es die nächsten lokalen, regionalen und bundesweiten Aufrufe zu weiteren neuen Widerstandsaktivitäten? Wie bereiten wir uns gründlich darauf vor? Wie können wir unseren Widerstand und unsere alternative Politik von unten her, von den Kommunen her aufbauen und überregional immer wieder zusammenführen und protestieren?

Strategie

— So sehr es erhellend war, nicht bei einer Politik autonomer Inseln bzw. umgekehrt bei bloßer Integration in bestehende linke Bewegungen und Organisationen stehen-zubleiben, so sehr das allgemeine Bemühen um Inrechnungstellung der Frauenfor-derungen als überfällig gutgeheißen wird, so wenig erübrigt sich heute und auf lange Sicht eine konsequente Doppelstrategie der Frauenbewegung: *Autonomie* als Grund-basis aller Selbstverständigung und allen feministischen Veränderungsdruckes und *Integration* zur feministischen Neuformulierung einer gesamten politischen Alternative, d.h. herausfordernder, im Zweifel Änderung erzwingender Streit im Bündnis mit allen anderen demokratischen Bewegungen und Organisationen. Wir brauchen eine Verstän-

digung darüber, wie wir uns die autonomen Orte unserer Selbstwerdung und unseres Handelns organisieren und wie wir uns die Orte der allgemeinen Politik vorstellen.

— So sehr parlamentarische institutionelle Sicherungen unserer Kämpfe, Forderungen und Möglichkeiten notwendig sind, so *unverzichtbar* für alle weiteren Bewegungen in der bis dato patriarchalisch-kapitalistischen Politik bleibt der *außerparlamentarische Kampf* der Frauenbewegung. Ohne diesen Nährboden wird es Veränderung, die die Interessen der Frauen zum Mittelpunkt hat, nicht geben.

— Ohne eine Verbindung von konkreter unmittelbarer Interessenslobby und konkreten Utopien bzw. alternativen Zukunftsentwürfen sind wir nicht auf Dauer überzeugend und gewinnen wir selbst nicht den langen Atem.

— In den letzten Jahren hat es innerhalb der Frauenbewegung ein Aufeinanderzugehen und neue Frauenbündnisse auch auf Bundesebene gegeben. An vielen Orten ist ein Bewußtsein des Aufeinanderangewiesenseins entstanden und gewachsen. Der Gewinn im gegenseitigen Kennenlernen war konkret spürbar. Unter dem Druck schwieriger Ausgangsbedingungen und Herausforderungen drohen solche Erfahrungen verloren zu gehen. Oder verlieren wir sie schon? Hat Zusammenarbeit wie z.B. in der »Aktion Muttertag« wenig Sinn, weil die großen Erfolge ausgeblieben sind?

Vor dem Hintergrund des Wissens um wesentliche gemeinsame Grundinteressen und der Erkenntnis bzw. Erfahrung der Chance und Notwendigkeit von Zusammenarbeit können und müssen unsere Differenzen und Unterschiede auf den Tisch. Konflikte und Kämpfe wären auszutragen. Produktiv zu streiten hieße, Grenzen zu formulieren, in Offenheit aber auch voneinander zu lernen — Lernprozesse für alle gewinnbringend. Oder wie stellen wir uns vor, wie Demokratie und Selbstbestimmung unter uns selbst aussieht (wenn sie nicht Exklusivrechte für einige Erlauchte unter uns sein sollen)? Dabei bleibt wahr, daß wir alle auf lange Sicht zu mehr Einfluß und Macht nur kommen, wenn wir uns nicht trennen und spalten lassen, sondern gemeinsam kämpfen — ohne Zwang, deshalb unterschiedslos gleich zu sein oder werden, sondern in Vielfalt.

Was hindert uns? Wo unterscheidet sich die Einschätzung und wo sind die Alternativen? Oder verdrängen wir eigene Verantwortung, sind es Ausweichmanöver angesichts von Schwierigkeiten und des politischen Drucks von rechts, sind es bloße Vorurteile und Stigmatisierungen? Wie entwickeln wir die bundesweite Kooperation, die in den vergangenen Jahren um die »Aktion Muttertag« oder im Zusammenhang mit dem § 218 begonnen wurde, weiter? Wie entwickeln wir die städtischen Frauenbündnisse?!

Warum wehren sich nicht mehr Frauen?

Wo die »Themen« doch sichtbar auf der Straße liegen, warum berühren sie nicht mehr Frauen in einer Weise, daß sie sich heftiger und politisch spürbarer wehren? Liegt es daran, daß die Herrschenden noch nicht so *Nichtmehrweiterkönnen* und die Beherrschten noch nicht hinreichend so *Nichtmehrweiterwollen*? — Vielleicht muß die Frauenbewegung die ganze konkrete Wahrheit in der Artikulation der Frauen unbefangener und ohne Schemata wahrnehmen, gelassen die realistischen und unrealistischen

Möglichkeiten auf sich zukommen lassen, ohne selbst den Drang nach Veränderung deshalb zu stoppen? Vielleicht sollten wir ganz einfach unserem eigenen Leben und unseren eigenen Erfahrungen mehr trauen und uns an ihnen orientieren? Nützt es nachzudenken, wie den Frauen mehr Möglichkeiten eröffnet werden können, ihre Bedürfnisse und Interessen *selbst* zu artikulieren und dadurch Lernprozesse zuzulassen? Lernprozesse, bei denen wir nicht vorher wissen, was herauskommt oder herauszukommen hat, deren Bestandteil wir lediglich sind und in die wir unsere bisherigen Erfahrungen einbringen, ohne sie anderen überzustülpen? Die Ermutigung zu Selbstvertrauen, sich selbst zu helfen, das ist das Wichtigste, was die Frauenbewegung anderen Frauen vermitteln kann. Was sie daraus macht, hat keinem Dogma zu folgen, sondern ist ihre und unsere eigene Sache. Frauenbewegung ohne die konkreten Frauen hier und heute ist ebensowenig denkbar, wie demokratische gesellschaftliche Veränderung ohne die hier und heute aktive Frauenbewegung. Wenn Frauen dabei ihre Identität nicht mehr durch Gefälligkeit für andere — Männer, Familie, Vaterland und Staat oder Kirche etc. —, sondern durch ihr eigenes Tun, ihr eigenes Handeln gewinnen, dann sind wir unseren Träumen schon sehr viel näher. Denn dann werden sie Subjekt ihres eigenen und unseres gemeinsamen gesellschaftlichen Lebens.

Sich wehren, das ist immer noch das lebendigere, vollere, freiere, sinnvollere Leben als sich ducken und schlucken. Und insofern ist ein solches Leben weniger leidvoll erstickend als die Hinnahme des Gehabten.

Ursula Vogel

Kunst und Politik oder Bertolt Brecht und die Erklärung der Welt

Zu Werner Mittenzweis Brecht Biographie*

Während seiner ersten Regiearbeit nach dem Krieg 1948 (eine Antigone-Inszenierung in der Schweiz) feierte Brecht seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß erschienen in Ostdeutschland einige Artikel über ihn. Sie machten die »Deutschen wieder mit ihrem bedeutendsten Dramatiker bekannt«, wie der Literaturwissenschaftler Werner Mittenzwei 1987¹ schreibt. (Diese Aufsätze erschienen im ersten Brecht-Sonderheft von *Sinn und Form* und stellten eine Zäsur in der Brecht-Rezeption dar.) Am 10. Februar diesen Jahres nun bot Brechts 90. Geburtstag den Anlaß für einen »Internationalen Brecht Dialog 1988«, der vom 9. bis 14. Februar 1988 in der Hauptstadt der DDR stattfand. Ästhetische und philosophische Themen standen zur Debatte, Neuinszenierungen von Brechts Stücken wurden geboten. Früh genug, um auch in diesem Zusammenhang Beachtung zu finden, erschien 1987 Werner Mittenzwei zweibändige Brecht-Biographie. Eine neuerliche Zäsur?

Brecht, inzwischen zu einem Klassiker geworden, wird in die Erbe-Diskussion der DDR einbezogen, und hierzu leistet Mittenzwei einen entscheidenden Beitrag. Denn: Kunstwerke »werden erst dann 'Erbe', wenn lebendige Menschen eine Beziehung zu ihnen eingehen«² (Hans Kaufmann). Genau dafür schafft die vorliegende Biographie beste Voraussetzungen. Hier findet sich Lebensgeschichte und Werkanalyse in ihren jeweiligen politischen Kontext gestellt, auf höchst anschauliche Weise aufgearbeitet und dargestellt. Es ist ihr gelungen, »den Menschen in seinen Zeitverhältnissen darzustellen ... wie er sich eine Welt- und Menschenansicht darauf gebildet und wie er sie ... wieder nach außen abspiegelt« (Goethe über das Genre der Biographie). Mittenzwei hat eigener Aussage zufolge, eine »weniger gesellschaftsorientierte als vielmehr eine auf das Individuum bezogene, dem Geheimnis der künstlerischen Leistung nachgehende«³ Biographie geschrieben. Diese Aussage ist erstaunlich, erfahren wir doch sehr viel über Brechts Werke: Von ihrer Entstehungsgeschichte über fundierte, sehr dicht geschriebene Kurzinterpretationen bis zur Rezeptionsgeschichte einzelner Arbeiten. Brechts Lebensweg wird nicht unter einem Gesichtspunkt, dem des großen Künstlers, der er schließlich nach mühevolem Aufstieg wurde, betrachtet. Vielmehr erscheinen alle Lebensabschnitte in ihrem Eigenwert. Mittenzweis Biographie bietet

* Werner Mittenzwei: Das Leben des Bertolt Brecht. Suhrkamp Verlag, 2 Bände, 1987, 78 DM.

ein seltenes Leseerlebnis: es gelingt ihm, Brechts ästhetische Entwicklung, ausgehend vom diffusen Willen, »sich vom Alten abzustoßen« (I, 203) bis hin zu seinen komplexen theoretischen Erörterungen (so z.B. im 'Kleinen Organon für das Theater' 1948) auf eine interessante, geradezu spannende Weise darzustellen.

Eine von Brechts ersten Regiearbeiten war die Inszenierung eines eigenen Stückes: »Leben Eduards des Zweiten von England« 1924. Noch über keine klaren Vorstellungen von einer neuen Schauspielkunst verfügend, als er die Arbeit begann, entwickelte er in und durch die Praxis neue Formen. Statt die Spannung des Zuschauers auf den *Ausgang* der Handlung zu richten, wollte Brecht den Zuschauer auf den *Gang* der Handlung orientieren. Hier deutet sich — für den kundigen Leser bemerkbar — eine Entwicklung an, deren Höhepunkt die »Erfindung« des epischen Theaters sein wird.

Brechts Begegnung mit der »Neuen Sachlichkeit« in Gestalt der Zeitschrift *Der Querschnitt. Magazin für Kunst, Literatur und Boxsport* beschreibt Mittenzwei als ein Schlüsselerlebnis für Brechts ästhetische Reflexion. »Im Boxsport, wo vor Zuschauern ein Zweikampf ausgetragen wird und die Entscheidungen des Ringrichters der ständigen öffentlichen *Kontrolle* unterliegen, sah Brecht ein Theatermodell, in dem er das Suggestive ausgeschaltet fand.« (I, 219) Solche Vorstellungen konnten in einer Theaterlandschaft, »wo alles auf Verzauberung, auf suggestive Wirkung gestellt war« (I, 221) nur Unverständnis hervorrufen. Als Brecht (1924 Dramaturg am Deutschen Theater) das *Rauchtheater* einführen wollte, fand seine Tätigkeit dort bald ein Ende. Allein schon durch das Rauchen sollte sich beim Zuschauer »Gelassenheit, Distanz und geistige Wachheit« (I, 222) einstellen, ohne die eine genaue Beobachtung nicht möglich ist. Seine Figuren sollten, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten, kalt und objektiv vor den Zuschauer gestellt werden. »Denn sie sind kein Objekt der Einfühlung, sie sollen verstanden werden. Das Gefühl ist Privatsache und borniert. Der Verstand hingegen ist loyal und relativ umfassend.« So Brecht 1926 in einem Interview mit der *Literarischen Welt*.

Anlässlich der Aufführung des »Galy Gay« im gleichen Jahr wurden erstmals Elemente des Epischen Theaters erprobt. Es ging nun nicht mehr darum festzustellen, wie ein Mensch sei, als vielmehr darum, zu zeigen, wie sich ein Mensch in bestimmten Situationen verhalte. Die zeitgenössische Kritik konnte mit dieser Arbeit Brechts nicht viel anfangen und beschränkte sich darauf, die Kunst der Schauspieler zu loben. Mittenzwei beschreibt diese Entwicklung, die schließlich in einer Art Sackgasse zu enden schien, konsequent auf den Punkt hin, »der seine [Bertolt Brecht] ganze Auffassung vom Leben und von der Literatur umstoßen sollte«: Nach Brechts »menschlicher Sicht der Dinge« erkannte er »einen neuen Typus von Mensch«, einen Menschen, der seine Individualität verloren hat, der in der »Kälte der Städte« bestehen muß (I, 253f.). »An diese 'kalten', 'sachlichen' Triebkräfte wollte er heran, an die Katastrophen, die durch die bloße Wirkung des Geldes ausgelöst werden.« (I, 254) Aber es blieben ihm die eigentlichen Ursachen des ganzen Mechanismus der versachlichten menschlichen Beziehungen im Dunkeln. So gerieten einige Projekte jener Zeit lediglich zu Fragmenten.

In dieser Situation fing der bis dahin eher unpolitische Brecht an, sich mit der Nationalökonomie zu beschäftigen, um die komplizierten gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse zu durchschauen. So brachten ihn seine Bemühungen um einen neuen Theaterstil »immer tiefer in die Politik herein« (I, 270). Er verstand sowohl seine theoretische als auch seine praktische Arbeit fortan »als Teil eines Gesellschaftsexperiments« (I, 343). Entsprechend Brechts so beschriebener Haltung seiner Arbeit gegenüber, nehmen die Wechselbeziehungen von Politik und Kunst einen breiten Raum in Mittenzwei Biographie ein. So beschreibt er detailliert die berühmte »Expressionismusdebatte«, die 1937 bis 1939 in der Exilzeitschrift *Das Wort* geführt, die Beschaffenheit des Realismus zu bestimmen suchte, »mit dem man im antifaschistischen Kampf bestehen könne« (I, 604). Anlaß gab ein Artikel über neuere Dramen, in dem der Autor bemerkte, daß man nun wieder »mehr das 'Menschliche' in den Mittelpunkt rücke, statt auf die Entscheidungskämpfe zu orientieren« (I, 605). Das bedeutete nichts anderes als »alles Heil wieder im Einzelfall, im individuellen Vorgang zu suchen« (I, 608). Brecht erkannte in Lukács, von dem »die wesentlichen ästhetischen Impulse ausgingen (für) eine Realismusauffassung, die ihm nicht behagte, den ... Gegner jeder modernen Kunstauffassung« (I, 608). Für Lukács waren bestimmte (bestehende) ästhetische Gesetzmäßigkeiten von den »allgemeinen und dauernden Zügen der Menschheitsentwicklung« (Lukács, zit. n. Mittenzwei: I, 609) abzuleiten. Dementsprechend mißtraute er allen Spekulativen, Experimentellen in der Literatur. Ausgehend vom »ewig Menschlichen«, von den »dauernden allgemeinen Zügen menschlicher Entwicklung« (I, 608) hielt er an einem literarischen Formideal fest, das »die Aufbereitung (des) neuen Wirklichkeitsmaterials« (I, 609), um es zu adäquaten künstlerischem und politischem Ausdruck zu bringen, hemmte. Brecht hingegen verteidigte das »künstlerische Experiment«. Er erkannte, daß, »ohne Neuerungen formaler Art einzuführen ... die Dichtung die neuen Stoffe und neuen Blickpunkte nicht bei den neuen Publikumschichten einführen (kann)« (Brecht, zit. n. Mittenzwei: I, 613). Er hielt ästhetische Experimente für notwendig, um gesellschaftlich relevante, im Kampf gegen den Faschismus wichtige Funktion ausübende Kunst zu schaffen. Neue künstlerische Gesetzmäßigkeiten sollten entsprechend der neuen politischen Situation »ein Andersmachen ... und eine andere Art der Entgegennahme von Kunst durchsetzen« (I, 616). Diese Kontroverse schildert Mittenzwei mit Anteilnahme und Verständnis für beide Seiten, um das Kapitel schließlich mit einer ebenso knappen wie treffenden Analyse abzuschließen, wie sie ein gut informierter Literaturwissenschaftler fünfzig Jahre danach zu leisten vermag.

Ganz anders seine *Dramaturgie* im letzten Teil des zweiten Bandes: Es geht um die schwierigen und hart geführten Diskussionen über eine neue Ästhetik vor dem politischen Hintergrund des geteilten Deutschlands in den fünfziger Jahren. Die kulturpolitischen Auseinandersetzungen, unter dem Begriff »Formalismusdebatte« geführt, haben die kulturelle Szene der DDR nachhaltig beeinflußt. Mittenzwei entwickelt und begründet die verschiedenen Positionen dieser Diskussion. Wiederum ging es um eine »größere entschiedenere Rolle der Künste in der ideologischen Auseinandersetzung« (II, 416). In der DDR arbeitete man an der »konsequenten Weiterführung der revolu-

tionären Umwälzung ... Weiterhin auf der Tagesordnung stand die auf die Wiedervereinigung Deutschlands ausgerichtete nationale Literaturkonzeption« (II, 418). Vor diesem Hintergrund schien die »kontinuierliche Fortführung der klassischen deutschen Kunsttradition« (II, 419) einerseits sowie scharfe Ablehnung des sogenannten »Formalismus« andererseits geeignet, die Kunst zu gesellschaftlicher Wirkung zu bringen. Unter Formalismus verstand man »die Schändung großer Kunsttraditionen und die Vernichtung der Kunst« (so K. Magritz 1951, zit. n. Mittenzwei, II, 416), also Formexperimente, sowie alle ästhetischen Versuche, die nicht an das klassische Erbe anknüpften. Die »Abkehr vom klassischen Erbe (wurde gleichgesetzt) mit der Abkehr von der Volkstümlichkeit« (II, 417), die als Kriterium für Realismus galt. Diese Haltung kritisierend stellt Mittenzwei fest, »wie hemmend auf die Entwicklung von Kunst und Literatur in der DDR« (II, 419) die Formalismuskampagne gewirkt hat. Sie »hat erfahrene ... Künstler in unproduktive Krisen geführt ... und ganze Kunstgattungen beeinträchtigt« (II, 419).

Der Darstellung dieser ästhetischen Kontroverse räumt Mittenzwei außerordentlich viel Raum in seiner Biographie ein. Auffällig auch, wie sich dabei der darstellende, kommentierende und interpretierende Gestus durchdringen. Diese so intensive wie kritische Aufarbeitung jenes Zeitabschnitts der DDR-Kulturpolitik zeigt auch die besondere, biographische Betroffenheit des Autors. Sie mag den eigenen Aktivitäten jener Zeit geschuldet sein, Tatsache ist, daß Mittenzwei selbst auf eine Reihe von wichtigen Arbeiten zum Thema Brecht zurückblickt und sich daher als ein ebenso sachkundiger wie ein an seinem Protagonisten interessierter Biograph erweist. Dem entsprechend entsteht ein Bild von Brechts' Persönlichkeit, so uneinheitlich und schillernd, wie es bisher kein Biograph entworfen hat.

Die Beziehungen Brechts zu Frauen, Mitarbeitern und Kontrahenten, zu denen er sich oft undemokratisch, neidisch und rücksichtslos verhielt, werden von Mittenzwei offen und schonungslos nachgezeichnet. Nachgezeichnet in einer Weise, die aus der Haltung des Biographen seinem »Gegenstand« gegenüber kein Geheimnis macht. So kennzeichnet er Brechts Verhältnis zu Thomas Mann als ein »weitgehend von Neid bestimmtes« (II, 110). Brecht, selbst in Hollywood wenig erfolgreich und entsprechend unbeachtet, beneidete Thomas Mann um seine literarischen Erfolge ebenso wie um seine einflußreiche Rolle als Repräsentant der deutschen antifaschistischen Kunst. Brechts polemische und ungerechten Urteile erstrecken sich über private Dinge hinaus auch auf Manns Werke — die er gar nicht kannte! Ähnlich reagierte er auf die Emigranten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, auf Horkheimer, Adorno und Marcuse. In seinem Arbeitsjournal schreibt er von der Begegnung mit dem »doppelclown horkheimer und pollock« (II, 119). Mittenzwei weist nach, daß Brecht auch »von ihren Werken kaum etwas kannte, (da) er sie in ihren wissenschaftlichen Positionen unterschiedslos über einen Kamm scherte« (II, 120), sie aber als Tuis verachtete und mit Polemik übergoß. Tuis' waren für Brecht »Vermieter des Intellekts«. ⁴

In den Jahren des Exils, die er in den USA verbrachte, war Brecht nicht sehr erfolgreich: Seine politischen und künstlerischen Absichten, den Rezipienten zu zeigen, wie ein menschenfeindliches, ausbeuterisches System funktionierte, um auf diesem Wege

»gesellschaftsumwälzende« Aktivitäten zu provozieren, konnten in den USA nicht wirksam werden. »Wozu etwas enthüllen, was die Gesellschaft in seiner nackten, brutalen Form zu akzeptieren schien.« (II, 121)

Das Geflecht sozialer Bindungen, in dem sich Brecht bewegte, war ganz wesentlich von Frauen bestimmt. Folglich berichtet Mittenzwei recht ausführlich von Brechts Beziehungen zu ihnen. Zu Marianne Zoff, seiner ersten Ehefrau und Mutter seines zweiten Kindes, hatte er ein schwieriges Verhältnis: Brecht litt unter ihrer Unentschlossenheit, zwischen zwei Männern zu wählen. In seinen, von Mittenzwei mit Anführungszeichen versehenen »Tagebüchern« sind alle Vorgänge um den »Roman mit der schönen Marianne« von ihm in ungewöhnlicher Ausführlichkeit, was private Dinge und Stimmungen betrifft, festgehalten. Mittenzwei räumt seiner Darstellung dieses Verhältnisses ein ganzes Kapitel ein. Hier zeigt sich der gründliche Philologe im Biographen: Er stellt klar, daß es bedeuten würde, einem Trugschluß aufzusitzen, läse man die »Marianne-Episode in den Tagebüchern als schonungslose Selbstenthüllung ... Daß es sich hier nicht um eine reine, unverstellte Selbstdarstellung handelte, geht schon aus der literarischen Anlage, aus der Komposition hervor« (I, 144). Er interpretiert die Tagebücher als einem literarischen Genre zugehörend, daß der Selbststilisierung dient, indem »Wunschcharaktere« aufgebaut werden, die folglich »gegen den Strich« gelesen werden müssen, um hinter aller Literarisierung unverstellte Gefühle und Nöte zu entdecken. Eine solche Deutung und Interpretation vermeintlich privater Aufzeichnungen lassen die meisten Biographen vermissen. Es ist Mittenzweis Verdienst, den Leser/innen zu zeigen, wie Brecht nicht seine »Spuren verwischt, die in sein Inneres führen, er lenkt sie in die falsche Richtung. Nur indem man diese Manöver durchschaut, gewinnt man Aufschluß über die psychische Befindlichkeit des jungen Brecht« (I, 144).

So problembewußt Mittenzwei die Aussagekraft von Tagebüchern zu reflektieren im Stande ist, so wenig Problembewußtsein zeigt sich in weiten Teilen seiner Darstellung der Mit- bzw. Zuarbeiterinnen und ihrer Beziehungen zu Brecht. Mit den Frauen unter seinen Schülern und Mitarbeitern verband Brecht oft intensive Liebesbeziehungen, die sich auch auf die Arbeit auswirkten: »So konnte es gar nicht anders ein, daß Brecht durch die Frauen erfuhr, wie diese und jene Aufgabe von seinen jungen Mitarbeitern angepackt wurde, wer sich nicht ordentlich für eine Sache eingesetzt hatte ...« (II, 392). Mittenzwei hält es nicht für angebracht, dieses »Ausspionieren« in irgendeiner Weise zu kommentieren; ja, er bezeichnet solche Zubringerdienste noch als »außerordentlich positiv« (II, 392) in ihrem Ergebnis. Hieraus spricht eine Ignoranz den menschlichen Beziehungen gegenüber, die einem wohl eher unreflektiertem »Männerbewußtsein« entspringt. Aber es kommt noch schlimmer: Mittenzweis Ton wird direkt warmherzig, wenn er von der Opferbereitschaft der Brecht-Ehefrau Helene Weigel spricht. Sie, die im Exil die Familie zusammengehalten hatte, die möglichst ideale Lebens- und Arbeitsbedingungen für ihren Mann schuf, wurde schließlich Intendantin des Berliner Ensembles. Denn Brecht »brauchte jemand, der sich in der gesamten Planung ... auf ihn einstellte. (...) An der Spitze sollte jemand stehen, der ihn völlig verstand, aber nicht den Ehrgeiz besaß, selbst die Richtung bestimmen zu wollen. (Und

dafür) war Helene Weigel die ideale Person.« (II, 362) Mittenzwei sieht, daß diese »Aufgabe für sie ja wiederum ein Opfer« (II, 363) bedeutete, und würdigt es als ein solches. Über die Notwendigkeit allerdings, »Opfer« zu bringen oder gebracht zu bekommen, reflektiert Mittenzwei an keiner Stelle. Ihm ist offenbar nichts von der Peinlichkeit bewußt, die aus einer solchen Opferbereitschaft und ihrem Lob spricht. Es muß doch sehr schlecht bestellt sein um eine Gesellschaft, in der so etwas ungebrochen positiv rezipiert wird: »Unglücklich, das Land, das Helden (Opfer) nötig hat.«⁵ Sobald es um weibliche Opfer geht, dem männlichen Genius gebracht, tritt alle kritische Reflexionsfähigkeit des Biographen zurück, zugunsten einer ergriffenen Haltung. Brecht, alles andere als spießbürgerlich, wurde schließlich nach seinem Tode vom bürgerlichen Besitzdenken eingeholt: In bezug auf die Rechte an seinen Werken vertrat Helene Weigel ihren alleinigen Besitzanspruch als erbende Ehefrau. Der leidige Streit mit den »Brecht-Erben« um die heutige Brechtrezeption in der BRD fand hier seinen Ursprung. Man kann es nur als Zynismus des Schicksals begreifen, sieht man, unter welchen Schwierigkeiten die Werke eines Autors, der so wenig von geistigem Eigentum hielt, zur Aufführung gelangen. Er ist eben noch längst nicht da, »Der schöne Tag, wenn ich nutzlos geworden bin.«⁶

Es existiert noch eine Brecht-Rezeption ganz anderer, eher zweifelhafter Art: In neuerer deutscher Lyrik findet man die Person Bertolt Brecht zur sprachlichen Metapher geraten. Die Verkörperung einer bestimmten Lebenshaltung, eine vermeintliche Subjektivität von Brechts Lyrik wird als Moment »eigener« Sozialisation zum Gegenstand der Gedichte.⁷ Damit wird allerdings dem stilisierenden, artifiziellen Gestus und der damit erreichten Vieldeutigkeit der Brechtschen Lyrik nicht Rechnung getragen. Denn schließlich »handelt es sich nicht darum, 'den Dichter kennenzulernen', sondern die Welt und jene, mit denen zusammen er sie zu genießen und zu verändern sucht.«⁸ (Bertolt Brecht)

Anmerkungen

- 1 Werner Mittenzwei: Das Brechtverständnis in beiden deutschen Staaten, in: Sinn und Form 6/1987, S.1265ff., Berlin/DDR.
- 2 Hans Kaufmann: Versuch über das Erbe. Leipzig 1981, S.8.
- 3 Saarbrücker Zeitung.
- 4 Vgl.: Yunnar Müller-Waldeck: Vom Tui-Roman zu Turandot, Berlin/DDR 1981, S.61.
- 5 B. Brecht, GW Bd.3, S.1329, Frankfurt/M. 1969.
- 6 B. Brecht, GW Bd.10, S.1028, Frankfurt/M. 1969.
- 7 Vgl. »Brecht badet« und »In den Brachwiesen« von H.U. Treichel in: Tarantella Gedichte, Berlin (West) 1982.
- 8 B. Brecht, Über Lyrik, Frankfurt/M. 1977, S.118.

Diether Dehm

»Ein akzeptabler Mann?«

Zu einem Buch über Brecht und die Frauen*

Die schon über Antonio Gramsci so schön undogmatisch geschrieben hatte, Sabine Kebir, die 39jährige DDR-Bürgerin, die in Algier lebt, hat nun noch einmal in eine linke Reizzone gepackt, Brechts Frauenbeziehungen. Dem Ökonomischen ins Seelische zu folgen, auch über verschlungenere Pfade, galt Brechts genüßliches Forschen. »Geld macht sinnlich«, hatte er dem Volksmund abgelauscht und diesen Grundgedanken noch viel weiter getrieben. Nun wird diese Methode auf ihn selbst angelegt. Noch nicht vollkommen. Wir sind nämlich erst am Anfang einer ökonomisch-seelischen Geschichtsschreibung. Aber Sabine Kebirs Buch ist von der ersten bis zur letzten Seite packend.

Brechts Frauenbeziehungen sind mittlerweile hinlänglich bekannt (die Kebir nennt sie liebevoll zutreffend »Freundinnen«). Sie ordnet den Beziehungen entsprechendes Gedichtmaterial zu, leuchtet dieses auf erfrischend ungermanistische Weise, nämlich wirklich historisch, aus und setzt sie zu oder gegen ihre eigene Lust. Wenn auch Brechts Frauenlyrik oft säuisch ist, erläutert die Kebir hellköpfig andere Lesarten, als Vordergründige. Die berühmte »Marie A.«, die bei Brecht »jetzt vielleicht schon das siebte Kind hat«, und an deren Gesicht er sich nicht mehr erinnern kann, und dies zu Gunsten einer Wolke (was Männer imponierend finden) wurde z.B. gar nicht etwa lange nach Abschluß seiner Liebschaft geschrieben, sondern vom *jugendlichen* Brecht als »selbsttherapeutische Maßnahme«, um eben von dieser Marie loszukommen. Altklug setzt er sich hier also von ihr ab, »ein Versuch, aus der aussichtslosen Beziehung zu Marie Rose Aman endlich herauszufinden. Zum Trost malt er sich aus, wie er später als gereifter Mann über die Affäre denken wird.« (36)

Manchmal wird mir allerdings die Anstrengung der Kebir zuviel, verzeihen zu wollen. Zumal sie Brecht als Produzenten dieser Selbsttherapie entschuldigt, aber nicht die rezipierenden Männer. Aber haben die nicht auch oft Linderungen dieser Art nötig, weil eben nicht nur Männer Frauen unterdrücken, sondern auch Frauen Männer schikanieren können? Nein, so mächtig habe ich mich zum Beispiel nie gefühlt, daß ich tatsächlich dem geküßten Gesicht gegenüber gleichgültig aber der Wolke darüber sentimental sein konnte. Viel eher habe ich Brechts »Marie A.« im dunklen Wald gepfiffen, mich verzweifelt daran festgeklammert, wenn mir ein Weibergesicht nicht aus dem Kopf verschwinden wollte und mir alle Kraft abzusaugen drohte.

Dies ist das Unvollkommene an diesem tollen Büchlein: Es reinigt mir den Brecht zu sehr und will sich mit der gewöhnlichen Sau nicht abfinden. Da habe ich z.B. herzlich

Sabine Kebir: »Ein akzeptabler Mann? Streit um Bertolt Brechts Partnerbeziehungen«; Buchverlag Der Morgen, Berlin 1987 (DDR), 195 Seiten.

gelacht, als ich gelesen habe, die Autorin hätte bei Marieluise Fleißer »bestätigt« gefunden, daß Brecht »Bordelle nur aus Gründen der Milieustudie aufgesucht habe« (46). War da die Fleißer dabei? Oder hat er ihr's so gesagt? Und sie ihm geglaubt? Oder bei den dazugehörigen Nutten nachgecheckt? Und dann denen geglaubt?

Vielleicht gehen wir in das neue Jahrtausend mit einem Marxismus, der seine matronenhafte Scheinheiligkeit und pharisäische Doppelmoral abstreift. Dann endlich ist der Sozialismus für den real existierenden Menschen gut. Und das ist dann auch der real existierende Mann. Schlechtes Gewissen jedenfalls ist keine gesunde Machtbasis für Demokratie und Aufklärung. Und auch Wichsvorlagen müssen unter den Matratzen hervorgeholt werden. Sozialismus unterscheidet sich von der Stadt Mahagonni jedenfalls nicht dadurch, daß man den Mantelkragen angesichts von lila Schummerleuchten nur noch höher klappt. Auch geile Träume müssen kommunizierbar werden. Ist es da nicht schön, daß Brechts Liebesgedichte, wie die anderer Klassiker auch, offen und öffentlich aussprechen, was sonst hermetische Perversion bleibt? Im Buch steht, daß Brecht den Nietzsche-Satz vom Weibe und der Peitsche schön fand. Nun können wir natürlich auch alle dreimal bähpfui ausspucken. Wir können aber auch eingestehen, daß in vielen *unserer* Liebesträume Haß mitschwingt. Und es kommunizieren. Nur dadurch wird es überwindbar! Das bloße Tabuisieren von Sado-Phantasien ist kontraproduktive geistige Vorbeugehaft.

Aber genau da, wo Brecht ordinäre Männerphantasie ausspricht, nimmt ihn die Kebir vor sich selbst in Schutz. Nein, da würde kein »pornografischer Voyeurblick heraufbeschworen«, wenn Brecht schreibt: »Dies Aufgeh'n Deiner Knie! Dies sich Begattenlassen! Dies Zittern dann, durch das mein Fleisch erfährt — Daß kaum gestillte Lust Dir wiederkehrt! Dies faule Drehn!« Das sei alles »kunstvoll« erzählt und darum (!) kein Porno. Am liebsten würde ich jetzt all meine Heldentaten für die Frauenbewegung im allgemeinen, für die Quotierung der ASF aufzählen, bevor ich allen Mut zusammenkratze, um ketzerisch zu fragen: »Was spricht eigentlich gegen die Pornografie?« Und zugeben: Ich seh' sie gerne (und ärgere mich übers Nicht-Kunstvolle dran).

Brecht selbst sagt dazu: »Außerdem wie immer, wenn unbeschäftigt und verwaist (mache ich) pornographische Sonette«. Na also. Warum folgt die Kebir dem Meister nicht auch dahin. Statt dessen: »Ein Moralist will der Dichter hier sein ...« (146). Ach ja, so komm ich wohl nie zu guten Pornos. — Notdürftig ist unsere Pornografie, was mit Notdurft zu tun hat, aber die Not, aus der sie bedurft wird, spiegelt doch auch die Gesellschaft wider. Sind die Bilder, die Menschen aufgeilen, im Abseits der Geschichte? Warum gibt es z.B. überwiegend Pornos, die nur scharf für Männer sind und nicht für Frauen? Ein Schwerarbeiter im Straßenbau — warum hat er andere Pornobedürfnisse als ein Computerprogrammierer? Darüber gibt es nur knisterndes Schweigen, aber keine Forschung. Und so geht auch die Kebir elegant hinweg über Brecht, die Sau. Aus Angst vor dem »pornografischen Voyeurblick«? Vielleicht finden künftige Marxisten in Pornobildern verschwollene Spiegelsterne aus Arbeitsverhältnissen? Brecht hat's vorgemacht. Und es gab schließlich auch Villon und Passolini.

Schön arbeitet Sabine Kebir heraus, wie bei Brecht die Liebe nicht nur eine Sache der Liebe ist. So wie Brecht auch im Verhältnis zwischen der Mutter Pelagea Wlassowa

und dem Sohn Pawell die Mutter-Sohn-Liebe aus dem Kampf für den Sozialismus verschärft herleitet, dokumentiert die Kebir haarklein, wie Brechts Liebesbeziehungen durch gemeinsames Schaffen oft eine Stärke erzielten, die selbst Brechts sonstige Unzuverlässigkeiten nicht wirklich gefährden konnten. Hier wird durchaus eine Utopie antizipiert: Treue, Bett, gesellschaftlich kanonisierte Liebesbezeugungen geraten durch die von Brecht gewollte Art der künstlerischen und politischen Zusammenarbeit mit seinen Freundinnen auf hintere Plätze der Hitparade. Ganz so starrt hier kein Kaninchen mehr auf die Schlange »Bett & Trauschein«.

Auch wenn ich gestehen muß, selten ein ehrlicheres Brecht-Buch in der Hand gehabt zu haben, geht mir die Kebir ein wenig zu oft dem Meister auf den Leim. Seinem bekannten Hang zu spartanischer Kleiderordnung folgt sie undialektisch: »Für kokette, knapp gehaltene Reizwäsche hatte Brecht auch weiterhin nichts übrig. Beizeiten gelüftete, im allgemeinen jedoch gut bedeckte Weiblichkeit schätzte er mehr als ordinäre Blöße.« (177) Entscheidend für mich ist dabei die Formulierung »beizeiten gelüftete Weiblichkeit«. Kann damit wirklich jeder Mann rechnen, der nun mit Brecht für »bäuerlich weite Röcke«, »gut gestrickte Strümpfe«, »dickste Hosen rechnend mit sehr kalten Wintern« schön finden soll? Die Dialektik liegt woanders. Der Meister konnte mit dem »beizeiten lüften« auch rechnen. Und so macht natürlich der »bäuerlich weite Rock« auch größeren Reiz. Unsereiner, dem der Futterkorb wohl ein wenig höher gehalten wird als dem Klassiker zu seinen Lebzeiten, nimmt da schon mal mit dem Bikini vorlieb, kann er doch mit dem »beizeiten lüften« nicht so rechnen wie der Meister, der's auch selber zugibt: »Und will den bäuerlichen weiten Rock, bei dem ich listig auf die Länge dränge, ihn aufzuheben in der ganzen Länge an Schenkeln hoch und Hintern gibt den Schock«, mit anderen Worten: der Bikini ist eigentlich viel pruder!

Viel Vorbildhaftes arbeitet die Kebir heraus, aber eben immer doch im Rahmen gesellschaftlicher Gestrigkeit. Am traurigsten wurde ich bei einer eher unauffälligen Kurzbemerkung Seite 57. Tragikdurchweht beschreibt die Kebir hier, wie Brecht 1932 noch einmal Bi Banholzer (mittlerweile geehelichte Gross) trifft. Ausführlich und detailliert. Es endet mit dem Satz »Beide ahnten nicht, daß es das letzte Treffen war« (und dies auch weil sich Brecht um ein weiteres nicht mehr groß bemühte). Aber über diesem Absatz steht das eigentliche Drama, offensichtlich unbemerkt von der Autorin. Es betrifft den unehelichen Sohn aus der Brecht-Banholzer-Beziehung. Der, um Vater und Mutters neuen Beziehungen nicht zur Last zu fallen, von der Wiege an auf erbärmlichste Weise herumgeschoben worden war. Die Stationen werden lakonisch aufgezählt »von Kimratshofen schickten wir ihn nach Wien ... wo Marianne Zoffs Eltern ihn aufnahmen ... Helene Weigel kümmerte sich auch ein wenig um Frank ... Frank Banholzer wohnte noch eine Weile bei einer Schwester der Weigel und dann schließlich bei Bi's Mutter in Augsburg ...« der Absatz schließt ungewollt erschütternd: »Er verehrte seinen Vater und wollte Schauspieler und Schriftsteller werden. Er fiel jedoch im Kriege«. Nix mehr! Ich bin keiner von den neuen Männern, die das Land braucht. Und war da auch ohne Recht, mich hier mit Vorwürfen zu spreizen. Aber traurig genug, um ein anderer Vater sein zu wollen.

Frieden

Mathias Kohler

Bei der Verteidigung hören die Grundrechte auf Bundesverfassungsgericht weist Beschwerde gegen die Lagerung chemischer Kampfstoffe zurück

Seit Jahrzehnten lagern die US-Streitkräfte in Munitionsbunkern in Fischbach bei Pirmasens, bei Hanau und im Mannheimer Naherholungsgebiet (Käfertaler/Viernheimer Wald) ca. 6000 bis 10000 Tonnen Nervengase. Eine Menge, die ausreicht, etwa drei Viertel der gesamten Weltbevölkerung zu töten.

Der Krankheitsverlauf bei nervenschädigenden Kampfstoffen (z.B. Sarin, Soman, VX) ist außerordentlich grausam: Tränen- und Speichelfluß, Schweißausbrüche, Bronchial-Sekretion bis hin zu Lungenödem, Atemnot, Koliken, Durchfall, spontaner Urinabgang, Erbrechen, Sprachstörungen, Zuckungen der Gesichts- und Brustmuskulatur, Krämpfe der Extremitäten mit anschließender Lähmung der übrigen Skelettmuskulatur, Tod durch Ersticken bei vollem Bewußtsein.

Seit Ende der sechziger Jahre haben Friedensgruppen, Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften gegen die Lagerung chemischer Kampfstoffe durch die US-Armee auf westdeutschem Boden protestiert. So hat beispielsweise der Mannheimer Gemeinderat am 23. September 1969 den einstimmigen (!) Beschluß gefaßt, »daß das in Mannheim möglicherweise lagernde Nervengas sowie alle anderen biologischen und chemischen Kampfstoffe sofort entfernt werden« sollen. Ähnliche Beschlüsse wiederholte das Kommunalparlament einmütig in den Jahren 1982, 1983 und zuletzt 1985. Die chemischen Kampfstoffe lagern jedoch immer noch in den Bunkern und bedrohen täglich hunderttausende von Menschen in den benachbarten Regionen.

Der DGB Rheinland-Pfalz — an seiner Spitze Julius Lehlbach — initiierte 1982 eine Verfassungsbeschwerde gegen das Giftgaslager bei Pirmasens. Getragen wurde diese Verfassungsbeschwerde von betroffenen Menschen aus der Region, u.a. von den beiden Oberbürgermeistern von Pirmasens und Zweibrücken. Neben Bürgern und Bürgerinnen aus Hanau reichten 1983 auch 20 Betroffene aus Mannheim beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde ein. Unterschrieben wurde diese Verfassungsbeschwerde u.a. von Gemeinderäten der SPD, der Grünen, von DKP, FDP, dem DGB-Kreisvorsitzenden und Vertretern der örtlichen Friedensbewegung. Der von den beiden Professoren *Dr. Wolfgang Däubler* und *Dr. Michael Bothe* formulierte Beschwerdeantrag hatte folgenden Inhalt:

- »I. Die Bundesregierung hat dadurch gegen Artikel 2 Abs. 2 Grundgesetz verstoßen, daß sie
 - a) der Lagerung chemischer Waffen im Raum Mannheim (bzw. in Rheinland-Pfalz und in Hanau) zugestimmt hat,

- b) daß sie die Lagerung dieser Waffen geduldet und es unterlassen hat, für die Entfernung dieser Waffen Sorge zu tragen,
 - c) daß sie es unterlassen hat, für ausreichende Sicherheitsvorkehrungen bei der Lagerung dieser Waffen Sorge zu tragen,
 - d) daß sie es unterlassen hat, durch Anhörung oder andere geeignete Verfahren sicherzustellen, daß die Beschwerdeführer ihre grundrechtlich geschützten Interessen geltend machen konnten.
2. Der Deutsche Bundestag hat dadurch, daß er es unterlassen hat, in Gesetzesform Regelungen über die Lagerung chemischer Waffen auf dem Gebiet der BRD zu erlassen, gegen Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz verstoßen.«

Fast fünf Jahre Zeit nahm sich der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes unter dem Präsidenten Zeidler, um die drei Verfassungsbeschwerden zu verwerfen bzw. zurückzuweisen.

Das Versteckspiel mit den Stationierungsstandorten

Die Beschwerdeführer/innen gingen in ihrem Antrag davon aus, daß die US-Armee in der Bundesrepublik chemische Kampfstoffe lagert, die unter ihrer alleinigen Verfügungsgewalt stehen. Als tödliche Kampfstoffe sind Nervengase (z.B. Tabun, Sarin, VX), Blasenstoffe (z.B. Senfgas), Blutgase und Lungenreizstoffe bekannt. Mit einer einzigen kleinen VX-Granate können etwa 280000 Kubikmeter Luft tödlich verseucht werden. Mit vier Tonnen VX-Munition kann praktisch eine ganze Großstadt mit Leben ausgelöscht werden. Bei ruhiger Witterungslage kann VX bis zu 16 Wochen tödliche Wirkungen haben.

Der Bundesregierung ist bekannt, wo und in welchem Umfang diese Waffen gelagert werden. Angaben hierüber unterliegen jedoch strenger Geheimhaltung (darüber waren und sind sich alle Bundesregierungen — auch die sozialdemokratisch geführten — bisher einig gewesen). Im Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bestätigte die Bundesregierung indirekt die drei genannten Lagerorte:

»Die Bundesregierung sei damit einverstanden, daß unterstellt werde, die Beschwerdeführer seien Nachbarn von C-Waffen-Depots.«

Diese sinnlose Geheimhaltungsstrategie der Bundesregierung steht ganz im Gegensatz zur Praxis in den Vereinigten Staaten selbst. Der Bevölkerung der USA sind die Lagerorte der chemischen Munition bekannt: Transporte werden mit großer Publizität wochenlang vorher angekündigt. Die Bundesregierung begründet ihre offizielle Geheimhaltungspolitik damit, daß »ein Bekanntwerden von Einzelheiten der Lagerung von C-Waffen in der BRD einem möglichen Gegner die Ausschaltung dieser Waffen erleichtern könnte«. Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Penner erklärte in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 13. Mai 1981:

»Die Bundesregierung [die sozialliberale] beabsichtigt nicht, die USA aufzufordern, ihr in der BRD gelagertes C-Kampfstoffpotential abzuziehen.«

An diese Verhaltensregel hat sich bisher auch die Rechtsregierung von Helmut Kohl gehalten. Daß sich SPD- und CDU-geführte Regierungen in solchen Fragen bisher nicht unterschieden haben, begründet u.a. das nicht geringe Mißtrauen innerhalb der Friedensbewegung gegenüber dem atemberaubenden Sinneswandel der SPD-Spitze in Ab-

rüstungsfragen seit sie sich in Bonn in der Opposition befindet. — Lagerung und Transporte von chemischen Waffen sind für die Bevölkerung mit riesigen Gefahren verbunden. In den USA gab es in den letzten Jahren verschiedene Unfälle mit chemischen Kampfstoffen: 1966 mußten 4000 Einwohner eines Ortes in Michigan evakuiert werden, als nach einem Eisenbahnunglück tödliche Giftgase aus den brennenden Tankwagen strömten. 1968 verendeten nach einem Gasaustritt in der Nähe eines Militärlaboratoriums in Utah 6400 Schafe. In Glendore mußten 1969 nach einem Unglücksfall 30000 Menschen evakuiert werden. Durchschnittlich werden 4000 Leckagen pro Jahr aus Lagern chemischer Kampfstoffe der USA gemeldet. Doch ähnlich wie bei den Atomkraftwerken, ist in der Bundesrepublik angeblich alles viel besser und sicherer. Die Bundesregierung behauptet gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, daß es hier kein Transportrisiko gäbe, da chemische Waffen nicht transportiert würden. Ebenso unwidersprochen läßt das Gericht die Bonner Behauptung, »daß die Sicherheit der C-Waffen-Lagerung im Bundesgebiet gewährleistet sei«. Es befände sich in den Depots nur »einsatzfähige chemische Munition«, die im Gegensatz zu »Kampfstoffen in Fässern, Kanistern oder ähnlichen Behältnissen« keine Leckagen aufweisen würde. Demgegenüber stehen Fotodokumente, die im Sommer 1982 von dem Fernsehmagazin *Monitor* und von der Zeitschrift *Stern* veröffentlicht wurden und zeigen, daß im Fischbacher Lager mit Giftgasfässern hantiert wurde. Giftgastransporter wurden bei Pirmasens und in Südhessen auf öffentlichen Straßen fotografiert — d.h. Transporte finden offenbar doch statt.

Hinsichtlich des Katastrophenschutzes vertraut die Bundesregierung vollkommen und ausschließlich auf die Vorkehrungen der US-Streitkräfte. Da die deutschen Behörden von den Lagerstätten ja offiziell nichts wissen, haben sie auch keine Schutzmaßnahmen ergreifen können. Die Bundesregierung erklärt, und das höchste Gericht akzeptiert es, daß sich eine innerministerielle Arbeitsgruppe

»bei einer Besichtigung vor Ort davon überzeugt habe, daß die Sicherheit der C-Waffen-Lagerung im Bundesgebiet gewährleistet sei ... Es sei daher auszuschließen, daß die Vereinigten Staaten der Bundesregierung irgendeinen Gesichtspunkt der C-Waffen-Lagerung verborgen hätten oder hätten verbergen wollen.«

Deutlicher kann man blinde Vasallentreue kaum noch formulieren!

»Die Chemiewaffen sind sicher«

In der Verfassungsbeschwerde wird die Untätigkeit bzw. das Unterlassen der Bundesregierung als mitursächlich für das Risiko des nach Art. 2 Abs. 2 GG geschützten Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit genannt. Das Grundrecht wird »nicht erst durch eine faktische Verletzung der geschützten Rechtsgüter beeinträchtigt, es soll einer solchen faktischen Verletzung vielmehr vorbeugen«. So die ständige Rechtsprechung des obersten Gerichts. Doch getreu dem Motto, »was kümmert mich mein Geschwätz von gestern«, verneint das Bundesverfassungsgericht die Grundrechtsverletzung durch die Bundesregierung und verlangt unter Ausklammerung aller glaubhaften Vortragungen der Beschwerdeführer, daß

»der Beschwerdeführer schlüssig dartin muß, daß die öffentliche Gewalt Schutzvorkehrungen entweder überhaupt nicht getroffen hat oder daß offensichtlich die getroffenen Regelungen und Maßnahmen gänzlich ungeeignet oder völlig unzulänglich sind, das Schutzziel zu erreichen«. Und weiter: »Die Beschwerdeführer konnten keine Vorfälle benennen, in denen konkrete Schäden oder Gefährdungen für die Bevölkerung der BRD aufgetreten wären.«

Hier werden die Beschwerdeführer durch den Zweiten Senat, wie Julius Lehlbach formulierte, »um dies auf neudeutsch zu sagen, verarscht«. Für einen Bereich, der allerstrengster Geheimhaltung unterliegt, sollen die Beschwerdeführer Schutzvorkehrungen vorschlagen bzw. angeblich getroffene Schutzvorkehrungen überprüfen! Trotz der in den USA aufgetretenen Leckagen, die dem Gericht bekannt sind, bedarf es in der Bundesrepublik offenbar erst eines zweiten Bophal oder Seveso, um die Herren in den roten Roben von der Gefährlichkeit der Lagerung von chemischen Waffen zu überzeugen. Dieses höchstrichterliche Verlangen nach einem »Beweis« ist ein menschenverachtender Zynismus, der seinesgleichen sucht.

NATO-Strategie wichtiger als Grundrechte

In der Verfassungsbeschwerde wird davon ausgegangen, daß das Grundrecht nach Art. 2 Abs. 2 GG »nicht nur unmittelbare staatliche Eingriffe in Leben und körperliche Unversehrtheit verbietet, sondern dem Staat auch gebietet, sich schützend und fördernd vor das Leben zu stellen, d.h. vor allem es auch vor rechtswidrigen Angriffen von seiten anderer zu bewahren«. Auch in diesem Punkt schließt sich das Bundesverfassungsgericht ungeprüft der Argumentationslinie der Bundesregierung an. Einerseits wird auf die bereits erwähnte »interministerielle Expertengruppe« verwiesen, die sich zuletzt im Dezember 1983 (!) davon überzeugt habe, daß »diese Lagerung unter Gewährleistung höchster Sicherheitsanforderungen erfolge«. Und, falls die ganze Angelegenheit doch 'mal daneben gehen sollte, verweist die Bundesregierung auf die entsprechenden Regelungen analog dem »größten anzunehmenden Unfall« (GAU), bei dem der Verseuchungsbereich (etwa 100 km) »vorsorglich für jeden öffentlichen Zugang gesperrt werde«. Bei einem Unfall beispielsweise im Mannheimer Giftgaslager würde dann das Gebiet nördlich von Frankfurt bis südlich von Karlsruhe »für jeden öffentlichen Zugang gesperrt«, d.h. mit Soldaten und Panzern so umstellt werden, daß in einer Region, in der mehrere Millionen Menschen leben, kein Mann und keine Maus mehr herauskäme.

Aus diesen »vorsorglichen« Maßnahmen der Bundesregierung leitet das Bundesverfassungsgericht ab, daß »die Beschwerdeführer nicht geltend gemacht haben, daß die Gefahren, die mit der in Rede stehenden C-Waffen-Lagerung einhergehen, überhaupt nicht beherrschbar wären, und daß solchen Gefahren nicht durch Sicherheitsvorkehrungen begegnet werden könnte, die Art. 2 Abs. 1 GG angemessen sind«. Angesichts der von den Beschwerdeführern genannten Unfälle in Giftgaslagern bleibt man sprachlos, mit welcher Kühnheit die höchsten Richter die genannten Fakten negieren, Behauptungen, die wegen der Geheimhaltung nicht überprüft werden können, akzeptieren und so die Dinge von den Füßen auf den Kopf stellen.

In der Verfassungsbeschwerde wird moniert, daß die gesetzliche Grundlage für die Stationierung von C-Waffen in der Bundesrepublik fehlt. Demgegenüber behauptet die Bundesregierung, daß »mit dem Aufenthaltsvertrag und dem NATO-Truppenstatut die Rechtsgrundlage für die Stationierung chemischer Waffen auf dem Gebiet der BRD geschaffen wurden«. Vom Bundesverfassungsgericht ebenso unwidersprochen bleibt die Behauptung der Bundesregierung, daß

»auf Grund der Erfahrungen im Ersten, aber auch im Zweiten Weltkrieg die Ausrüstung von Streitkräften mit chemischer Munition im Jahre 1955 als selbstverständlich vorausgesetzt worden sei. Es könne mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß dem Gesetzgeber des Jahres 1955 bekannt gewesen sei, daß die verbündeten Streitkräfte auf deutschem Boden chemische Waffen lagerten.«

Diese Sätze sind zynisch, menschenverachtend und geschichtsverdrehend zugleich. Wie gut offenbar der Gesetzgeber informiert war, zeigt die Tatsache, daß Jahre später im Bundestag Abgeordnete nach vermuteten Giftgaslagern anfragen mußten. In einer entsprechenden Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn vom 8. August 1969 bestätigt dieser sogar die Lagerung solcher Kampfstoffe, die am 8. Juli 1969 zu einem Unglücksfall in der BRD auf der Pazifik-Insel Okinawa geführt hatten. Nach diesem Vorfall hat übrigens die japanische Regierung erfolgreich den Abtransport der chemischen Waffen von den Vereinigten Staaten verlangt. Die Beschwerdeführer hatten beim Hohen Gericht Bedenken angemeldet, daß mit der Entscheidungsbefugnis über den Einsatz der chemischen Waffen durch den US-Präsidenten die Hoheitsrechte der Bundesrepublik nach Art. 24 GG eingeschränkt werden. Demgegenüber schließt sich das Bundesverfassungsgericht der Auffassung der Bundesregierung an, daß fremde Streitkräfte und deren Bewaffnung der Hoheitsgewalt der Bundesrepublik entzogen seien. Um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, die Bundesrepublik sei eine Bananerepublik, setzt das Bundesverfassungsgericht noch eins drauf:

»Die Stationierung chemischer Waffen in der Bundesrepublik mit dem Ziel, einen möglichen Gegner von einem C-Waffen-Einsatz abzuhalten, und ein etwaiger völkerrechtsgemäßer Zweiteinsatz [!] dieser Waffen halten sich im Rahmen des dem NATO-Vertrag zugrunde liegenden Bündnisprogramms.«

Dieses »NATO-Bündnisprogramm«, das gegen die Einwände von sechs NATO-Ländern verabschiedet wurde, wird damit in seiner Wertung vor den Schutz der Grundrechte bzw. der Hoheitsrechte der Bundesrepublik gestellt. Damit erhält eine umstrittene Militärdoktrin faktisch Verfassungsrang. Da das »Entscheidungsrecht über den Einsatz dieser Systeme 'Bestandteil der Stationierung' und mit ihr untrennbar verbunden ist«, sei »die Zustimmung der BRD zur Stationierung dieser Waffen (Mittelstreckenraketen ebenso wie chemische Massenvernichtungswaffen) mithin die Zustimmung zu einer möglichen Freigabe ihres Einsatzes durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika«.

Der von den Beschwerdeführern vorgebrachte Verstoß gegen die Art. 25 (Vorrang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts) und Art. 26 (Friedensgebot) wird vom Bundesverfassungsgericht nicht gesehen.

»Ein völkerrechtsgemäßer Einsatz [!] der stationierten C-Waffen erscheint nicht schlechthin ausgeschlossen. Der Senat teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß ein solcher Einsatz als Zweiteinsatz nicht von vornherein unzulässig ist.«

Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wird auch der weitergehende Rechtsstandpunkt der Beschwerdeführer, daß auch ein Zweiteinsatz dieser Waffen völkerrechtswidrig sei, da er sich nicht auf militärische Ziele beschränken lasse, zurückgewiesen. Da diese Behauptung der Beschwerdeführer »auf methodisch nachvollziehbare Weise nicht sicher festzustellen« sei, kommt »eine solche Beweiserhebung nicht in Betracht«. Mit dem Hinweis auf den erforderlichen außenpolitischen Handlungsspielraum wird auch keine Verletzung des Art. 26 GG durch das Bundesverfassungsgericht gesehen.

Auch mit ihrem fünften Argument, daß das Bekenntnis zur Landesverteidigung keine Bestimmung sei, die allen anderen verfassungsrechtlichen Geboten einschließlich der Grundrechte vorgehen würde, treffen die Beschwerdeführer beim Bundesverfassungsgericht nicht auf Zustimmung. Im Gegenteil: »Bei einem völkerrechtsgemäßen Einsatz von Waffen gegen den militärischen Gegner im Verteidigungsfall sind Rückwirkungen auf die Bevölkerung« zum Schutz des Lebens und körperlicher Unversehrtheit nicht vorgesehen.

Wer so schreibt und vielleicht auch so denkt, der opfert den im Grundgesetz verankerten Schutz des menschlichen Lebens einer massenvernichtenden Kriegführungsstrategie, die Menschen wie Insekten vernichtet. Die Bundesverfassungsrichter sollten sich die Bilder und Berichte des Giftgaseinsatzes im Golfkrieg gegen die Kurden vor Augen halten, wenn sie in ihrer juristischen Kälte Sätze solchen Inhalts zu Papier bringen.

Der gegenwärtige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Richter Mahrenholz, verfaßte zum Beschluß des Zweiten Senats eine abweichende Meinung, die in einigen Punkten die Rechtspositionen der Beschwerdeführer bestätigte.

Richter Mahrenholz ist der Auffassung, daß die Bundesregierung den ihr aufgegebenen Schutzpflichten nach Art. 2 Abs. 2 GG nicht genügt, wenn sie im Blick auf die Katastrophenschutzpläne der US-Streitkräfte auf *jede* eigene Initiative zur Vorsorge für den Katastrophenernstfall verzichtet. Mahrenholz geht sogar noch einen Schritt weiter und vertritt den Standpunkt, daß die Bundesregierung die »verfassungsrechtliche Pflicht« habe, den Landesregierungen Informationen über Ort und Art der Giftgasdepots zu geben, damit diese Katastrophenschutzpläne gemeinsam mit den US-Streitkräften entwickeln können. Das Rechtsgut »Leben« sei nach der Verfassung ein »Höchstwert«.

Politische Konsequenzen

In der Friedensbewegung wurde schon bei Einreichung der Verfassungsbeschwerde betont, daß nicht allzu viele Erwartungen daran geknüpft werden sollten, da die Frage der Stationierung von Massenvernichtungswaffen letztlich nur politisch entschieden werden kann. Juristische Auseinandersetzungen sind Flankengefechte und verstärken bei positiven Entscheidungen die Argumentation der Friedensbewegung, ohne die politische Auseinandersetzung jemals ersetzen zu können.

Eine Konsequenz aus dem Karlsruher Urteil ist für die (Mannheimer) Friedensbewegung, daß sie sich in diesem Jahr verstärkt der Auseinandersetzung um die chemischen

Waffen widmen wird. Die entsprechenden Vorschläge von SPD, SED und KPC zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa werden dabei als wichtige und unterstützende Initiative gesehen. Größtes Problem der Friedensbewegung ist derzeit nicht die vermeintliche Akzeptanz chemischer Waffen — die Ablehnungsfront reicht weit in konservative Kreise hinein —, sondern die Gleichgültigkeit und das Vergessen. Viele Menschen verdrängen die tödliche Bedrohung, die schon seit Jahrzehnten vor ihrer Haustür liegt — denn es hat ja bisher keine große Katastrophe gegeben. Die verbale Ablehnung chemischer Waffen in konkrete und aktionsorientierte Handlungsbereitschaft umzusetzen, ist weiterhin zentrale Aufgabe der Friedensbewegung und *aller* sie tragenden politischen, gewerkschaftlichen und religiösen Strömungen.

Am gleichen Tag, an dem in den Tageszeitungen das besprochene Urteil bekanntgegeben wurde, stand ein paar Seiten weiter eine kleine Meldung: »USA beginnt mit neuer C-Waffen-Produktion.«

Skandinavien

Kennie Katborg und Lars Olsen

Erfolge der marxistischen Linken in Dänemark

Die stilvoll gekleideten Herren mit Schlips und Kragen in der konservativen Wahlzentrale waren sichtlich erschüttert, als am 8. September 1987 das Wahlergebnis über die Fernsehschirme flimmerte. Zum ersten Mal seit vielen Jahren war die Wahl ein klarer Entscheidungskampf zwischen zwei Blöcken: der bürgerlichen Regierung *oder* der sozialistischen Alternative — einer Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und Sozialistischer Volkspartei. Mit 50,2 Prozent für die rot-grünen Parteien erteilten die Dänen den Bürgerlichen eine klare Absage. Daß diese dennoch die Minderheitsregierung fortsetzen, ist nur der Zwei-Prozent-Sperrgrenze des Wahlgesetzes zu verdanken: nahezu vier Prozent der rot-grünen Stimmen fielen auf kleine Parteien, die in dem neugewählten Parlament nicht vertreten sind.

Mit der Wahl vom 8. September entstand ein relatives politisches Gleichgewicht. Auf Grund der populistischen Parteien, der Glistrup-Partei zur Rechten und der Fælles-Kurs zur Linken, haben weder der bürgerliche noch der sozialistische Block eine stabile Mehrheit. Das Ergebnis ist eine instabile politische Lage, die schnell zu einer erneuten Wahl führen kann.

Mit 29 Prozent der Stimmen ist die Sozialdemokratie noch immer die größte Partei in der dänischen Arbeiterbewegung. Doch ist die dänische marxistische Linke mit rund 17 Prozent die stärkste in Europa, von Italien abgesehen. Der unbestrittene Sieger der Wahl war die Sozialistische Volkspartei mit 14,6 Prozent. Hierzu kommen 2 bis 3 Prozent Linkssozialisten und Sowjetkommunisten.

Auch in europäischem Maßstab ist die Sozialistische Volkspartei (SF) ein politischer Erfolg der achtziger Jahre. Seit mehr als zehn Jahren hat die Partei konstanten Zuwachs zu verzeichnen. Sie vereint heute die marxistische Tradition der Arbeiterbewegung, die in anderen Ländern von den eurokommunistischen Parteien vertreten wird, mit den neuen gesellschaftlichen Bewegungen, die in der Bundesrepublik mit den Grünen zum Ausdruck gekommen sind. Aber im Unterschied zu den Grünen ist die SF als ein Teil der Arbeiterbewegung entstanden. Ihre aktuelle politische Zielsetzung ist es, zusammen mit der Sozialdemokratie eine »Arbeitermehrheit« zu schaffen, die mit anti-kapitalistischen Strukturreformen das Tor zu einem dänischen Weg in den Sozialismus öffnen kann.

Der Linksruck in der Arbeiterbewegung ist nicht Ausdruck einer plötzlichen »Wählerlaune«, sondern der schrittweisen Erosion der politischen Hegemonie der Sozialdemokratie unter den Linkskräften, die seit der Gründung der SF im Jahre 1959 andauert.

Geschichte der Sozialistischen Volkspartei 1959 bis 1980

Die SF wurde 1959 als Folge einer Spaltung der Kommunistischen Partei Dänemarks (DKP) gegründet. Seit dem 20. Parteitag der KPdSU hatte der populäre Führer der Kommunistischen Partei, Axel Larsen, versucht, eine Mehrheit für eine politische Linke zu gewinnen, die zwanzig Jahre später als »eurokommunistisch« bekannt wurde, und deren Haltung war: die Linke in der Arbeiterbewegung muß eine unabhängige und kritische Haltung zur Sowjetunion einnehmen, und Sozialismus in Dänemark läßt sich nur auf demokratischem Wege mittels einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie erreichen.

Axel Larsen konnte jedoch keine Mehrheit in der DKP erringen, und 1958-59 folgten ihm etwa ein Drittel der Mitglieder der Partei in die neue Sozialistische Volkspartei, die 1960 ihren parlamentarischen Durchbruch mit 6 Prozent der Stimmen erzielte (nur 1 % stimmten für die DKP).

1966 fand sich zum ersten Mal in der Geschichte Dänemarks eine sozialistische Mehrheit im Parlament. Da die Sozialdemokratie und die SF sich in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht einigen konnten, kam es nicht zu einer gemeinsamen, sondern zu einer sozialdemokratischen Regierung, die in der Innenpolitik von der SF gestützt wurde.

Bei der Wahl 1968 verlor die Regierung ihre Mehrheit, doch 1971-73 wurde erneut eine »Arbeitermehrheit« gegründet. Daß die roten Mehrheiten nicht zu einer dauerhaften Einrichtung wurden, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

Keine der beiden Parteien war wirklich vorbereitet auf die Situation. Bis hin zur Wahl im Jahre 1966 hatte die sozialdemokratische Führung jedwede Zusammenarbeit mit der SF kategorisch abgelehnt. Auch die SF war nicht auf einen plötzlichen Übergang aus einer Oppositionskultur zu einer Regierungszusammenarbeit vorbereitet.

In beiden Fällen wurde die Arbeitermehrheit denn auch durch innere Zersplitterungen in den beiden Parteien gestürzt: 1967-68 von einem fundamentalistischen Linksflügel in der SF, der sich abspaltete und die Linkssozialisten — Venstresocialisterne — gründete und 1973 von einem Rechtsflügel in der Sozialdemokratie, der die Partei Centrumsdemokraterne gründete.

Als die Sozialdemokratie 1975 an die Regierungsmacht zurückkehrte, knüpfte sie wieder an die alte politische Tradition an: die sogenannte »breite Zusammenarbeit über die Mitte in der dänischen Politik hinweg«. Eine Zusammenarbeit, die in der Regel auf die kleineren bürgerlichen Zentrumsparteien baute.

Zur gleichen Zeit entwickelten sich eine Reihe neuer gesellschaftlicher Bewegungen, z.B. die Frauenbewegung, der Widerstand gegen die Atomkraft, Bürgerinitiativen und eine schlagkräftige Linksopposition in der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsbewegung. Bewegungen, die in der Opposition zur rechtsgerichteten Politik der Sozialdemokratie entstanden. Die marxistische Linke stabilisierte sich bei 10 bis 12 Prozent der Stimmen, doch verlor die SF gegenüber der DKP und den Venstresocialisterne an Boden. Eine Tendenz, die sich 1979 wendete, als die SF ihre jetzige Strategie formulierte und sie in der politischen Tagesarbeit durchsetzte.

Strategie und Politik der Sozialistischen Volkspartei

Im Grundsatzprogramm der SF, das 1980 nach zwei Jahren intensiver Debatten verabschiedet wurde, bekennt sich die Partei zum »demokratischen Weg zum Sozialismus« und zu einer »sozialistischen Revolution auf demokratischer Grundlage«.

Die revolutionäre Strategie ist inspiriert von Antonio Gramscis Theorie des Stelungskrieges: daß die sozialistischen Kräfte vor dem Machtkampf »einige Machtpositionen aufgebaut haben, die die herrschende Stellung des Bürgertums maßgeblich bedrohen«, und daß der revolutionäre Prozeß von einem »historischen, gesellschaftlichen Block« durchgeführt wird, der insbesondere die traditionelle Arbeiterklasse und die neue Mittelschicht sammelt. Die wichtigsten organisierten Elemente in diesem Block sind die Arbeiterparteien, die Gewerkschaftsbewegung und die neuen gesellschaftlichen Bewegungen.

In ihrem Grundsatzprogramm von 1980 setzt sich die SF zum Ziel, eine neue Arbeitermehrheit zu schaffen. Auf den nachfolgenden sieben jährlichen Parteitag kam die Partei mit immer konkreteren Vorschlägen für eine Alternative zu der geführten Politik. Die auf dem Parteitag der SF von 1987 verabschiedete Diskussionsgrundlage im Hinblick auf eine gemeinsame Regierung mit der Sozialdemokratie läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Eine solidarische Lösung der Krise, die u.a. beinhaltet: eine 35-Stunden-Arbeitswoche, einen Stopp der Verringerung des öffentlichen Sektors und soziale Verbesserungen für die Schwächsten der Gesellschaft.
2. Eine progressive Umwelt- und Friedenspolitik, die über eine kritische dänische Politik in der EG und der NATO hinaus einen einseitigen Bruch Dänemarks mit dem NATO-Militarismus zur Folge hat, z.B. Senkung der Militärausgaben und ein atomwaffenfreies Dänemark, nicht nur in Friedenszeiten, sondern auch bei Krise und Krieg.
3. Eine Reihe demokratischer und anti-kapitalistischer Reformen, die u.a. zum Ziel haben: Öffentliche Verwaltung der Investitionen der Banken und Versicherungsgesellschaften; Wirtschaftliche Demokratie, bei der das Eigentumsrecht an den Unternehmen stufenweise an die von den Lohnarbeitern kontrollierten Fonds übergeht; Demokratie am Arbeitsplatz, bei der die Lohnarbeiter Vetorecht in entscheidenden Teilen der Führung der Unternehmen bekommen, z.B. bei der Einführung der neuen Technologie; Öffentliche Produktion im Staat und in den Gemeinden; Demokratisierung des öffentlichen Sektors, mit größerer Selbstverwaltung und gesteigertem Einfluß der Benutzer.

Das strategische Ziel dieser Reformen ist mit den Worten des Vorsitzenden der SF, Gert Petersen, »Breschen in die Profitwirtschaft zu schlagen«. Die Arbeitermehrheit muß das Kräfteverhältnis unter den Klassenkräften verschieben und damit den Weg zur nächsten Etappe eröffnen, in der der eigentliche Übergang zum Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Die Verankerung der Sozialistischen Volkspartei

Die SF, deren Wählerschaft ein klares Übergewicht an Frauen und bei Personen unter 40 Jahren aufweist, hat ihre *gesellschaftliche Basis* in zwei großen Gruppen: der traditionellen Arbeiterklasse, von der — einer von der Dachorganisation der Gewerkschaften LO veröffentlichten Untersuchung zufolge — 25 Prozent die SF wählen (die Sozialdemokratie erzielt ca. 45 Prozent), und den öffentlichen Angestellten, bei denen sowohl die SF als auch die Sozialdemokratie ungefähr 30 Prozent erringen.

Geographisch schwanken die Ergebnisse stark: unter 10 Prozent in den Bereichen, in denen die Landwirtschaft überwiegt, 12 bis 24 Prozent in den größeren Provinzstädten, über 30 Prozent in den traditionellen Arbeiterbezirken in Kopenhagen, in denen die SF bei der letzten Wahl zur größten Partei aufrückte. Es wird heute als wahrscheinlich angesehen, daß die SF bei den Gemeindewahlen im Jahre 1989 die Sozialdemokratie als die größte Partei in Kopenhagen überholen und damit den Posten des Oberbürgermeisters in der Hauptstadt besetzen wird.

Der Vormarsch der SF kommt von zwei verschiedenen Seiten: von der Schwächung der DKP und der Venstresocialisterne, die keine glaubwürdige Strategie dafür vorlegen konnten, wie die Regierungsmacht zu einem stufenweisen sozialistischen Vorrücken angewendet werden kann. Und von der Sozialdemokratie, die sich schwer damit tat, sich der ungewohnten Rolle als Opposition anzupassen. (In der Zeit von 1945 bis 1982 bildete die Sozialdemokratie die Regierung in 28 von 37 Jahren!)

Schon allein das Parteimodell der SF legt das Schwergewicht auf politische Offenheit: letzten Endes liegt die Macht nicht in der parlamentarischen Gruppe, sondern bei *allen* Mitgliedern der SF. Programme und andere Beschlüsse werden im Dialog mit Bewegungen und Kräften *außerhalb* der Partei verabschiedet. Und eine anteilmäßige Verteilung von Männern und Frauen in den leitenden Parteinstanzen spiegelt die Forderung der SF nach Gleichberechtigung der Frauen wider. Hiermit ist die SF nicht nur politisch, sondern auch kulturell Exponent der neuen gesellschaftlichen Bewegungen und der Generationen, die nach 1968 politisch aktiv geworden sind.

Die aktuelle politische Lage

Als die SF 1980 das Schwergewicht erneut auf die Perspektive einer sozialistischen Mehrheit legte, wurde dies von der Sozialdemokratie zurückgewiesen. Die Partei hielt an der alten Formel von der »breiten Zusammenarbeit über die Mitte hinweg« fest. Auch nach dem Übergang in die Opposition im Jahre 1982 lehnte die Führung der Sozialdemokratie die Parole der Arbeitermehrheit ab. Die bürgerliche Blockpolitik sollte nicht durch eine rote Blockpolitik ersetzt werden — hieß es.

Doch im Frühjahr 1985, als Hunderttausende von Lohnarbeitern an der bisher breitesten Protestbewegung gegen die bürgerliche Regierung teilnahmen, mußten die Sozialdemokraten ihren Kurs ändern. Der Vorschlag der SF zu einem gemeinsamen Regierungsprogramm wurde von der Führung der Sozialdemokratie zurückgewiesen, von großen Teilen der sozialdemokratischen Bewegung aber unterstützt. Nicht zuletzt in dem größten Gewerkschaftsverband des Landes, SiD, in dem die links-sozialdemo-

kratische Führung der SF politisch recht nahe steht. — Das »Tauwetter« zwischen der SF und großen Teilen der Sozialdemokratie wurde durch die neue USA-kritische Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie erleichtert, die einen der traditionellen Streitpunkte zwischen den beiden großen Arbeiterparteien abbaute.

Trotz bürgerlicher Regierung hat das dänische Parlament seit 1982 an die 25 Resolutionen angenommen, die sich u.a. gegen den Raketenbeschluß der NATO wenden, den dänischen Zahlungen für das Projekt Einhalt gebieten und die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Norden unterstützen. Diese Positionen werden nicht nur von der Sozialdemokratie, der SF und den Venstresocialisterne unterstützt, sondern auch von den Radikalen, einer bürgerlichen Zentrumspartei, die starke progressive Traditionen in Bereichen wie der Außenpolitik, der Umwelt- und Kulturpolitik hat.

In der nach der Wahl vom 8. September 1987 entstandenen instabilen politischen Lage hat die Sozialdemokratie formell an ihrem Ziel festgehalten: für eine neue sozialistische Mehrheit mit der SF zusammenzuarbeiten. Tatsächlich aber setzt die sozialdemokratische Führung ihre Hoffnungen darauf, über eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Minderheitsregierung die »Regierungsfähigkeit« der Partei zu demonstrieren. Die neue sozialdemokratische Taktik bezweckt allem Anschein nach zweierlei: Die Partei wieder zu einem Drehpunkt in der Zusammenarbeit »in der politischen Mitte« zu machen — und die SF in der Linken zu isolieren.

Der »Tanz« der Sozialdemokratie »mit den Bürgerlichen« hat erneut Streit im Verhältnis zur SF heraufbeschworen. Doch eine feste Zusammenarbeit nach rechts wird sehr schwierig für die Sozialdemokratie werden. Die Forderung nach einer Arbeitermehrheit findet massive Unterstützung in der Basis der Sozialdemokratie. In Meinungsumfragen antworten 78 Prozent der sozialdemokratischen Wähler, daß die SF ihre bevorzugte »Zweit-Partei« sei. Eine Zahl, die darauf deutet, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Parteien leicht noch mehr zugunsten der SF verschieben kann.

Die Sozialdemokratie ist noch immer die dominierende Kraft in der Gewerkschaftsbewegung. In den letzten fünfzehn Jahren jedoch haben die SF und Kommunisten wichtige Positionen erobert. Gleichermäßen haben große sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisationen heute die SF anerkannt, z.B. in Form finanzieller Unterstützungen. Am 1. Mai 1987 wurde zum ersten Mal seit über vierzig Jahren nur eine gemeinsame Einheitsdemonstration in Kopenhagen abgehalten, die vom Zentralverband der Arbeiter (Arbejdernes Fællesorganisation) organisiert worden war und an der trotz eines »Boykotts« der sozialdemokratischen Parteiführung über 200000 Menschen teilnahmen. Eine Initiative, die in diesem Jahr im ganzen Land nachvollzogen wird.

Das künftige Verhältnis zwischen den beiden Parteien hängt auch mit der Entwicklung in den Gemeinden zusammen. Eine Arbeitermehrheit besteht heute in 46 Gemeinden, wovon 23 gemeinsam von Sozialdemokratie und SF regiert werden. In den restlichen 23 Gemeinden hat die Sozialdemokratie eine Zusammenarbeit mit Rechts gewählt. Dies ist zum Teil auf die alte Tradition der Sozialdemokratie im Hinblick auf Klassenzusammenarbeit und Zentralismus und zum Teil darauf zurückzuführen, daß die SF in einzelnen

Gemeinden Probleme mit dem Fundamentalismus hat, der auch in der Bundesrepublik so große Schwierigkeiten zwischen der SPD und den Grünen bereitet.

Schwierige wirtschaftliche Probleme

Obwohl die Forderung nach einer Arbeitermehrheit solide Unterstützung unter den Linkskräften findet, stehen wir vor etlichen schwierigen Aufgaben: Da ist eine wankende sozialdemokratische Führung, in der eine machtvolle Gruppe wie in Finnland und Österreich die Hoffnung in eine Zusammenarbeit mit der gestärkten konservativen Partei setzt.

Im Unterschied zur Bundesrepublik befindet sich Dänemark in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage, die nicht nur in einer Arbeitslosigkeit von ca. 10 Prozent, sondern auch in einer hohen Auslandsverschuldung besteht.

Diese Probleme lassen sich nicht mit ultralinken Parolen lösen, die die ökonomische Wirklichkeit ignorieren. Die Lösung liegt aber auch nicht in einer Koalition mit dem Bürgertum, das trotz der fünf Jahre relativ günstiger Konjunktur lediglich die Auslandsschulden um eine Vielfaches vermehrt und einer massiven Übernahme dänischer Unternehmen durch das Ausland das Tor geöffnet hat.

Das Ziel kann nicht blindes Wachstum sein, sondern eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit — und ein »qualitativ gesteuertes Wachstum«, das an die Stelle der Planlosigkeit und des Raubbaus an den Ressourcen tritt. Eine sozialistische Antwort auf die Krise muß davon geprägt sein, was Enrico Berlinguer »revolutionary austerity« nennt: daß nur diejenigen, die am schlechtesten gestellt sind, materielle Verbesserungen erfahren, der Mehrheit statt dessen aber bessere kollektive Möglichkeiten und vor allem die Macht über ihr eigenes Leben eingeräumt werden. Die Lohnarbeiter sollen nicht nur Einfluß auf die Unternehmen ausüben, sondern auch die Verantwortung wahrnehmen können, die sich aus der Macht über die Produktion ergibt. Die Demokratie darf nicht am Fabrikator aufhören!

Die skandinavischen Ländern haben früher schon Gesellschaftskrisen mit tiefgreifenden Reformen gelöst. Das erfordert aber, daß die Linkskräfte den Mut zum ersten Schritt hin zum Sozialismus haben.

Dänemark kann diesen Prozeß nur anfachen. Aufgabe einer dänischen Linksregierung ist es, die Zusammenarbeit unter den progressiven Kräften in Europa auszubauen. Denn der ganze Weg zum Sozialismus kann nicht von Dänemark isoliert besritten werden. Dieses Projekt läßt sich nur auf europäischer Ebene durchsetzen — und das erfordert eine neue strategische Debatte über die traditionellen Grenzen hinweg: zwischen Sozialdemokraten, Linksozialisten, Eurokommunisten und grünen Sozialisten in Europa. Den neunziger kann nicht mit der Politik der siebziger Jahre begegnet werden.

Frankreich

Johannes M. Becker

Frankreich im Zeitalter LePens

Zum Ausgang der Präsidentschaftswahl

Die *FAZ* fand die angemessene Charakterisierung des französischen Präsidentschaftswahlkampfes: »Vor sieben Jahren ging es bei der französischen Präsidentschaftswahl um Wirtschaftspolitik. Der 'Bruch mit dem Kapitalismus' stand auf dem Programm. Von solchen weitgesteckten Zielen ist diesmal nichts zu sehen.« Der vergangene Wahlkampf war ohne »rote Fäden«, konnte die Masse der Franzosen nicht aus ihrer Lethargie aufwecken, in die sie seit 1982/83 gefallen war. Die *FAZ* konstatierte weiter: »Verzicht auf Ideologien, Abschied von Mythen und Bildern. Doch das bewirkt ein Defizit im Gefühlshaushalt, eine gewisse Verkümmern.« In der Tat schien der Präsidentschaftswahlkampf viele Wochen lang lediglich von der Frage dominiert: Kandidiert *er*, oder kandidiert *er* nicht?

Der Wahlsieg von Mitterrand war von kaum einem Beobachter bezweifelt worden. Seine Mitbewerber waren zu schwach, als daß sie ihm seine geniale Rolle hätten streitig machen können, gleichsam als ein *unbeteiligter Schiedsrichter* über den trivialen und schmutzigen Tiefen und Untiefen des politischen Alltagsgeschäfts zu schweben. Da schienen die Visionen von einer anderen Republik nicht notwendig.

In der Tat war die Lage Chiracs wenig glücklich: Er war nach der Phase der Austeritätspolitik der Sozialisten im März 1986 in der tiefsten Krise an die Regierung gekommen. Neben den Eisenbahnern, Schülern und Studenten hatte ihm selbst das französische Kapital die tatkräftige Hilfe verweigert, indem es fortfuhr, spekulative Kapitalanlagen im Ausland zu plazieren, anstatt Chirac bei seinen Problemen mit der Massenarbeitslosigkeit, der Leistungsbilanz, der extremen Ausbildungsplatzmisere usw. behilflich zu sein. Die Tatsache, daß Chirac und seine engsten Mitarbeiter ihre Klientel mit den Pfründen der reprivatisierten Unternehmen versorgte, war nur ein kleiner Trost, der zudem noch Mitterrand als wohlfeile Wahlkampfmunition diente.

Streitereien im Vorfeld der Wahl um die Kandidaten hatten den Franzosen die gemäßigten Rechtsparteien auch insgesamt nicht als präsidierbar erscheinen lassen. Dem Wirtschaftsprofessor Raymond Barre hatten sie offenbar seine soziale Demontagepolitik der siebziger Jahre noch nicht verziehen.

Auch nicht verziehen hatten die Franzosen den Kommunisten ihre Beteiligung an der Austeritätspolitik der Sozialisten nach der wirtschaftspolitischen Wende von 1982/83. Lajoinie und seine Wahlkampfmannschaft mühten sich redlich, ihre Programmatik von der sozialen Gerechtigkeit, der zu erhöhenden Steuerpflicht für die Reichen, der Ver-

urteilung der Privatisierungspolitik und dem Kampf gegen Rassismus den Franzosen nahezubringen. Das Absinken der Kommunisten auf sieben Prozent der Stimmen muß erneut und diesmal einschneidend zu denken geben. Sicherlich hatten die Medien den PCF nahezu totgeschwiegen, sicherlich hatte die Parallelkandidatur des abtrünnigen Pierre Juquin die Partei geschwächt; dies reicht jedoch zur Ursachenanalyse des extremen Verfalls der Wählergunst, dem auch eine Demobilisierung der militants korrespondiert, nicht aus.

Frankreichs *Grüne* haben zwar mit 3,8 Prozent im ersten Wahlgang die Schätzungen der ärgsten Pessimisten übertroffen, dennoch kann sie dieses Ergebnis angesichts der bundesrepublikanischen Schwesterpartei nicht befriedigen. An den Franzosen sind offenbar Tschernobyl, Pierrelatte, Fessenheim und Creys-Malville spurlos vorübergegangen. Der nationale Nuklearkonsens funktioniert weiter. Die *Grünen* erleichtern ihm aber auch das Überleben: Sie verzichten auf eine radikale Ablehnung der *force de frappe*, sie können sich nicht einmal zur Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie durchringen. Erstaunlich scheint das Wahlergebnis der *Grünen* allerdings vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Partei über nicht mehr als 1400 Mitglieder (!) verfügt.

Hätten nicht über 14 Prozent der Wähler ihre Stimme dem Neofaschisten LePen gegeben, würde der Präsidentschaftswahlkampf 1988 vermutlich dereinst in den Geschichtsbüchern nicht auftauchen. Jeder siebte Wähler des Landes der Commune, der obsiegenden Revolutionen und der *résistance* hatte faschistisch gewählt. Obwohl diese Franzosen nicht über Nacht zu Faschisten geworden sind, muß dieses Phänomen extrem beunruhigen. LePen hat es geschafft, sein Image vom einäugigen, unsympathischen, brutalen Schlägertypen und draufgängerischen Fallschirmjäger zu wandeln in das eines gesetzten Staatsmannes. Freilich haben ihm die bürgerlichen Medien und ihre (auch sozialdemokratischen) Macher hierbei erheblich geholfen. In keinem Departement erhielt LePen weniger als 5, in acht Departements mehr als 20 Prozent der Stimmen. Auch in Gebieten, in denen es keine Ausländeragglomerationen gibt, erzielte er enorme Gewinne. Daß ihn in Städten wie Marseille, Nizza, Roubaix und Tourcoing auch die *immigrés* gewählt haben, ist zwar nicht mehr neu, sollte aber gründlicher untersucht werden. Zum ersten Mal scheint es im übrigen, daß LePen auch einige kommunistische Wähler auf seine Seite gezogen hat, die freilich im zweiten Wahlgang in ihrer Masse Mitterrand gewählt haben. — Nachdem der Versuch Rocards, ein Kabinett unter Einbeziehung der Mitte zu bilden gescheitert ist, hat Mitterrand, offensichtlich unter dem Eindruck von Meinungsumfragen, die dem PS die absolute Mehrheit der Parlamentssitze vorausgesagt haben, Parlamentsneuwahlen verordnet. Es ist noch nicht absehbar, ob und in welchen Formen sich Mitterrands Absicht einer Umwandlung der französischen Parteienlandschaft in Richtung auf das bundesrepublikanische Modell zweier großer Blöcke mit einem kleinen Zünglein an der Waage realisieren läßt. Für Frankreichs Arbeiterbewegung mag die zu erwartende Neuaufgabe der Koalitionspolitik der Vierten Republik als Chance erscheinen: Nach der Illusion Mitterrand und dem Verschlafen der dritten industriellen Revolution mit ihren Umbruchprozessen bedarf es der Sammlung und der Entwicklung neuer Visionen aus den Defensivkämpfen.

Österreich

Peter Pelinka

»prima causa« Waldheim

Längst ist der Fall Waldheim mehr als ein tagespolitischer Konflikt darüber, ob der von der österreichischen »semifaschistischen« (Bruno Kreisky) Verfassung aus dem Jahre 1929 mit sehr weitgehenden Rechten ausgestatteten Bundespräsident tatsächlich bis 1991 im Amt bleibt (wie es derzeit den Anschein hat) oder dann sogar noch einmal für eine zweite Amtsperiode kandidiert (was Waldheim selbst bereits angedeutet hat). Längst ist er auch weit mehr als ein Streit zwischen den beiden Parteien der großen Koalition in Wien, über die eine versteckte Rücktrittsdrohung von Bundeskanzler Franz Vranitzky schwebt, der es müde ist, »sechzig Prozent seiner Arbeitszeit«, vor allem bei Auslandsterminen, für die Erörterung der Probleme rund um Kurt Waldheim aufzuwenden. Die Auseinandersetzungen um den ehemaligen UNO-Generalsekretär, der im Juni 1986 beim zweiten Wahlgang mit der deutlichen Mehrheit von 54 Prozent über seinen sozialistischen Gegenkandidaten Kurt Steyrer die Oberhand behielt, haben historische Dimension. In ihnen spiegeln sich die Traumata mehrerer Generationen der gesamten österreichischen Nation.

Kurt Waldheim ist Symbol und Katalysator. *Symbol* jenes Teils der Kriegsgeneration, die ihre »Pflicht erfüllt hat« (so der griffigste Verteidigungsversuch Waldheims, den er seither trotz aller Interpretationsversuche nicht mehr vom Tisch bekommt). Er war ein recht eifriger Mitläufer des NS-Systems, mit dem er ideologisch als Anhänger der austrofaschistischen Schuschnigg-Regierung nicht allzuviel gemein hatte. Als Symbol steht Kurt Waldheim auch für die Kontinuität jener Eliten im Staatsapparat, die fast bruchlos den Dreisprung Austrofaschismus—Nazifaschismus—Zweite Republik geschafft haben, weil sie die beiden ersten Sprünge absolvierten, ohne sich allzusehr mit Anti-Nazi-Aktionen des Regimes zwischen 1934 und 1938 zu »belasten« — dafür war der 1918 Geborene wohl auch zu jung — oder mit direkten Kriegsverbrechen in den sieben Jahren danach.

Und als *Katalysator* dient Kurt Waldheim für jene Debatte, die eigentlich vierzig Jahre zuvor hätte geführt werden sollen: Ob Österreich wirklich nur Opfer der Hitlerischen Aggressionspolitik war oder nicht auch Mit-Täter, wie die überproportionalen Anteile der Österreicher bei allen Kategorien von NS-Verbrechen zu erklären sind, wie die jubelnden Massen bei Hitlers Einzug in die von ihm in Wirklichkeit gehaßte alte Heimat, wie die mehr als 99prozentige Zustimmung zur Annexion bei der »Volksabstimmung« am 10. April 1938, wie vor allem die extrem hohe Bereitschaft zur Beteiligung an antisemitischen Exzessen und zum »Wegschauen« angesichts der ersten Transporte tausender Österreicher in Gefängnisse, KZ und Folterstätten aller Art. Zwischen

Annexion am 13. März und »Volksabstimmung« am 10. April 1938 sind etwa 70000 Österreicher auf diese Art verschwunden.

Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wurde nach 1945 nicht geführt. Die Erinnerung an 2700 hingerichtete Widerstandskämpfer, an 81952 in den KZ umgebrachte Österreicher (davon 65459 Juden), an die 16107 in Kerkern »Verstorbenen« wurde rasch auf Fußnoten bei Sonntagsreden reduziert, obwohl die Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 gerade diesen *Eigenbeitrag zur Befreiung* zur Voraussetzung für die Klassifizierung als das »erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist« erklärt hatte. Angesichts der alliierten Präsenz und mancher Übergriffe gelang die Umdefinition der Befreiung des Landes 1945 zur »Besatzung« bis 1955 noch rascher. Vor allem aber: Die innenpolitische Konstellation — baldiges Ausscheiden der schwachen Kommunisten aus der ursprünglichen Dreiparteienkoalition mit der konservativen ÖVP und der vom rechten Parteiflügel dominierten SPÖ, die ihren Beinamen »Revolutionäre Sozialisten und Sozialdemokraten« bald ablegte — setzte Tabuisierungen geradezu voraus:

- Die Tabuisierung des ersten Bürgerkriegs 1934, als die Zerschlagung der Arbeitnehmerorganisationen durch die Austrofaschisten Österreich erst sturmreif für den Nazifaschismus gemacht hatte.
- Die Tabuisierung des zweiten Bürgerkriegs 1938, als die heimischen (nicht nur die deutschen) Nazis alle widerstrebenden Elemente zu vernichten trachteten.
- Die Tabuisierung der raschen Anpassung führender Repräsentanten des »alten« Österreichs vom »Republikvater« Karl Renner (Kanzler 1918 und 1945!) bis zu Kardinal Innitzer.
- Und eben auch die Tabuisierung der Rolle vieler Österreicher, die nicht nur in den deklarierten Teilen der NS-Tötungsmaschinerie, sondern auch in der Deutschen Wehrmacht ihre »Pflicht erfüllt haben« wie der Oberleutnant der Heeresgruppe 1c/AO der Deutschen Wehrmacht Kurt Waldheim, einer der »bestinformierten Offiziere im Balkan-Feldzug« (Gerhard Botz, Geschichtspräsident an der Salzburger Universität, Balkankriegs-Experte).

Das Schweigen über eine ganze Reihe von Lebenslügen der Zweiten Republik ging in den folgenden Jahrzehnten hurtig weiter: Tabuisiert wurde auch das beschämende Buhlen beider Großparteien um die »Ehemaligen«, denen 1949 in Gestalt einer vierten Partei, dem Verband der Unabhängigen (VDU), ein Sammelbecken eingerichtet wurde, die sich aber auch in SPÖ und ÖVP einnisten konnten. Tabuisiert wurde die rechtlich streng angelegte, jedoch nur halbherzig durchgeführte Entnazifizierung, die spätestens zu diesem Datum endgültig zu Grabe getragen worden war und in wesentlichen hegemonialen Bereichen (Kultur- und Medienbetrieb) überhaupt nicht wirksam geworden ist.

Immer wieder brach Verdrängtes punktuell auf: Etwa, als in den sechziger Jahren der fast regelmäßige Freispruch von NS-Kriegsverbrechern auf schwache inländische und heftige ausländische Proteste stieß. Etwa, als in den siebziger Jahren das extrem nationalistische und slowenenfeindliche Klima in Kärnten im Sturm gegen zweisprachige Ortstafeln gipfelte. Etwa, als 1985 Verteidigungsminister Frischenschlager aus der

Riege der VDU-Nachfolgepartei FPÖ den »letzten österreichischen Kriegsgefangenen« Walter Reder per Handschlag am Flughafen begrüßte, nachdem der wegen Massenmords und Geisel-Erschießung zu lebenslanger Haft verurteilte SS-Offizier gnadenhalber aus dem italienischen Kerker entlassen worden war und sich jahrelang Vertreter aller politischen Lager um seine Freilassung bemüht hatten. Diese »Ausrutscher« basieren — abgesehen von jahrzehntelang wirksamen Verdrängungsmechanismen — auf breiten rechtsextremen Vorfeldorganisationen, die jeweils hunderttausende Mitglieder zählen und weit über das kleine Lager deklariertes Neonazis hinausreichen: Der österreichische Turnerbund (ÖTB), der »Kärntner Heimatdienst« und der »österreichische Kameradschaftsbund« — allesamt zwar nicht offen politisch agierend, allesamt aber mit guten Kontakten zumindest zu FPÖ und ÖVP (teilweise auch zur SPÖ) und allesamt in der ideologischen »Alltagsarbeit« reaktionär und deutschnational.

Trotz aller internationalen Trends folgenden Entwicklungen hat das Land etwa im Vergleich zur BRD, aber noch mehr im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten nach wie vor starke Lagerbindungen, die über Neben- und Vorfeldorganisationen abgestützt sind.

Alle wesentlichen politischen Lager Österreichs haben Geschichtsleichen im Keller. In der SPÖ werden Geschichtsmären — allerdings immer mühsamer — aufrechterhalten: Karl Renner habe etwa sein »Ja« zur Annexion, das er gegenüber dem NS-Bürgermeister von Wien sogar als ein mit Konterfei plakatiertes anbot, was von diesem aber nach Empfehlung von Rudolf Heß als »zu weitgehend« abgelehnt wurde, nur aus Rücksicht auf einsitzende Genossen deklariert. Oder: Antisemitismus habe es zumindest in führenden Kreisen nie gegeben, obwohl die Parteirechte vor 1934 und nach 1945 oft genug gegen die »linken Juden« zu Felde zog, es sogar Fälle gab, wo aus diesen Motiven die Rückkehr von Emigranten hintertrieben wurde. Oder: Der Oktoberaufstand österreichischer Arbeiter gegen das vierte Lohn-Preisabkommen 1950 sei ein »Kommunistenputsch« gewesen, obwohl die KPÖ davon völlig überrascht wurde und der 1965 aus der Partei ausgeschlossene »Mini-Peron« Franz Olah mit seiner Bau- und Holzgewerkschaft (finanziert mit CIA-Geldern) rasch den spontanen Unmut niederknüppeln konnte. Auch Bruno Kreisky hatte in diesem Punkt ein schlampiges Verhältnis zur Geschichte: Er, unter dessen Regierungszeit immerhin die massive Enttabuisierung der Geschichtswissenschaft begann, und der insbesondere das Jahr 1934 mit all seinen Folgen nie in Vergessenheit geraten ließ, verteidigte den langjährigen FPÖ-Obmann Friedrich Peter, der zum Unterschied von Waldheim einer deklarierten Tötungsgruppe, der Waffen-SS, angehört hatte, mit heftigen Ausfällen gegen manche Gegner — u.a. bezeichnete er Simon Wiesenthal als Gestapo-Konfidenten, holte in seine erste Regierung mehrere ehemalige NSDAP-Mitglieder (sogar einen ehemaligen SS-Angehörigen, der dann zurücktreten mußte) und bahnte nach seinem Abtritt 1983 der kleinen Koalition mit der FPÖ den Weg.

Eben diese FPÖ hat sich auch in der kurzen, dreijährigen Regierungsperiode nie von ihrer deutschnationalen — und das heißt in Österreich praktisch immer NS-nahen — Geschichte und Basis emanzipiert. Der als Vizekanzler tätige Obmann Norbert Steger wurde 1986 samt der von ihm propagierten »Liberalisierung« der FPÖ vom Rechts-

populisten Jörg Haider mit klarer Mehrheit abgelöst. Die konservative ÖVP wiederum ist würdige Erbin der christlich-sozialen Partei von 1934. Ihre antisemitischen Töne sind kaum mehr zu verbergen. ÖVP-Generalsekretär Graff mußte im Herbst 1987 schließlich zurücktreten, als er verlauten ließ, Waldheim müsse erst gehen, wenn er wirklich »sechs Juden eigenhändig erwürgt habe«, ist aber weiter als Justizsprecher seiner Partei im Parlament. Die gescheiterte Revolution und das ökonomisch und politisch schwache einheimische Bürgertum haben nie einen bürgerlich-liberalen Flügel oder gar eine Partei hervorgebracht, die ÖVP wird derzeit stärker von miefigem Provinzialismus dirigiert als von »modernen« Kapitalfraktionen. Auch die seit 1983 im Parlament sitzenden österreichischen Grünen haben als jüngste Partei in der Causa Waldheim ihre Geschichtsprobleme bewiesen. Einige bezeichneten — in wohl unbedachter Nähe zu »Sozialfaschismustheorien« — Waldheim als »kleineres Übel« gegenüber seinem sozialistischen Gegenkandidaten, andere bezogen zumindest nicht klar genug gegen ihn Position.

Katalysatoren sind nützlich. Sie binden Giftstoffe und wirken dadurch reinigend. Auch Kurt Waldheim hat Nützlichendes an sich. An seiner Person, an seinem Verhalten während, vor allem aber nach dem Krieg entzündeten sich die Debatten über die dunklen Seiten der »österreichischen Seele« (so der Bestseller des Psychotherapeuten und Steyrer-Wahlkampfhelfers Erwin Ringel), tun sich Gräben und Gräber auf, die in faulem Kompromiß jahrzehntelang zugeschüttet schienen. Der Fall Waldheim hat viel umgerührt im Lande. Er hat Kanzlerwechsel von Fred Sinowatz zu Franz Vranitzky gebracht und den Koalitionswechsel von »Kleiner« zu »Großer« Koalition. Er hat die besonders häßlichen Aspekte des hiesigen Konservatismus bloßgelegt, die nicht auf die ÖVP beschränkt, wohl aber dort am stärksten konzentriert sind: die Ausländerfeindlichkeit (die nach der Watch-List-Entscheidung der US-Administration sogar den bedingungslosen Pro-Amerikanismus ins Wanken brachte). Den Antisemitismus vor allem der reaktionär-klerikalen Art bis hin zu jenem VP-Vizebürgermeister von Linz, Carl Hödl, der den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, für die Tötung Jesu Christi mitverantwortlich machte. Die autoritären Reaktionen auf verunsicherte Autoritätsgläubigkeit (der Bundespräsident stand bisher als Ersatz-Kaiser über den politischen Auseinandersetzungen). Vor allem aber auch die zutiefst illiberale Intellektuellenfeindlichkeit.

Denn praktisch alles, was im intellektuellen Leben Österreichs eine Rolle spielt, stand und steht gegen Waldheim und das, was er repräsentiert. Das ist die erfreulichste Bilanz: Im geistigen und kulturellen Leben des Landes bis weit hinein in den kirchlichen und sportlichen Sektor hat sich seit 1970 etwas gerührt. Die außerparlamentarische Anti-Waldheim-Bewegung, deren organisatorischer Ausdruck der »Republikanische Klub Neues Österreich« (letzteres nach der Dreiparteienzeitung von 1945) mit samt seinem durch die Weltpresse galoppierenden SA-Holzpfad von Alfred Hrdlicka ist, hat erstarrte Institutionen und Fronten in Bewegung gebracht.

Die SPÖ hat trotz aller staatspolitischen Fixierung inzwischen mehrere Beschlüsse gefaßt, in denen Waldheim geradezu angefleht wird, schon wegen der internationalen Reputation Österreichs zurückzutreten. Kanzler Vranitzky (seit dem 11. Mai 1988 auch

Parteivorsitzender) hat anlässlich der »Gedenkfeiern« zum 50. Jahrestag der Annexion im März 1988 klare Worte gegen das dümmliche Gerede vom »Austromasochismus«, der »Nestbeschmutzung« und der »nur von der amerikanischen Ostküste aus gesteuerten Kampagne« gefunden. Die Angst um das unter Kreisky gewonnene Image Österreichs vor allem in den USA und das damit verbundene Geschäft hat selbst bei führenden Kreisen der Kapitalvertreter zu Anti-Waldheim-Rufen geführt. Noch niemals zuvor gab es so viele Bücher, Theaterstücke, Symposien und Debatten zur »prima causa« (wie der Fall Waldheim inzwischen allgemein genannt wird).

Die Polarisierung hat aber auch die Reaktion gestärkt: In der ÖVP haben derzeit die Leute der »Stahlhelmfraktion« unter Verteidigungsminister Lichal das Sagen und das Ohr des schwachen Obmannes und Außenministers Mock. Die international auflagenstärkste Zeitung der Welt (gemessen an der Einwohnerzahl), die *Kronen-Zeitung* mit ihren mehr als zwei Millionen täglichen Lesern hat sich auch von der 45-Prozent-Beteiligung des WAZ-Verlags (seit November 1987, seit März 1988 auch mit 45 Prozent am zweitgrößten *Kurier* beteiligt) nicht von einer immer offener antisemitischen und dumpf-provinziellen Blattlinie abbringen lassen. Und hinter dem — eigentlich allseits ungeliebten — Kurt Waldheim sammeln sich unter der »Jetzt erst recht!«-Parole all diejenigen, die eines vor allem nicht wollen: Eine Auseinandersetzung über die eigene Geschichte. Das ist — noch? — eine Mehrheit. Kurt Waldheim kann mit seiner starren Haltung dafür sorgen, daß es bald eine Minderheit ist.

Literaturverzeichnis

Cohen, Bernard, und Luc Rosenzweig: Der Waldheim-Komplex. Wien 1987

Haslinger, Josef: Politik der Gefühle. ORT 1987

Born, Hanspeter: Für die Richtigkeit: Kurt Waldheim. München 1988

Pelinka, Peter, und Gerhard Steger (Hrsg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Beiträge zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien 1988

Ökologie und Kampf um die Umwelt

Jörg Windmann

Neuere Entwicklungen der Produktivkräfte

Bericht von einer Arbeitstagung des *spw*-Beirats

Auf der Tagung wurden zwei Entwicklungslinien der Produktivkraftentwicklung thematisiert: der Einsatz der Datenverarbeitung im Produktionsbereich (insbesondere der Metall- und Automobilindustrie) und der Bereich der Arbeitsgegenstände (insbesondere vor dem Hintergrund der ökologischen Wirkungen).

Datenverarbeitung im Produktionsbereich

Die Prosperitätsphase geht ihrem Ende zu und verändert die ökonomischen Fragestellungen der Kapitaleite, denn der Markt von Standardprodukten zeigt Sättigungerscheinungen. Für die Nutzung der Produktionsmittel ist folgende Struktur typisch: Im Maschinenbau waren 1985 die Produktionsmittel nur zu 15 % produktiv eingesetzt, während 35 % unproduktiv waren und 50 % stillstanden. Das Materialpotential war nur zu 5 % in Bearbeitung, während 95 % auf Lager lag. Die künftige Produktionspolitik ist hinsichtlich des *Markt*aspekts durch Innovationen gekennzeichnet, die zu Produkten von hoher Qualität, großer Vielfalt und deutlich individualisierten Merkmalen führen sollen. Der *Produktions*aspekt zielt auf eine hohe Auslastung der Produktionsmittel: d.h. niedrige Bestände, kurze Durchlaufzeiten und hohe Termintreue. Beide Aspekte werden technologisch erst durch das CIM-Konzept (*Computer Integrated Manufacturing*) und dessen Teilkonzepte (CAD, CAM usw.) realisierbar.

Die CIM-Umsetzung stößt jedoch auf eine Reihe von Widersprüchen, wie z.B. Bereichsegoismen, fehlerhafte Daten, mangelnde Qualifikation/Motivation der Mitarbeiter. Sie laufen darauf hinaus, daß die Komplexität der Informationsverarbeitungsprozesse elektronisch nicht vollständig abzubilden ist. Hinsichtlich der Konzepte zur Arbeitsgestaltung wird einerseits eine zentralisierte Entscheidungsstruktur favorisiert, die den Abteilungen CAD, Arbeitsvorbereitung eine starke Stellung einräumt. Dagegen wird der Werkstattbereich weiter von der tayloristischen Fertigungsweise beherrscht. Das politisch kaum diskutierte gewerkschaftliche Gegenkonzept legt demgegenüber den Entscheidungsschwerpunkt auf den *Arbeitsplatz* (teilautonome Produktionsgruppen, Fertigungsinseln, Werkstattprogrammierung). Die Bedeutung arbeitsplanender Abteilungen soll auf diese Weise zurückgedrängt werden. Die Vergangenheit lehrt, daß die Entscheidung für das Kapitalkonzept nicht etwa auf Grund von Kostenerwägungen — sie fehlen gewöhnlich — getroffen wurden, sondern vorwiegend unter dem Aspekt Herrschaft, Technik und Herrschaftstechnik.

Arbeitsgegenstände — Ökologie

Das Entwicklungsniveau der Arbeit wird quantitativ gewöhnlich als Arbeitsproduktivität bestimmt. Der so gefaßte Wirkungsgrad der Arbeit wird also *am Endpunkt* des Stoffwechsels Mensch-Natur — nämlich *am Produkt* — gemessen. Bei diesem Ansatz geht aber ein grundlegender Zusammenhang des Verhältnisses von lebendiger Arbeit und Stoffaufwand verloren. Notwendig ist nämlich auch eine Betrachtung der Entwicklung der Arbeit *vom Ausgangspunkt* des Stoffwechsels aus. Denn der Stoffwechsel Mensch—Natur ist auch durch den *Stoffumsatz*, und die ihn vermittelnde Arbeit durch ihr Stoffumsatzvermögen gekennzeichnet. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat ein Wachstum des Stoffumsatzvermögens zur Folge: bei gleichem Einsatz von Arbeit wird der Natur eine immer größere Stoffmasse entzogen! Neben dem Stoffumsatzvermögen ist außerdem das *Stoffausnutzungsvermögen* der Arbeit zu betrachten, das sich nach dem Verhältnis, in dem Naturstoffe in Endprodukten gebunden oder eben nichtproduktiv in Abfälle verwandelt werden, bemißt. Die Entwicklung der Arbeit wird anhand der Arbeits- und Stoffproduktivität konkret faßbar. Die Frage der Stoffproduktivität als Kategorie der Produktivkraftentwicklung hat auch für Marxisten große Bedeutung. Hier zeigt sich erheblicher theoretischer Nachholbedarf. Der Beitrag der *Bio- und Gentechnologie* zur Erhöhung der Stoffproduktivität besteht vor allem im geringen Energiebedarf und der restlosen Verwertung der erzeugten Produkte (oder, wo dies nicht der Fall ist, in der unproblematischen Rückführung in die Natur). Diese Vorteile können aber nur wirksam werden, wenn die Sicherheitsprobleme gelöst sind (vgl. auch Bimboes/Brückner in diesem Heft).

Auch bei der *Wasserstoff-Solar-Energie*, die u.a. in der SPD favorisiert wird, wird die Frage der Stoffproduktivität vernachlässigt. Die Erzeugung von Wasserstoff in Libyen z.B. wirft die Frage nach der Stoff- und Energiebilanz auf: In welchem Verhältnis stehen der Energieaufwand für die Herstellung der Solarzellen, der Transportaufwand und die Umwandlung in die Endnutzung zueinander? Zwar ist die Globalstrahlung in der Ost-Sahara mit rund 2500 kWh/Quadratmeter/Jahr weltweit am stärksten (zum Vergleich: Braunschweig 936 kWh/Quadratmeter/Jahr), innerhalb der Prozeßkette ist dies aber nicht die entscheidende Größe. Solarzellen, also Systeme zur Umwandlung der Sonnenenergie in elektrische Energie, arbeiten mit einem Wirkungsgrad von nur 10 %. Flachkollektoren, die Sonnenstrahlung in Niedertemperaturwärme (=35 % der Endenergienachfrage) umwandeln, arbeiten zur Zeit schon mit Wirkungsgraden von 40 %. Dennoch hat das Wasserstoff-Solarenergie-System nur einen Erzeugungswirkungsgrad von absolut 250 kWh/Quadratmeter/Jahr, das Niedertemperatur-Solarenergie-System von 350 kWh/Quadratmeter/Jahr. Diese sehr grobe Betrachtung wäre sicherlich praktisch und im Detail stark zu verbessern; das qualitativ und quantitativ mittelmäßige Ergebnis bliebe aber bestehen.

Der *Widerspruch im Stoffwechselprozeß Mensch-Natur* verschärft sich laufend, kann aber wesentlich gemildert werden, wenn das Stoffausnutzungsvermögen im Produktionsprozeß gesteigert werden kann. Jedoch droht dabei die Gefahr, daß Fortschritte in dieser quantitativen Hinsicht die Katastrophenanfälligkeit der Anlagen erhöhen (Se-

veso, Bhopal, Tschernobyl). Daher kommt den technisch-qualitativen Aspekten der stofflichen Produktivkraftentwicklung entscheidende Bedeutung zu.

Unter welchen Bedingungen *gefährliche Stoffendprodukte* vermieden werden können, ist weitgehend ungeklärt. Sicherlich müssen genmanipulierte Organismen einer Sicherheitsforschung unterworfen werden, die unter den Bedingungen demokratischer und interdisziplinärer Orientierung arbeitet. Die historisch entstandene Verfügungsgewalt der Chemieindustrie über die wenigen Ausgangsstoffe wirkt bis heute fort.

Im wesentlichen wurden *Produktpfade* eingeschlagen, die eine überregionale Produktion erlauben, und Methoden der Naturnausbeutung entwickelt, die zu einheitlichen Produkten führen. Kritische Produktionslinien wurden stark verknüpft. Ein allgemeines Entwicklungsmuster für die qualitative Produktionsrichtung ist jedoch nicht zu erkennen. Vielmehr drängt sich der Eindruck beliebiger Vermarktung beliebiger Produkte auf. Um so notwendiger erscheint eine Unterbrechung dieser umweltbelastenden Orientierungslosigkeit. Einige weitere Punkte der Tagung, die hier nur benannt werden können und wie die oben genannten Faktoren weiterer Untersuchungen und Diskussionen bedürfen, sind:

- Wie verhalten sich Weltmarkt- und Subsistenzproduktion (Frage der Re-Regionalisierung)?
- Unter welchen Bedingungen und wieweit ist eine ökologisch verträgliche Produktion im Kapitalismus möglich?
- Wie kann das Dialektikverständnis neue Formen der Komplexität berücksichtigen?
- Kann die feministische Theorie in der Analyse der Arbeitsgegenstände (Frage frauenspezifischer Produktion und Produkte) einen Beitrag leisten?
- An Tagungen dieser Art müssen mehr Frauen stärker beteiligt werden/sich beteiligen!

Detlef Bimboes und Bernhard Brückner

Umweltverträgliche Chemieproduktion — schwierig, langwierig, aber prinzipiell lösbar!

Die mit der Herausbildung des Kapitalismus eng verflochtene Entwicklung der chemischen Industrie hat das durch Ausbeutung geprägte Verhältnis des Menschen zur Natur technologisch weiter fixiert. Dieses deformierte Produktivkraftsystem hat weltweite Verbreitung gefunden, wobei spezifische Nutzung, Umfang und Fortentwicklung von den jeweiligen Produktionsverhältnissen in den einzelnen Ländern abhängen.

Für Naturprozesse ist die Integration von Auf- und Abbauvorgängen über kürzere oder längere Zeiträume charakteristisch. Dagegen stellen sich industrielle Prozesse als lineare, desintegrierte Abläufe dar, bei denen die Stoff- und Energieaufnahme zu Beginn des Produktionsprozesses von den Produktions- und Konsumtionsabfällen am Ende strikt getrennt werden muß. Diese Trennung ist auf Grund der toxischen oder sonstigen Eigenschaften der Substanzen für die Erhaltung der allgemeinen Lebensgrundlagen unabdingbar. Sie ist aber unvollkommen geblieben (siehe Schadstoffe in Lebensmitteln).

Recycling — Verfahren, bei denen die Abfallstoffe wieder zu Ausgangsstoffen neuer Produktion werden, sind bisher nur in sehr geringen Maß entwickelt worden und vielfach wegen der Zusammensetzung der Abfallstoffe auch nicht möglich.

Insgesamt ist also ein Produktivkraftsystem entstanden, das den Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft oft schwer belastet. Charakteristisch ist, daß es

- ökologischen Wirkprinzipien häufig widerspricht,
- zur Verschwendung von Naturressourcen führt,
- die Wiederverwendung von Abfallstoffen aus Produktion und Konsumtion be- oder sogar verhindert,
- die Umwelt durch frei werdende Emissionen aller Art belastet und die Selbstreinigungskraft natürlicher Systeme untergräbt.

Außerdem sind die wenigsten synthetischen organischen Chemikalien und Abfälle systematisch auf ihre Verträglichkeit für Mensch und Natur untersucht worden. Viele Produktionsprozesse sind mit erheblichen Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz verknüpft. Die *sechs wichtigsten Leitlinien einer für Umwelt und Gesundheit verträglichen Chemieproduktion* sind deshalb:

1. Minimierungsgebot hinsichtlich Chemikalien-, Rohstoff- und Energieverbrauch.
2. Einrichtung geschlossener Stoffkreisläufe.
3. Recyclinggebot bei Herstellung, Verarbeitung und Anwendung von Chemikalien.
4. Umweltverträglichkeit der Produktionsprozesse für Mensch und Natur.
5. Umweltverträglichkeit von Chemikalien und Abfällen.
6. Produktionsprozesse und Produkte sind der toxikologischen Unbedenklichkeit für die menschliche Gesundheit zu unterwerfen.

Eine Ursache für die Vielfalt an Chemikalien und Abfällen liegt in der Natur ihrer chemischen Umwandlung. Bei chemischen Prozessen werden die Reaktionspartner in der Regel nicht hundertprozentig umgesetzt. Es entstehen neben dem gewünschten Hauptprodukt in gewissem Umfang stets Nebenprodukte, für die dann möglichst auch nach Verwendungszwecken gesucht wird. Dies hat in der chemischen Verfahrenstechnik zur sogenannten Koppelproduktion und vielfältigen Produktverzweigungen geführt.

Die chemische Industrie hat für die verschiedenen Chemikalien aus solcher Koppelproduktion zahllose Anwendungsmöglichkeiten (und damit Märkte) geschaffen. Somit stand am Anfang ein Produkt, für das ein Verwendungszweck gesucht wurde, und keineswegs ein objektiver Bedarf der Gesellschaft an diesem Produkt.

Die Chemie hat auf diese Weise praktisch sämtliche Material-, Technik- und Lebensbereiche durchdrungen. Investitions- und Produktionsentscheidungen der chemischen Industrie haben deshalb auf die gesellschaftlichen Zielvorstellungen und Rahmenplanungen einen enormen Einfluß. Eben diese gewachsene und komplexe stoffliche Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche erschwert zumindest eine rasche Rücknahme einzelner Produktionstechnologien und Produktlinien (Produkte und Anwendungsbereiche) erheblich. Jeder zentrale Eingriff in dieses engmaschige Netz einzelner Produktlinien löst — bildlich gesehen — eine Kettenreaktion aus, von der im Endergebnis sämtliche Netzelemente betroffen sind. In vielen Fällen sind aber punktuelle oder streckenweise Eingriffe in das stoffliche Geschehen durchaus auch kurzfristig möglich und angezeigt — vor allem, wenn es um gefährliche Produkte und Verfahren geht. Hierfür kann das bestehende und nötigenfalls noch zu schärfende rechtliche Instrumentarium (Chemikaliengesetz; Gefahrstoff-Verordnung; Bundes-Immissionsschutzgesetz; Wasserhaushaltsgesetz; Abwasserabgabengesetz; Abfallgesetz; Pflanzenschutzgesetz) bei konsequenter Anwendung durchaus erfolgreich genutzt werden. Strukturelle Eingriffe und Veränderungen sind dagegen — will man sie nicht dem »freien Spiel« des Marktes überlassen — ohne Eingriffe in die unternehmerische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nicht denkbar. Gerade diesen Zusammenhang lassen die in vielem nützlichen Ansätze von SPD, BUND, Öko-Institut und auch der GRÜNEN vermissen.

Chemiepolitik muß insgesamt als strukturpolitische Aufgabe verstanden werden. Dabei besteht die Hauptaufgabe darin, zuallererst für besonders problematische Produktionslinien (wie z.B. den großen Bereich der Chlorchemie) jene strategischen Knotenpunkte herauszuarbeiten, an denen die historisch gewachsene Produktverzweigung (die man sich ähnlich einem verästelten Baum vorzustellen hat) zu unterbrechen ist und von denen aus alternative Wege der stofflichen Produktion eingeschlagen werden können, die selbst wie auch ihre Produkte und deren Anwendungsbereiche für Natur und Gesellschaft verträglich zu gestalten sind.

Dazu muß heute schon die Forschung zu neuen Produktionsverfahren, zu modernen Werkstoffen und Materialien vorangetrieben werden, die in der Lage sind, fragwürdige Produktlinien abzulösen.

Hier liegen die Ausgangspunkte für eine sozial- und umweltverträgliche Chemiepolitik, mit der in einem längeren, z.T. sicherlich nach Jahrzehnten zu bemessenden

historischen Prozeß, bisherige Entwicklungspfade verlassen werden können. Für die bestehenden wie auch künftig sich entwickelnden Produktionslinien sind neben Umweltverträglichkeitsprüfungen zwingend Technikfolgenabschätzungen vorzunehmen. Allerdings fehlen gerade für letzteres bislang detaillierte Bewertungskriterien, die in jedem Fall den sozialen Nettonutzen beim Einsatz von Chemikalien einschließen müssen. Doch auch für Umweltverträglichkeitsprüfungen sind die Kriterien vielfach noch unzureichend.

Insgesamt sind alle Phasen von der Produktion über den Ge- und Verbrauch bis zur Beseitigung zu beurteilen. Bewirkt werden sollen unter den Aspekten des Gesundheits- und Umweltschutzes sowie der Ressourcenschonung ein möglichst sparsamer Einsatz von Chemikalien, wobei ihre Umweltverträglichkeit in allen Anwendungsgebieten der entscheidende Maßstab ist.

Auch die Biotechnologie bedarf im Hinblick auf eine umweltfreundliche Chemieproduktion der besonderen Aufmerksamkeit. Dies vor allem aus zwei Gründen:

1. Biotechnologische Verfahren bieten höhere Verfahrenssicherheit: sie werden bei geringen Drücken und Temperaturen durchgeführt. Damit entfallen diejenigen Bedingungen in der chemischen Verfahrenstechnik, die immer wieder zu Störfällen führen.
2. Eine biotechnologische Nutzung von Biomasse bietet die Möglichkeit, sog. Verwertungskaskaden zu entwickeln, die weitaus überwiegend die Abfälle oder Nebenprodukte auf allen Prozeßstufen in neue nützliche Produkte umwandeln. Denn die in diesem Rahmen entstehenden Abfälle sind fast sämtlich relativ leicht biologisch abbaubar und lassen sich ohne schwerwiegende Probleme wieder in den Naturhaushalt integrieren. Die damit erreichte Umweltverträglichkeit ist aber nur gesichert, wenn eine möglichst restlose Verwertung der Biomasse zu einer vielfältigen Produktpalette erfolgt. Dieses Kriterium ist z.B. bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe als Biomasse zu berücksichtigen.

Die Biotechnologie wird jedoch dort problematisch, wo zur Prozeßoptimierung gentechnisch manipulierte Mikroorganismen eingesetzt werden. Die Auswirkungen für Mensch und Naturhaushalt sind faktisch (noch) unzureichend bekannt. Analogbeispiele aus Pflanzenschutz und Medizin zur Verbreitung von Viren und Bakterien mahnen zur Vorsicht. Der konsequente Aufbau einer Sicherheitsforschung ist unerlässlich, ein äußerst vorsichtiger Umgang mit der Gentechnik zwingend notwendig, der aber immer wieder unter dem Druck kurzfristiger Gewinninteressen gefährdet ist. Wenn auch ein generelles Nein zu den neuen Entwicklungen in der Biotechnologie weder möglich noch sinnvoll ist, so wird doch gegen einzelne Anwendungsbereiche gegebenenfalls breiter politischer Widerstand organisiert werden müssen. Parallel und ergänzend dazu sind deshalb kurzfristig außerdem die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in allen diesbezüglichen wirtschaftlichen Fragen auszuweiten und bei Bund, Ländern und Gemeinden Wirtschafts-, Sozial- und Strukturräte einzurichten, in deren Kompetenz die Festlegung wirtschaftlicher und technologischer Rahmendaten liegt.

Längerfristig ist die chemische Industrie zunehmend gesamtgesellschaftlich angelegten, demokratisch gesteuerten Planungs- und Entscheidungsprozessen zu unter-

werfen. Die Instrumentarien einer derartigen gesellschaftlichen Steuerung reichen von Zulassungsverfahren für Stoffe und Technologien auf der Basis von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technologiefolgenabschätzungen bis hin zu wirtschafts- und ordnungspolitischen Maßnahmen. Die positiven und negativen Wirkungen von Stoffen (einschließlich ihrer Neben- und Umwandlungsprodukte) auf Natur und Gesellschaft sind unabhängig von betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkten abzuschätzen.

Literaturverzeichnis

Bimboes, D., und B. Brückner u.a.: Entwicklungstendenzen und Risiken des Einsatzes der Bio- und Gentechnologie für Arbeit, Gesundheit und Umwelt. In: WSI Mitteilungen 9, Düsseldorf 1986
WSI Mitteilungen 2/88: Schwerpunktheft »Riskante Technologien und Gewerkschaften«. Düsseldorf 1988



Heft 39

Diskussionsschwerpunkt:

Die Rechte im Umbruch — Chance für die SPD?

Klaus Naumann
Sweet smell of success. Tendenzen und Grenzen einer »Modernisierung« der Union

Wolfgang Fritz Haug
Die »aufgeklärte Aufklärung« im Bund mit den »unternehmenden Unternehmern«. Perspektiven einer regierungsfähigen Linken bei Glotz

Kerstin Schneider
Strategien und Perspektiven Le Pens

* * *

Interview mit *Peter Glotz*

Thomas Ralf Ewald: Zehn Jahre danach. Stamokap-Streit, SPD-Ausschlüsse und die Folgen
Sigurd v. Ingersleben: Einstürzende Neubauten. Beispiel »konkret« — **Katharina Gröning:** »Pornographie ist Kriegspropaganda gegen Frauen«. EMMA-Antipornographie-Kampagne

Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS — Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 S.): DM 45,- zzgl. Versand

spw-Vertrieb: Tegeler Straße 6 · D-1000 Berlin 65 · Telefon: 030 / 461 70 83

Jochen Flackus

»Da werden nicht nur Atome gespalten«

Dokumentarfilm »Spaltprozesse« über die WAA in Wackersdorf

Die Szene ist gespenstisch: Polizei hat eine Demonstrantengruppe eingekreist. Von Knüppeln und Schildern bedroht sind Frauen und Männer bis vor den eisernen Zaun zurückgewichen. Sie zittern vor Angst. Einige weinen. Ohnmacht, Wut. Einer mit Gamsbart am Hut brüllt los: »Für Geld, da macht ihr wirklich alles!« Sprechchöre werden laut: »Für Geld laßt ihr euch kaufen!« Der Angriff der Polizei läßt nicht lange auf sich warten. Mit Knüppeln und CS-Gas werden die Menschen durch den Wald getetzt. Schläge und Schreien. Jagdszenen aus der Oberpfalz, dokumentiert als Film, der unter dem Titel »Spaltprozesse — Wackersdorf 001« derzeit in den Programmkinos im Land regen Zulauf findet. Thema: Die geplante Wiederaufbereitungsanlage für radioaktive Brennstäbe im oberpfälzischen Wackersdorf.

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben diesen Film in ein Bonner Kino geholt und dort für das Parlament aufgeführt. Sensibilisieren sollte die Aufführung, deutlich machen, daß dort unten mehr passiert als eine oberpfälzer Tragödie. Zur anschließenden Diskussion hatten die bayerischen Parlamentarier den Schwandorfer Landrat, Hans Schuierer (SPD), ein Symbol des Widerstandes gegen die WAA, und Bertram Verhaag, einen der beiden Autoren des Films, eingeladen. Verhaag berichtete von den Schwierigkeiten des Projekts »Spaltprozesse«: Ziel der beiden Münchner Filmemacher ist eine Langzeitstudie über die gesamte Bauzeit der WAA, die »filmische Begleitung der menschlichen, ökologischen und politischen Veränderungen«. Alle zwei Jahre soll eine Fortsetzung entstehen. Dazu brauchten und brauchen sie Geld. Auf der Suche nach Geldgebern haben alle öffentlich-rechtlichen Sender abgewunken. Dabei hätten gerade Rundfunkräte und Intendanten allen Grund, das Projekt zu finanzieren. Kommunikationswissenschaftler haben nämlich nachgewiesen, daß in den fünfziger und sechziger Jahren Atompolitik ohne die Öffentlichkeit gemacht wurde. Ein Versagen, so die Forscher, der Sender sei eindeutig.

Fernsehen kam nach Wackersdorf mit der Gewalt. Eine Demonstrantin sagt im Film: »Man sieht ja nur die Gewalt. Daß die Leute friedlich sich um ihr Recht rühren, das siehst du nicht.« Die Finanzierung der nächsten Teile des Projekts wird nicht leichter werden. Die beiden Filmemacher wollen deshalb ihre Idee mit Anteilscheinen finanzieren. 250 Mark für einen solchen Anteilschein machen einen Meter Film möglich — tausend, die bereit sind einzusteigen, ermöglichen »die konkrete Utopie«.

Was passierte im ersten Teil der »Spaltprozesse«? Ohne Kommentierung wird auf beeindruckende Weise gezeigt, wie die Bayerische Staatsregierung mit ihrer rücksichtslosen Atompolitik dafür sorgt, daß immer mehr »brave Oberpfälzer« aufbegehren. Lehrer, Bauern, Pfarrer, Hausfrauen erläutern ihre politische Biographie. Wie sie die Arroganz der Mächtigen zuerst ohnmächtig gemacht hat. Wie sie sich trotzdem gegenseitig Mut gemacht haben, wie sie Solidarität aus anderen Teilen der Bundes-

republik erfahren haben. Wie sie jetzt zusammenhalten und die ständigen Provokationen aushalten. Und was sie so trotzig macht. Die Wiederaufarbeitung spaltet in der Oberpfalz aber nicht nur Atome. Quer durch Gemeinden, Vereine, Parteien, ja sogar Familien geht der Grenzstrich der Befürworter und Gegner. Die Schuld, die sich die Politiker damit aufgeladen haben, wird im Film deutlich gemacht. Er legt offen, wer die eigentlichen Gewalttäter sind und wer letztendlich den demokratischen Konsens aufgekündigt hat. Diejenigen wissen auch, daß die Zeit drängt: Im Jahr 1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus. Gegen den haben Strauß, Warnke, Kiechle und Zimmermann schon 1974 im Bundestag gestimmt. Und 1995 soll auch die WAA fertig sein. Und eh' wir's vergessen: die kann auch waffenfähiges Plutonium liefern.

Hinweis: Anteilscheine für das Spaltprozesse-Projekt gibt's: 250 Mark auf Konto: Postgiroamt München, Nr. 33 81 00—805 (BLZ 70010080), DENKMAL-Film GmbH, München

Programmarbeit

Programmkommission des SPD-Landesverbandes Berlin

Europäische Gemeinschaft — Europäischer Friede — Deutschland und Berlin

Auf der Grundlage eines Entwurfes von Gerd Heimann, MdB. In der nachstehenden Fassung wurde der Text von der Programmkommission des SPD-Landesverbandes Berlin am 25. April 1988 einstimmig gebilligt.

Europäische Gemeinschaft

Das internationale Machtgefüge hat sich verändert. Die beiden Weltmächte bestimmen nicht mehr allein die internationale Politik. Die Auflösung des bipolaren Weltbildes, in dem sich die Teilung Europas in zwei hochgerüstete Militärböcke und ideologisch gegensätzliche Systeme widerspiegelt, enthält für Europa mehr Chancen als Risiken. Die Chancen kann Europa aber nur nutzen, wenn es die jeweils begrenzte Kraft seiner bisherigen Nationalstaaten bündelt und politisch neu organisiert. Die Überwindung des Systems der europäischen Nationalstaaten bedeutet nicht das Ende der europäischen Nationen, die in der Vielfalt ihrer geschichtlichen Entwicklung, Kulturen und Sprachen den besonderen Reichtum Europas ausmachen. In einem solchen Europa haben auch die Deutschen als fortbestehende Nation ihren Platz, ohne daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit dafür Voraussetzung wäre.

Die Europäische Gemeinschaft ist der Teil Europas, in dem ein Zusammenwachsen zu einer Politischen Union derzeit möglich ist. Die Verwirklichung eines einheitlichen Binnenmarktes und einer einheitlichen Währung sind wichtige Einzelschritte. Das Ziel sozialdemokratischer Europa-Politik ist die nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie, des Rechts- und Sozialstaates verfaßte Europäische Union. Die Selbstbehauptung gegenüber den Weltmächten, die Angleichung von Lebensstandard und Lebenschancen innerhalb der Gemeinschaft, wirtschaftliche Stabilität und Wirtschaftsdemokratie, die Bekämpfung grenzüberschreitender Umweltschädigung, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und die Bewahrung des kulturellen Niveaus in seiner regionalen Vielfalt sind Aufgaben, die nur im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft gelöst werden können. Das große Kapital hat sich längst internationalisiert, und nahezu alle regionalen ökonomischen Entwicklungen sind abhängig von Entscheidungen transnational operierender Konzerne, die nationalstaatlich nicht mehr ausreichend zu kontrollieren und wesentlich zu beeinflussen sind.

Ein von Sozialdemokraten gewolltes politisch und ökonomisch handlungsfähiges Westeuropa findet seine Identität nicht in militärischer Stärke, wohl aber als weltweit gefragter Partner für Handel und Industrie, für Technik und Wissenschaft, für eine in-

takte Umwelt, eine vorausschauende Entwicklung der Dritten Welt und in einer kulturellen Vielfalt, die sich gegen eine kommerzielle Vereinnahmung behaupten kann.

In einer solchen Aufgabenstellung müssen die EG und ihre Mitgliedsstaaten auch Partner der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sein. Voraussetzung einer solchen Partnerschaft ist, daß sie auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und gegenseitigen Unabhängigkeit beruht und frei ist von Bedrohungsängsten aller Art. Das wird ohne zusätzliche Aufrüstung in Westeuropa und ohne nachträgliche Militarisierung der EG möglich sein, wenn das Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit zuerst und mit Schwerpunkt in Europa verwirklicht wird. Das schließt die Veränderung der Militärdoktrinen von Abschreckung zu Abhaltung, von Offensivfähigkeit zu struktureller Nichtangriffsfähigkeit ebenso ein wie die Schaffung von A-B-C-waffenfreien Zonen in Europa und die Verminderung der konventionellen Truppenstärken auf ein gegenseitig vereinbartes, ausgewogenes Niveau. Das Ziel muß ein von Massenvernichtungswaffen und militärischer Bedrohung freies Europa sein.

Europäischer Friede

Auch wenn die gegenseitige militärische Bedrohung in Europa abgebaut sein wird, werden die gesellschaftlich, politisch und ökonomisch unterschiedlichen Systeme weiterbestehen. Es kommt darauf an, daß die Systeme in ihrer Unterschiedlichkeit zum Frieden, zur Zusammenarbeit und zur inneren Reform fähig werden. Die Feindschaft der Ideologien muß in eine Kultur des politischen Streits verwandelt werden, die ganz Europa eine neue Periode fruchtbarer Auseinandersetzung und politisch-kultureller Blüte bringen wird. Der zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begonnene Dialog ist ein Anfang, der historische Bedeutung erlangen wird, wenn er zu einem allgemeinen Vorbild in Europa wird.

Ziel aller Bemühungen muß eine Europäische Friedensordnung sein, die auf folgenden Pfeilern ruht:

1. Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen bei gleichzeitige Überwindung des trennenden Charakters der Grenzen.
2. Ein immer dichter werdendes Netz von Beziehungen und wechselseitig ausgewogener ökonomischer Abhängigkeit zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa durch partnerschaftliche Zusammenarbeit.
3. Ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit, wie es Art. 24 Abs. 2 GG vorsieht, in dem das Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit verwirklicht ist und durch das die beiden großen Militärbündnisse überflüssig werden.

Aus der Zusammenarbeit aller Teile Europas bei der Lösung der großen Menschheitsaufgaben

- die Dritte Welt von Ausbeutung, Hunger und Not zu befreien und
- ein heile Umwelt zu bewahren und wiederherzustellen,

wird eine gemeinsame Verantwortung für die Bewältigung der die Zukunft der Menschheit entscheidenden weltinnenpolitischen Probleme erwachsen. Diese gemeinsame Verantwortung der europäischen Staaten wird nach und nach die Gegensätze zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung überlagern und ihre hemmenden Auswirkungen in den Beziehungen zueinander mindern und damit auf Dauer mehr Sicherheit und Stabilität in Europa schaffen, als es eine Sicherheitspolitik im engeren Sinne leisten könnte.

Nach wie vor verbinden in der gemeinsamen Geschichte gewachsene Werte und kulturelle Überlieferungen die Völker Europas, unabhängig von ihrer Blockzugehörigkeit. Ein solches Europa, das mehr ist als die Europäische Gemeinschaft und zu dem die sozialistischen Staaten ebenso gehören wie die neutralen und blockfreien, beginnt, in dem sich entwickelnden KSZE-Prozeß Gestalt anzunehmen. Die Schlußakte von Helsinki 1975 hat den Weg zu einer Europäischen Friedensordnung gewiesen. Eine Europäische Friedensordnung bedarf zu ihrer Stabilität der Zustimmung und Mitwirkung der USA und der UdSSR.

Die in der Schlußakte niedergelegten Ziele müssen Schritt für Schritt verwirklicht werden. Dazu wird es nötig sein, eine Reihe gesamteuropäischer Institutionen zu schaffen. In der Menschenrechtsdiskussion wird der Westen die einseitige Betonung der individuellen und der Osten die einseitige Betonung der kollektiven Menschenrechte zu überwinden haben. Freiheit der Person, der Meinung und Information, der Reise müssen in allen europäischen Staaten ebenso gelten wie das Recht auf Arbeit, auf Bildung und Gesundheit, auf Schutz vor sozialem Abstieg und vor Vereinsamung bei Krankheit, Invalidität und Alter. Es ist das historische Verdienst der demokratischen Arbeiterbewegung, individuelle wie kollektive Menschenrechte immer als untrennbare Einheit gesehen zu haben. Alle Einzelprozesse müssen schließlich als Europäischer Friedensvertrag in einer neuen Europäischen Schlußakte zusammengefaßt werden.

Ein solcher Europäischer Friedensvertrag muß die immer noch ausstehenden friedensvertraglichen Regelungen in bezug auf die beiden deutschen Staaten und, darin eingeschlossen, eine Lösung der Berlin-Frage, enthalten und die letzten aus der Okkupation folgenden Siegerrechte über Deutschland ablösen. Er setzt ein Klima des Vertrauens, der Zusammenarbeit und Stabilität in ganz Europa voraus, das gegenwärtig noch nicht vorhanden ist. Er kann deshalb nicht am Anfang, sondern nur im Verlauf des Prozesses erreicht werden, der mit »Europäischem Frieden« beschrieben wird.

Deutschland und Berlin

In der europäischen Geschichte haben verschiedene Völker und Staaten immer wieder nach der Vorherrschaft gegriffen. Der letzte, mit verbrecherischen Mitteln unternommene Versuch, der des Deutschen Reiches, endete mit dem politischen Untergang des Deutschen Reiches und dem Zusammenbruch eines sich selbst bestimmenden europäischen Staatensystems. Unter der europäischen Teilung leiden seither nicht nur die Deutschen. Aus der historischen Mitverantwortung der Deutschen für die Teilung folgt eine politische Verantwortung für die Überwindung der Teilung.

So wenig Nation und Staat identisch sein müssen, so wenig setzt die Überwindung der Teilung zwangsläufig die staatliche Einheit voraus. Jede Lösung der in der europäischen Teilung eingeschlossenen deutschen Frage geht ganz Europa an und bedeutet die Veränderung der europäischen Nachkriegsordnung in ihrem Kern. Schon deshalb muß jeder deutsche Sonderweg scheitern, greift jeder nationalstaatliche Ansatz zu kurz. Nur durch eine von allen europäischen Nachbarn unter Einschluß der Sowjetunion gewollte, allmähliche, friedliche Veränderung der Nachkriegsordnung kann die europäische Teilung überwunden werden. Die sozialdemokratische Entspannungspolitik ist daher von Anfang an von der Erkenntnis ausgegangen: Erst die vorbehaltlose Anerkennung des territorialen Status quo schafft die Voraussetzung für die Veränderung des politischen Status quo in Europa. Nicht die Staaten und Grenzen sind das Problem; sondern die besondere Eigenschaft der die Staaten trennenden Grenze als System- und Blockgrenze ist das Problem.

Das Werk der Überwindung der europäischen Teilung muß also von beiden Seiten der System- und Blockgrenze gewollt und in Angriff genommen werden. Die fortdauernde Zweistaatlichkeit Deutschlands braucht deshalb dieses Werk nicht zu behindern, sondern kann es sogar fördern. Derselben Nation zugehörig, durch Geschichte, Kultur, Sprache und Gefühl verbunden, beiderseitig durch eine enge Zusammenarbeit mehr begünstigt als belastet, werden es die beiden deutschen Staaten sein, die den entscheidenden Anteil zu leisten haben. Nur wenn beide deutsche Staaten ihre besondere europäische Verantwortung wahrnehmen, den Frieden sicherer und das Europäische Haus offener und bewohnbarer zu machen, werden die Deutschen der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts näherkommen, mit dessen Ausübung eine abschließende, heute noch nicht vorwegnehmbare Entscheidung getroffen werden kann.

An Berlin muß sich die Tragfähigkeit einer Europäischen Friedensordnung erweisen. Noch sind der auf Besatzungsrecht beruhende Status wie auch das Viermächte-Abkommen unverzichtbar. Sie müssen aufrechterhalten werden, solange für Berlin (West) im Rahmen einer dauerhaften Europäischen Friedensordnung keine andere, die Freiheit und Lebensfähigkeit gleichermaßen garantierende Lösung in Sicht ist. Das letzte Wort über Berlin werden jedoch weder die originären Siegerrechte noch das Viermächte-Abkommen sein. Politische Klugheit und Weitsicht gebieten deshalb den für Berlin verantwortlichen Staaten, den gegenwärtigen Status und das Viermächte-Abkommen nicht zur Fessel, sondern zur Grundlage für notwendige Entwicklungen in der Zukunft werden zu lassen.

Unbeschadet des Status von Berlin, ist Berlin (Ost) faktisch zur Hauptstadt der DDR geworden und wird es bleiben. Berlin (West) kann dagegen seine Zukunft nicht darauf gründen, Hauptstadt im Wartestand zu sein. Seine Lebensfähigkeit verlangt die Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland und zur Europäischen Gemeinschaft. Erst vor diesem Hintergrund kann es seine zentraleuropäische Rolle entfalten. Es ist — wie auch Berlin (Ost) — der Ort der kürzesten Wege zwischen West und Ost. In guter Nachbarschaft zur DDR, zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten Europas, aber gleichzeitig ein Gemeinwesen, dessen innere Ordnung der der Bundesrepublik Deutschland und der Euro-

päischen Gemeinschaft entspricht, verkörpert Berlin (West) wie keine andere Stadt die Gefährdungen, Herausforderungen und Hoffnungen, die mit dem gesamteuropäischen Prozeß des Friedens verbunden sind. Die immer wieder nachgefragte Funktion für Berlin (West) bietet sich eigentlich von selbst an: zentraler Ort des sich über System- und Blockgrenzen hinweg auseinandersetzenen, begegnenden und verständigenden Europas.

Rot-Grün in der Krise

Arno Brandt und Ulrich Wolf

Glasnost und Perestroika in Hannovers SPD

Zufall oder Wink des Schicksals? Nur wenige Tage, nachdem Holger Börner mit der Entlassung seines Umweltministers Joschka Fischer die rot-grüne Koalition in Hessen aufgekündigt hatte, wurde in Hannover ein neues Kapitel rot-grüner Zusammenarbeit aufgeschlagen. Mit der Einigung von SPD und »Grün-Alternativer Bürgerliste« (GABL) auf einen gemeinsamen Haushalt für das Jahr 1987 begann in der niedersächsischen Landeshauptstadt eine nahezu einjährige turbulente Periode politischer Kooperation, die im Januar 1988 durch einen abrupten Kurswechsel der sozialdemokratischen Ratsfraktion zugunsten eines Bündnisses mit der CDU gestoppt wurde.

Um die Bedeutung des 1987 eingeschlagenen rot-grünen Kurses für Hannovers SPD zu ermessen, gilt es zunächst, zwei Punkte zu berücksichtigen: Erstens besaß die Sozialdemokratie in der niedersächsischen Landeshauptstadt während der gesamten Nachkriegszeit eine stabile politische Mehrheitsposition; und zweitens war Hannover, von einem kurzen Intermezzo Ende der siebziger Jahre abgesehen, stets eine Bastion der Parteirechten mit dem Chef der »Kanalarbeiter«, Egon Franke, als grauer Eminenz. Als die Partei bei den Kommunalwahlen 1981 mit 43,2 Prozent ein für ihre Verhältnisse miserables Ergebnis erzielte — wofür freilich maßgeblich der negative Bundestrend verantwortlich zeichnete —, war es keine Überraschung, daß die SPD-Spitze keine Kooperation mit der »realpolitisch« orientierten GABL suchte, sondern in den Folgejahren eine bürgerliche Allparteienkoalition mit CDU und FDP bevorzugte. Trotz der politischen Schwäche dieser beiden Parteien machte die SPD weitgehende Zugeständnisse. So fielen bis 1986 der Rotstiftpolitik z.B. über 800 Arbeitsplätze im Bereich der Stadtverwaltung zum Opfer.

Eine Wende bahnte sich dann im Laufe des Jahres 1986 im Vorfeld der Kommunalwahlen an. Begünstigt durch eine weitverbreitete Unzufriedenheit der Parteibasis mit dem politischen Kurs der lokalen Parteispitze gelang es der Parteilinken zunächst, ein in vielen Einzelpunkten linksverschobenes, reformorientiertes Kommunalwahlprogramm verabschieden zu lassen, um dann, unmittelbar nach den Kommunalwahlen, auf einem außerordentlichen Unterbezirksparteitag eine Richtungsentscheidung zugunsten einer rot-grünen Kooperation durchzusetzen. Der neue politische Kurs wurde sowohl inhaltlich als auch durch eine entsprechende personelle Zusammensetzung des Parteivorstandes auf dem Unterbezirksparteitag im Mai 1987 bestätigt.

Gleichwohl war die mit der Verabschiedung des gemeinsamen Haushalts eingeleitete Politik in der SPD-Ratsfraktion von vornherein heftig umstritten. So bildete sich z.B.

gegen die von der GABL geforderte Einrichtung eines Umweltdezernats eine breite Oppositionsfront aus Parteirechten, Verwaltungsspitze und Teilen der örtlichen Personalvertretung. Die entscheidende Trumpfkarte im Spiel der innerparteilichen Gegner von Rot-Grün war freilich die rechtssozialdemokratisch dominierte Verwaltungsspitze der Landeshauptstadt, die von vornherein, unter Ausnutzung strenger haushaltsrechtlicher Auflagen der CDU-nahen Bezirksregierung, die Ratspolitik von SPD und GABL administrativ unterlief.

Vor dem Hintergrund der immer schwieriger werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen zerbrach die rot-grüne Zusammenarbeit schließlich an der Frage, um wieviele Prozentpunkte die Gewerbesteuer erhöht werden müßte, um einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 1988 vorlegen zu können. Ungeachtet der Tatsache, daß die 20 Hebesatzpunkte, auf die sich die GABL letztlich hatte herunterhandeln lassen, gegenüber den mit der CDU vereinbarten zehn Punkten nur eine winzige Kostenmehrbelastung für die hannoverschen Betriebe bedeutet hätte — wie ja generell die Gewerbesteuerhöhe für Unternehmensentscheidungen nachweislich nur eine marginale Rolle spielt —, setzten sich bei der entscheidenden Abstimmung in der SPD-Fraktion diejenigen Kräfte durch, die für den Fall einer weiteren Kooperation mit der GABL den wirtschaftlichen Untergang Hannovers prophezeiten.

Der von SPD und CDU gemeinsam verabschiedete Haushalt sieht für 1988 Einnahmeverbesserungen in Höhe von ca. 12,5 Mio DM vor, die sich aus der Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um zehn Punkte (9,4 Mio) und der Grundsteuer um ebenfalls zehn Punkte (3,1 Mio) ergeben. Dem stehen beabsichtigte Einsparungen in Höhe von ca. 15 Mio DM gegenüber, die durch Reduzierung der Personalkostensteigerungsrate, Kürzung städtischer Zuschüsse sowie Streichung bzw. Verteuerung kommunaler Dienstleistungen im Sozial-, Kultur- und Kinder-/Jugendbereich erzielt werden sollen. Bei der zu erwartenden Überwälzung der Grundsteuererhöhung auf die Mietkosten ist dieser Haushalt unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten völlig unausgewogen und läßt jegliches sozialdemokratische Profil vermissen. Dies gilt in gesteigertem Maße für die mittelfristige Finanzplanung, die für das Jahr 1991 Einsparungen im Verwaltungshaushalt in Höhe von über 30 Mio DM vorsieht. Die geplante Begrenzung der Steigerungsrate bei den Personalkosten auf drei Prozent in 1988 und 2,5 Prozent ab 1989 steht dabei in diametralem Gegensatz zum SPD-Kommunalwahlprogramm, das einen Stellenabbau der öffentlichen Hand in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit strikt ablehnt.

Zur Situation der hannoverschen SPD

Verglichen mit der Periode 1981 bis 1986 sind die gegenwärtigen innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse durch eine deutliche Verschiebung zugunsten derjenigen Kräfte gekennzeichnet, die für eine programmatische und organisatorische Erneuerung der SPD eintreten. Die Parteilinke besitzt sowohl im Unterbezirksbeirat als auch im Unterbezirksvorstand eine relativ stabile politische Mehrheit. Demgegenüber ist die Situation der Parteirechten durch eine vollkommene programmatische Perspektiv-

losigkeit, vor allem im Hinblick auf die zentrale politische Aufgabe einer Modernisierung der Partei, geprägt.

In der SPD-Ratsfraktion verfügt der rechte Flügel zwar nach wie vor über eine Mehrheit, jedoch befindet sich die Linke seit den Kommunalwahlen 1986 in einer gestärkten Minderheitenposition. Vor dem Hintergrund der gewandelten politischen Kräfteverhältnisse in der Gesamtpartei entsteht dadurch ein gesteigerter Konsensdruck, der eine vollkommene Abkoppelung der Ratsfraktion von den politischen Positionen der Partei objektiv erschwert.

Dennoch befindet sich die hannoversche Partei in einem unbestreitbaren strategischen Dilemma. Auf der einen Seite kann sie es nicht zulassen, daß ihr Kommunalwahlprogramm durch eine gemeinsame SPD/CDU-Politik im Rat permanent konterkariert wird. Andererseits würde ein fortwährender Konflikt zwischen Unterbezirksvorstand und Ratsfraktion die Einheit der Partei gefährden. Bis 1991 besteht die zentrale strategische Aufgabe der SPD-Linken deshalb in der Verbindung von drei Elementen: der Bewahrung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit, des Ausbaus ihrer Meinungsführerschaft und der Vermeidung unproduktiver innerparteilicher Grabenkämpfe.

Das Scheitern der rot-grünen Kooperation

Nach den Erfahrungen mit der faktischen »Großen Koalition« zwischen SPD, FDP und CDU in der Ratsperiode 1981 bis 1986, die in erheblichem Umfang durch Stellenstreichungen und einen Abbau kommunaler Leistungen geprägt war, zielte das maßgeblich von den Parteilinken beeinflusste Kommunalwahlprogramm 1986 auf eine deutliche Wende in der hannoverschen Kommunalpolitik. Die auf dem außerordentlichen Parteitag im Oktober 1986 getroffene Richtungsentscheidung zugunsten einer rot-grünen Zusammenarbeit war die zwingende Konsequenz aus einer Übereinstimmung der kommunalpolitischen Programmatik in wesentlichen Bereichen. Die strategische Bedeutung der Kooperation mit der GABL lag für die hannoversche SPD in der Chance, zu zeigen, daß auch unter relativ ungünstigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen eine arbeitnehmerorientierte, sozial und ökologisch geprägte kommunale Reformpolitik möglich ist. Auf Grund der Rolle Hannovers als Landeshauptstadt hätte eine tragfähige politische Konstellation »links von der Mitte« für die Entwicklung der überregionalen SPD zudem eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gehabt.

Die mit der Verabschiedung des Haushalts 1987 eingeleitete rot-grüne Zusammenarbeit im Rat stand nach der Sommerpause ganz im Zeichen der drastischen Verschlechterung der kommunalen Finanzlage, die von vornherein für die Haushaltsverhandlungen mit der GABL einen engen Rahmen setzte. Für SPD-Rechte und Verwaltungsspitze war dies die willkommene Gelegenheit, zum entscheidenden Schlag gegen die rot-grüne Rathausmehrheit auszuholen und die Kooperation mit der GABL zum Scheitern zu bringen.

Negativ auf eine mögliche Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der GABL wirkten sich 1987 auch bestimmte bundespolitische Entwicklungen aus. Das Scheitern der rot-

grünen Koalition in Hessen, vor allem aber die innere Zerstrittenheit der Bundesgrünen hat zu einem merklichen Attraktivitätsverlust rot-grüner Optionen in weiten Teilen der SPD-Mitgliedschaft geführt und dazu beigetragen, daß selbst in der Parteilinken dieses Thema gegenwärtig kaum noch eine Rolle spielt.

Die politischen Auseinandersetzungen 1987 haben auch die Schwächen der Parteilinken erbarmungslos aufgedeckt. Daran ändert die unbestreitbare Tatsache nichts, daß der Übergang in eine Mehrheitsposition stets mit Schwierigkeiten und Reibungsverlusten verbunden ist. Gerade in den kritischen Phasen der kommunalpolitischen Auseinandersetzung des Jahres 1987 zeigte sich der zum Teil immer noch ungenügende Reifegrad unserer eigenen Organisationsformen und politischen Praxis. Hinzu kommt, daß die Parteilinke auf zentralen politischen Feldern, z.B. in der Frage des Umweltdezernats und der kommunalen Haushaltspolitik über keine ausreichenden eigenen Konzepte verfügte und ihre Konfliktbereitschaft nicht immer unter Beweis stellte.

Als besonders gravierende Schwachstelle hat sich die völlig unzureichende Verbindung zu den hannoverschen Gewerkschaften erwiesen, die deren defensive Haltung in der Gewerbesteuerfrage begünstigt hat.

Auch die GABL hat ihren Teil zum Scheitern der rot-grünen Zusammenarbeit beigetragen. Selbst wenn man den Druck der eigenen Basis und die zwangsläufigen Legitimationsprobleme der GABL-Spitze angesichts der permanenten Störmanöver der Verwaltung und der SPD-Parteirechten in Rechnung stellt, entschuldigt dies nicht taktische Fehler gerade in entscheidenden politischen Situationen. Die Fehler der GABL resultierten nicht zuletzt aus einer Fehleinschätzung der SPD-internen Kräfteverhältnisse und einer Überschätzung der Möglichkeiten der Parteilinken, sich gegen das Machtzentrum im Zusammenspiel von Ratsfraktionsmehrheit und Verwaltungsspitze durchzusetzen.

Bei alledem bleibt allerdings festzuhalten, daß die GABL sich sehr wohl kompromißbereit verhalten und alle politischen Vereinbarungen eingehalten hat. Auch wenn man die Chancen dafür als ungünstig einschätzt, gibt es für die SPD nach Maßgabe ihres Kommunalwahlprogramms nach wie vor keine legitime Alternative zu einer Zusammenarbeit mit der GABL.

In den Reihen der politischen Gegner einer rot-grünen Kooperation hatten die Rechtsparteien im Rat außer stereotyp vorgetragene Forderungen nach massiven Einsparmaßnahmen und unsachlicher Polemik gegen das geplante Umweltdezernat wenig zu bieten. Insbesondere die hannoversche CDU entwickelte seit 1986 keinerlei politische Ausstrahlungskraft, zumal sie sich durch ihre permanenten innerparteilichen Schlammschlachten selbst demontierte.

Der weitaus gefährlichste Gegenspieler der rot-grünen Rathauspolitik war die sozialdemokratisch geführte Verwaltungsspitze. Sie hat 1987 keinen Versuch ausgelassen, die Mehrheitsentscheidungen des Rates öffentlich zu diskreditieren und im Verwaltungsvollzug zu unterlaufen. So wurde während des Haushaltsjahres 1987 z.B. keine substantielle Maßnahme von der Verwaltung umgesetzt, die von der GABL in den Haushaltskompromiß eingebracht worden war. In neokonservativer Manier wurde eine Politik propagiert und hinter den Kulissen inszeniert, die auf absehbare Zeit die wirt-

schaftlich Starken in Hannover fördern und erst am St. Nimmerleins-Tag den sozial Schwachen zugute kommen soll. Erklärtermaßen wurde damit die »Vernichtung des SPD-Kommunalwahlprogramms« betrieben. Der von Teilen der hannoverschen Wirtschaft ausgehende Druck gegen eine Gewerbesteueranhebung wurde von sozialdemokratischen Spitzenbeamten in der Verwaltung aufgegriffen und gegen die hannoversche SPD instrumentalisiert.

Vor diesem Hintergrund war die spätestens seit dem Herbst 1987 anlaufende Pressekampagne nur noch der letzte Tropfen, um das Faß der Antistimmungen gegen Rot-Grün zum Überlaufen zu bringen.

Für eine soziale und ökologische Politik in Hannover

Die hannoversche SPD steht in den kommenden Jahren vor einer Reihe schwieriger Wahlkämpfe, die durch die rot-schwarze Rathauspolitik nicht leichter geworden sind. Neben den Wahlen zum Europäischen Parlament (1989) und der Bundestagswahl (1990) sind insbesondere die Landtagswahl (1990) und die Kommunalwahl (1991) für die weiteren Entwicklungschancen der Stadt Hannover von zentraler Bedeutung. Die besondere Verantwortung der Linken wird vor allem durch die unabweisbare Tatsache deutlich, daß über eine mögliche Ablösung der Albrecht-Regierung letztlich auch in der Region Hannover entschieden wird. 1991 ist ein sozialdemokratischer Sieg bei den Kommunalwahlen nur denkbar, wenn sich die hannoversche SPD nicht in heillose Flügelkämpfe verstrickt, sondern auf der Grundlage einer gemeinsamen programmatischen Plattform zur Wahl antritt. Das Ziel für 1991 muß dabei klar sein: Wir wollen für die SPD eine absolute Mehrheit im Rat der Stadt Hannover bei neuen Mehrheitsverhältnissen in der Ratsfraktion, um für die neunziger Jahre die Basis für eine arbeitnehmerorientierte und sozialökologische Politik sicherzustellen.

Um die künftigen Herausforderungen zu bestehen, ist die hannoversche SPD dringend auf eine grundlegende Modernisierung ihrer Parteiorganisation angewiesen. Die in vielen Parteibereichen katastrophale Altersstruktur, die bescheidenen Infrastrukturen des Apparats und die traditionellen, neue Mitglieder abschreckenden Versammlungsrituale müssen durchbrochen werden. Ohne lebendige Ortsvereine, ohne eine Verbesserung der inner- und außerparteilichen Kommunikation und ohne Kampagnenfähigkeit kann die hannoversche SPD ihre Mehrheitsposition in der Konkurrenz zu den anderen Parteien in den neunziger Jahren nicht behaupten.

Die hannoversche Parteilinke wird sich bis 1991 nicht aus der Kommunalpolitik verabschieden. In den Stadtteilbereichen werden wir weiterhin an der Entwicklung unserer lokalen Projekte arbeiten. Im Vorfeld der alljährlichen Haushaltsberatungen werden wir mit eigenen Konzepten aufwarten und uns mit unserer Kritik an politischen Entscheidungen, die mit dem Kommunalwahlprogramm der hannoverschen SPD unvereinbar sind, nicht zurückhalten. Auch nach der Niederlage vom Januar 1988 sind wir bereit, jederzeit neue politische Verantwortung zu übernehmen. Wir werden keine Gelegenheit für eine politische Überzeugungsarbeit auslassen, die auf eine Mehrheitsveränderung zugunsten einer sozialökologischen Politik noch vor 1991 ausgerichtet ist.

Trotzdem ist zunächst von der illusionslosen Einschätzung auszugehen, daß das rot-schwarze Bündnis auf einen Zeitraum bis 1991 angelegt ist. Die entscheidende Trumpfkarte ist in diesem Zusammenhang die hannoversche Verwaltungsspitze. Sie hat im rot-grünen Haushaltsjahr 1987 alles getan, um die Politik der demokratisch legitimierten Organe der kommunalen Selbstverwaltung zu torpedieren, und wird jetzt alles unternehmen, um eine Politik des sozialen Stillstands und Rückschritts zu unterstützen. Es mag sein, daß das Rathausbündnis schon vorzeitig an den eigenen Widersprüchen auseinanderbricht, dennoch wäre es gefährlich, wenn inner- und außerparteilich unrealistische Erwartungen geweckt werden. Darüber hinaus würde ein alljährlicher Sturm auf die Zitadelle der hannoverschen Ratspolitik nur Verlierer auf beiden Seiten der hannoverschen SPD hervorbringen. Eine Verstrickung der hannoverschen SPD in Auseinandersetzungen allein über Bündnisfragen würde sich spätestens bei der Kommunalwahl 1991 rächen, woran niemand interessiert sein kann.

Die hannoversche SPD-Linker muß zur Kenntnis nehmen, daß sie zur Zeit in der Ratsfraktion nicht über eine Mehrheit verfügt. Wenn sich die Mehrheit der Ratsfraktion gegen die Voten des Parteivorstandes und des Unterbezirks-Beirates stellt — ein zweifelsohne einmaliger Vorgang in der Geschichte der hannoverschen SPD —, dann dürften die Linien klar sein. Eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse wird unter gleichbleibenden Bedingungen nur möglich sein, wenn die Meinungsführerschaft der Linken in der Partei ausgebaut und in der Ratsfraktion hergestellt wird. Die Herausbildung und Entfaltung von Meinungsführerschaft ist aber an den Faktor Zeit gebunden. Mit kurzatmigen Taktiken der Mehrheitsbeschaffung versperren wir uns den Raum für konzeptionelle Arbeit, die das Fundament für inner- und außerparteiliche Meinungsführerschaft legt.

Inner- und außerparteiliche Machtzugewinne sind — wenn sie Bestand haben sollen — immer an Meinungsführerschaft gebunden. Die hannoversche Parteilinke hat in der Vergangenheit in vielen Bereichen noch zu sehr von der Hand in den Mund gelebt. Es existieren weder ein ausgearbeitetes Gegenkonzept zum Stadtentwicklungsprogramm der Verwaltung noch z.B. konsistente Antworten in den engeren Bereichen der kommunalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Linke braucht daher eine Neuorganisation ihrer konzeptionellen Arbeit, die stärker als bisher mit den gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Sektoren vernetzt werden muß.

Um die notwendige Modernisierung der Parteiorganisation voranzutreiben, ist es erforderlich, daß die mehrheitlich linken Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften eine stärkere Vorbildfunktion wahrnehmen. Die gewachsene Attraktivität der eigenen Parteigliederungen wird unweigerlich die Anziehungskraft unserer Politik auch in anderen Partebereichen stärken. Der Eintritt jüngerer Mitglieder wird die Basis für die Durchsetzung eines »neuen Denkens« in der SPD verbreitern. Die Erfahrungen und Erfolge, die auf diesem Gebiet erzielt werden, müssen in weit stärkerem Maße als bisher in den Unterbezirk hineinkommuniziert werden.

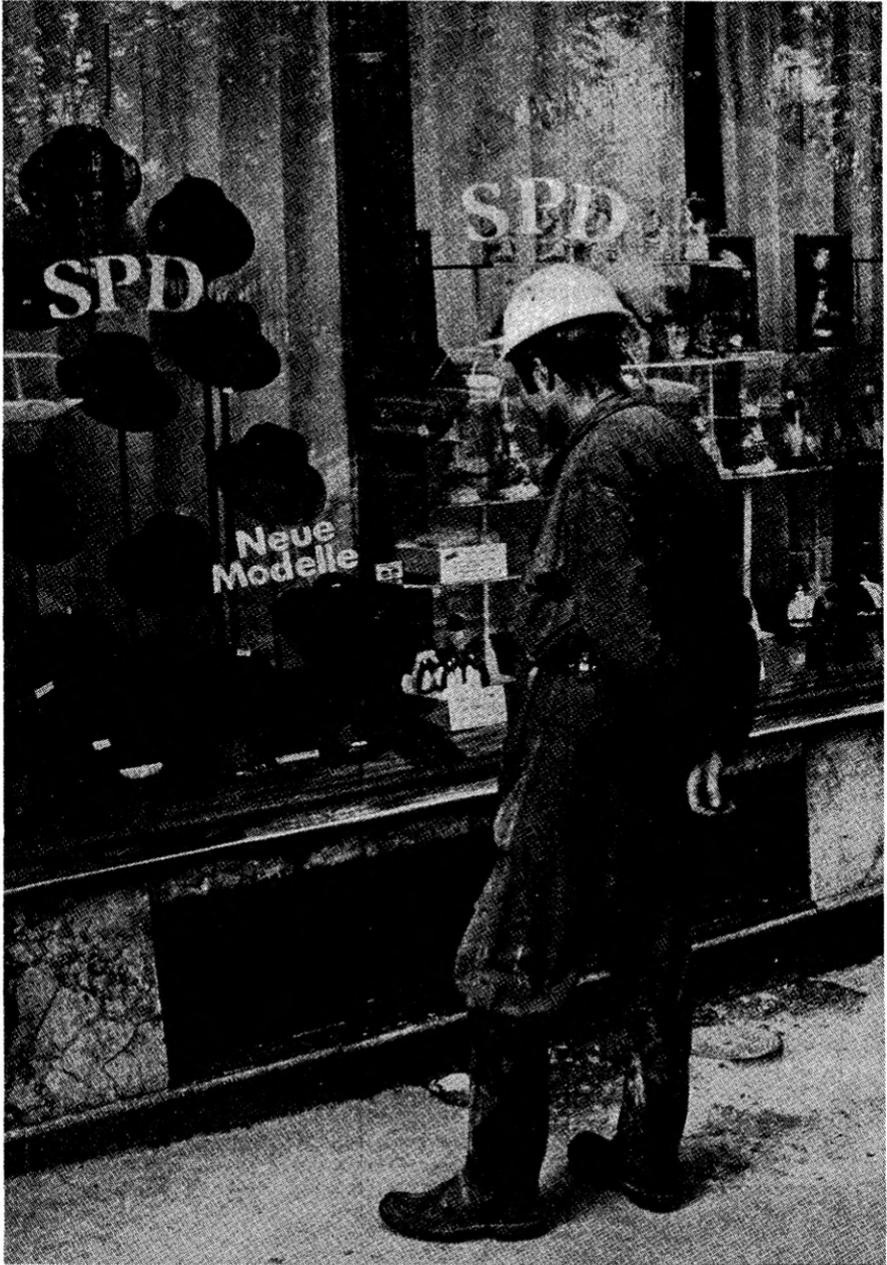
Die hannoversche SPD-Linker muß ihre Beziehungen zum gewerkschaftlichen Bereich erheblich verbessern. Insbesondere von der Haltung des hannoverschen DGB und der ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften wird es abhängen, ob im Rathaus

auch künftig eine Politik des Sozial- und Personalabbaus betrieben werden kann. Es ist bereits heute abzusehen, daß die neue Rathausmehrheit bei einer weiteren Verschlechterung der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen den Versuch unternehmen wird, weitere Verschärfungen im Bereich der ökologischen und basiskulturellen Projekte vorzunehmen. Dieser Versuch muß von der Linken durch den rechtzeitigen Aufbau einer breiten Abwehrfront beantwortet werden.

Auf dieser Grundlage wird die Parteilinke auch künftig zu allen Strömungen in der Partei gesprächsfähig bleiben. Wir werden den vorhandenen Konsensdruck voll ausschöpfen und weit im Vorfeld von Haushaltsverhandlungen eine Strategie der Schadensbegrenzung fahren.

Innerparteilich muß verstärkt eine Diskussion zur Politik der neokonservativen Formierung der BRD-Gesellschaft organisiert werden. Auch an der Basis der Partei bestehen in vielen Bereichen offenkundig Illusionen über die Entwicklungstendenzen innerhalb des konservativen Lagers.

Sozialdemokratische Spitzenbeamte haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie mit Vehemenz gegen die programmatischen Grundsätze der hannoverschen SPD offen und versteckt gearbeitet haben. Aus diesen Erfahrungen werden wir die notwendigen Konsequenzen ziehen.



Diskussionsschwerpunkt:

SPD — Gewerkschaften

Gegenwärtig scheint es üblich geworden zu sein, daß führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Kommunikation untereinander auf den Austausch von Presseerklärungen beschränken. Da wirkt es fast schon als Fortschritt, wenn sich Partei- und Gewerkschaftsvorstände zu gemeinsamen Treffen zusammensetzen, deren Verlauf allerdings an Waffenstillstandsverhandlungen zwischen kriegführenden Regierungen oder wenigstens an harte Tarifaueinandersetzungen erinnert.

Globale Fragen, Veränderungen der Arbeits- und Klassenstrukturen und weithin empfundener »Wertewandel« bezeichnen stichwortartig gesellschaftliche Problemlagen, für die es in den Gewerkschaften wie in der SPD an hinreichenden Lösungsperspektiven fehlt. Hinzu kommt eine — durch das schleswig-holsteinische Wahlergebnis nicht grundlegend veränderte — politische Kräftekonstellation, in der eine Alternative zur Wenderegierung kaum realisierbar erscheint; jedenfalls dann nicht, wenn weder in einem sozial-liberalen Bündnis mit Lambsdorff noch in einer »Großen« Koalition mit Späth eine wirkliche Alternative gesehen wird.

Auseinandersetzungen in den Organisationen der Arbeiterbewegung über den angesichts dieser Situation einzuschlagenden Weg sind weder erstaunlich noch schädlich. Nur: Die Diskussionen werden unehrlich, wenn versucht wird, so zu tun, als bestünden die Meinungsunterschiede zwischen den Organisationen und nicht in ihnen selbst: Sozialdemokraten sollten sich dagegen wehren, mit Appellen an die Parteisolidarität nicht nur auf eine Parteinahme Lafontaine contra Rappe, sondern auch Schiller contra Hensche eingeschworen zu werden. Und für Gewerkschaftsmitglieder gilt das gleiche umgekehrt.

In dieser Situation hat Horst Klaus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, auf dem Treffen des »Frankfurter Kreises« der SPD-Linken am 26. März 1988 ein bemerkenswertes Referat gehalten. Die Inhalte des Referats sprechen für sich. Wichtig ist aber darüber hinaus, daß Horst Klaus die eigenen gewerkschaftlichen Positionen wirklich zur Diskussion gestellt hat, daß er selbst deutlich formuliert hat: »In diesem Spannungsfeld von Solidarität und Freiheit muß sich gewerkschaftliche Politik in einem intensiven Diskussionsprozeß neu orientieren.«

Horst Klaus hat sein Referat aus gewerkschaftlicher Sicht gehalten. Er ist aber — für ihn wohl selbstverständlich — im Ergebnis zu einer Aufgabenstellung für die Linke insgesamt gekommen. Hier ist er anderen, Gewerkschaftern wie Sozialdemokraten, ein gutes Stück voraus.

Das Referat wurde auf dem »Frankfurter Kreis« nicht diskutiert. Unmittelbar daran anschließend referierte Oskar Lafontaine zum Thema »Reformperspektiven aus sozialdemokratischer Sicht«, wobei er sich auf die bekannte aktuelle Auseinandersetzung beschränkte. Die nachfolgende Diskussion nahm die Gedanken von Horst Klaus nicht mehr auf, sondern verblieb in dem Rahmen, den Lafontaine gesteckt hatte. Grund genug, das Referat von Horst Klaus nachstehend wiederzugeben und damit die notwendige Diskussion anzustoßen.

Kurt Neumann

Horst Klaus

Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht

Referat auf dem Treffen des »Frankfurter Kreises«
in Oer-Erkenschwick am 26. März 1988

Ich möchte mich zunächst herzlich dafür bedanken, daß Ihr einem Sprecher der Gewerkschaft die Gelegenheit gebt, zu Beginn Eurer Arbeitstagung, die ja vor allem der Programmdiskussion dient, über gewerkschaftliche Reformperspektiven zu sprechen — und vor allem anschließend auch zu diskutieren. Möglicherweise sind solche Diskussionen in den vergangenen Jahren zu selten geführt worden. Unstrittig ist aber wohl, daß wir gegenwärtig besonderen Bedarf haben.

In dieser Situation nicht über den Vorstoß von Oskar Lafontaine zu sprechen, ist wohl unmöglich. Ich will dies dennoch nur in aller Kürze tun. Denn die Argumente sind an anderer Stelle ausführlich auf den Tisch gelegt worden.¹ Und dies nicht nur durch Gewerkschaftler, sondern auch durch zahlreiche Sozialdemokraten, gerade auch aus diesem Kreis. Zu Oskar Lafontaines Vorstellungen will ich kurze Bemerkungen machen:

1. Es gibt sicher keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Einkommensunterschiede in zahlreichen Fällen unvertretbar groß geworden sind, daß hier Ungerechtigkeiten entstanden sind, mit denen wir uns auseinandersetzen — nicht erst seit Ende Februar 1988.

Wer sich mit den Tarifrunden der vergangenen Jahre beschäftigt hat, der kennt — zumindest für den Bereich der IG Metall — die zahlreichen Versuche, an dieses Problem heranzugehen. Der kennt die Auseinandersetzung um Einmalbeträge oder strukturelle Verbesserungen. Der kennt auch die Teilerfolge, die wir erreicht haben — die uns allerdings nicht genügen können. Aber es ist abwegig, die Gewerkschaften geradezu als Sachwalter dieser ungerechten Lohn- und Einkommensstrukturen hinzustellen. Im übrigen hat der erzwungene Reallohnverlust zurückliegender Jahre keineswegs zu mehr Beschäftigung geführt. Und im regionalen Vergleich sind auch heute noch die Regionen mit den seit Jahren niedrigsten Löhnen und Gehältern auch diejenigen mit der höchsten Arbeitslosigkeit.

2. Schwerwiegender als die bisherigen Argumente scheint mir die Tatsache zu sein, daß Oskar Lafontaine mit seinem Vorstoß die alte Unternehmer-These neu belebt hat, nach der die Lohnhöhe direkt über die Beschäftigung bestimmt. — »Jedes Lohnprozent kostet hunderttausend Arbeitsplätze.« Dieses angebliche Ergebnis wissenschaftlicher Analysen — in Wahrheit notdürftig untermauerte Interessenpolitik — schien in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund gedrängt worden zu sein. Jetzt wird diese Pseudotheorie begierig wieder aufgegriffen, und wir werden uns nach allem, was man absehen kann, auf längere Zeit wieder damit herumschlagen müssen.

3. Oskar Lafontaine will das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften auf eine neue Basis stellen. Er will die SPD unabhängiger von gewerkschaftlichen Zielen und Vorstellungen machen.

Die offene Auseinandersetzung über unterschiedliche Sichtweisen ist unverzichtbar, und es kann auf keiner Seite einen Genehmigungsvorbehalt für politische Positionen durch den jeweils anderen geben. Das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften ist zum Glück nicht nur von der Frage des Lohnausgleichs oder der Definition der Arbeit abhängig; es kann durch einzelne Provokationen nicht generell in Frage gestellt werden. Es gibt viele andere Bereiche, in denen Gemeinsamkeiten oder auch weitere Differenzen vorhanden sind. Dieses gesamte Spektrum muß diskutiert und weiterentwickelt werden.

4. Laßt mich eine letzte Bemerkung machen: Es ist geradezu grotesk, wenn die Reaktion der Gewerkschaften auf die Vorschläge von Oskar Lafontaine jetzt in negativer Weise mit dem Wahlergebnis in Baden-Württemberg in Verbindung gebracht wird.

Falls ein solcher Zusammenhang überhaupt besteht, bin ich erstens der Überzeugung, daß die Äußerungen von Oskar Lafontaine selbst schädlicher waren als die Reaktionen der Gewerkschaften, die im übrigen niemanden überraschen konnten. Und zweitens: Wer seine provozierenden Äußerungen in dieser Weise mitten in eine Tarifbewegung hineinplaziert, kann ganz bestimmt nicht damit rechnen, daß die Reaktion darauf bis *nach* anstehenden Landtagswahlen verschoben wird.

Gewerkschaften als reformerische Kraft

Im Zusammenhang mit der von Oskar Lafontaine ausgelösten Diskussion wird den Gewerkschaften wieder verstärkt der Anspruch, gesellschaftsreformerische Kraft zu sein, bestritten. Insbesondere die von konservativer Seite vorgebrachte Kritik sieht Gewerkschaften als Überbleibsel der ersten industriellen Revolution.

Aber auch bei anderen wird das offenbar Mode. Der Klassenkampf sei zu Ende — wir hätten's nur noch nicht gemerkt. Das kann schon sein — wir hatten nämlich in den letzten Jahren verdammt viel zu tun: Sieben Wochen Streik und Aussperrung, samt kalter Aussperrung 1984, den Kampf gegen den § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) 1986, dazwischen Massendemonstrationen gegen Sozialabbau und heftige Kämpfe gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung — da kann es einem schon entgehen, daß der Klassenkampf vorüber ist. Wir stören die Marktprozesse, heißt es, und deshalb könnten wir zur Lösung der Probleme der Industriegesellschaft nichts mehr beitragen, sondern verschärfen sie eher noch.

Nun haben die deutschen Gewerkschaften — anders als in anderen Ländern — ihren Anspruch auf Gesellschaftsgestaltung jedoch nie aufgegeben. Es hat mancher Anstrengung bedurft, ihn in den letzten Jahren aufrechtzuerhalten. Die beiden großen Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit im Jahre 1984 und um die Veränderung des § 116 AFG 1986 haben die IG Metall speziell, aber auch alle anderen Einzelgewerkschaften im DGB, in bisher nie gekannter Weise gefordert. Der Einstieg in die

Arbeitszeitverkürzung konnte damals durchgesetzt werden. Die Verschlechterung des § 116 AFG konnten wir nicht verhindern. Dennoch ist es keine Selbstüberschätzung, wenn wir beides als Erfolge werten — als Erfolge in einem Widerstandskampf gegen die ungezügelter Durchsetzung der Wendepolitik und bei der Stabilisierung unserer organisatorischen Massenbasis.

Die Bundesregierung hat sich seither nicht mehr so stark in die offene Auseinandersetzung hineinbegeben. Es ist deshalb berechtigt, davon auszugehen, daß der Kampf der Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Gestaltungsziele und für die Erhaltung ihrer Gestaltungsfähigkeit mit dazu beigetragen hat, die Wendepolitik zumindest zeitweilig zu bremsen. Über das, was mit dem Arbeitszeitgesetz, im Gefolge der Steuerreform, der sogenannten Strukturreform des Gesundheitswesens, der Novellierung der Betriebsverfassung auf uns zukommt, macht sich hier sicher niemand Illusionen.

Aber nicht nur diese rückschrittliche Gesellschaftspolitik, auch die ökonomischen und technischen Veränderungen erfordern entsprechende Reaktionen der Gewerkschaften. Es ist heute schwieriger als in früheren Jahrzehnten zu sagen, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen auf der einen Seite und die Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln auf der anderen in der Zukunft entwickeln werden. Die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für eine offensive Vertretung von Arbeitnehmerinteressen verändern sich ständig. Längst nicht für alle, aber doch für viele Arbeitnehmer besteht heute nicht mehr der unmittelbare Bedürfnisdruck wie noch vor 10 bis 15 Jahren. — Mit der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen werden die Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung in Arbeit, Politik und Privatleben wesentlich stärker artikuliert als das früher der Fall war. Politik im allgemeinen und gewerkschaftliche im besonderen muß also plausibler und konkreter begründet werden und an diesen individuellen Entfaltungsinteressen der Menschen anknüpfen. Konservative Politik und Arbeitgeber nutzen diese Individualisierungstendenzen geschickt aus und besetzen damit auch arbeitnehmernahe Problemfelder. Der Rückzug des Staates, Individualisierung und Deregulierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind modern. Solidarität und kollektive Interessenvertretung werden zu Relikten aus grauer Vorzeit erklärt.

Neuorientierungen gewerkschaftlicher Politik sind notwendig!

Wir müssen aus diesen veränderten Bedingungen die Konsequenz ziehen, daß auch gewerkschaftliche Politik sich neu zu orientieren hat. Allerdings — und das will ich ausdrücklich betonen — bleibt die Erwerbsarbeit aus unserer Sicht auch für die kommenden Jahrzehnte Hauptansatzpunkt und strategischer Hebel reformerischer Politik. Wenn wir die Arbeits- und Lebensbedingungen nach den Interessen der Betroffenen gestalten wollen, dann bleibt das Ziel dieser Gestaltung Freiheit und Selbstbestimmung. Der Weg dahin kann nicht über Entsolidarisierung und die Entfesselung der Marktkräfte führen. Er führt vielmehr über die Befreiung von vermeidbaren wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten durch kollektive, solidarische Kämpfe. Solidarität bleibt auch in Zukunft Voraussetzung für wirksame Gesellschaftsgestaltung.

In diesem Spannungsfeld von Solidarität und Freiheit muß sich gewerkschaftliche Politik in einem intensiven Diskussionsprozeß neu orientieren. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen mit einem umfassenden Zukunftsprojekt, das wir in diesem Jahr durchführen. Es besteht aus insgesamt sechs Diskussionsforen zu verschiedenen Themenbereichen und einem zusammenfassenden Zukunftskongreß im Oktober dieses Jahres. Sowohl in den Foren als auch auf dem Kongreß selbst suchen wir die offene und kritische Diskussion, suchen wir die Auseinandersetzung auch mit unkonventionellen Meinungen und Auffassungen von außerhalb der Gewerkschaften. Ein solcher Prozeß der Zukunftsdiskussion ist für Gewerkschaften nicht ohne weiteres selbstverständlich. Denn Kampforganisationen wie die Gewerkschaften brauchen zwar Diskussion im inneren, aber sie brauchen auch Geschlossenheit nach außen. Wir halten gleichwohl die Öffnung, die wir mit dem Zukunftsprojekt anstreben, für notwendig. Wir glauben, daß sie im Endeffekt unsere Geschlossenheit eher stärken wird.

Um so unverständlicher ist es aber, wenn durch unbedachte Diskussionen auch von sozialdemokratische Seite die Gewerkschafter wieder in die Ecke der Ewiggestrigen, der Besitzstandswahrer und derjenigen, die sich wegen ihrer verkrusteten Strukturen mit den wirklichen Zukunftsproblemen nicht beschäftigen, gerückt werden. Nur wer auf die Gewerkschaften als gesellschaftsgestaltende Organisationen keinen Wert legt, kann Interesse an einer solchen Einordnung der Gewerkschaften haben. Wer die Gewerkschaften als Bündnispartner für die Erhaltung der Reformfähigkeit unserer Gesellschaft für nötig hält, der muß sie in ihrem Diskussionsprozeß mit unterstützen. Im übrigen kann so mancher aus den Diskussionen, die bei uns stattfinden, noch einiges lernen. Ich bin deshalb froh, daß eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die hier anwesend sind, auch an unseren Diskussionsforen und unserem Kongreß teilnehmen werden.

Die Arbeitslosigkeit bekämpfen!

Ich will zu einigen Handlungsfeldern kommen, in denen sich unsere Vorstellungen vom selbstbestimmten Menschen und menschenwürdigen Leben konkretisieren. Hier steht an erster Stelle die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Sie ist — wie die Prognosen zahlreicher Institute zeigen — keineswegs eine vorübergehende Erscheinung.

Nach einer durchaus optimistischen Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg ist auch für das Jahr 2000 noch mit einer Arbeitsmarktlücke von ca. 3,2 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen zu rechnen. Das bedeutet, daß auch zur Jahrhundertwende die registrierte Arbeitslosigkeit noch über 2 Millionen liegen wird. Die Konsequenz kann doch für die Gewerkschaften nur die folgende sein: Arbeitszeitverkürzung bleibt bis zum Jahr 2000 erste tarifpolitische Priorität; zweitens muß eine Politik qualitativen Wachstums auf der staatlichen Ebene weiter verstärkt gefordert werden.

Das WSI schlägt ein 300-Milliarden-Programm für 15 Jahre vor, also eine Investitionssumme von 20 Milliarden pro Jahr über den genannten Zeitraum. Dies würde zusammen mit einer deutlichen weiteren Reduzierung der Arbeitszeit die Arbeitslosig-

keit im Jahr 2000 auf die Hälfte des prognostizierten Wertes reduzieren können; also sie keineswegs vollständig beseitigen.

Die Steuerreform, die das Kabinett beschlossen hat, ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein weiterer Schritt in Richtung soziale Ungerechtigkeit, sie ist vielmehr gleichzeitig auch von der finanziellen Seite her der Verzicht auf eine gezielte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Damit kann sich die Linke in der Bundesrepublik nicht einfach abfinden. Hier sind politische Korrekturen notwendig, statt daß man den Arbeitnehmern allein die Opfer der Vollbeschäftigungsstrategie aufbürdet.

Regionale Strukturkonzepte weiterentwickeln!

Ich nenne als zweites die Weiterentwicklung der regionalen Strukturkonzepte, damit der unvermeidliche Strukturwandel nicht ebenfalls allein auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen und damit die Spaltung unserer Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit nicht auch noch in regionaler Hinsicht weiter verschärft wird. Es reicht nicht aus, den Opfern sektoraler und regionaler Krisen soziale Hilfen anzubieten. Den betroffenen Arbeitnehmern und der bedrohten Bevölkerung muß eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunftsperspektive geschaffen werden. Erforderlich ist dazu eine Umorientierung der Unternehmens- und der Konzernpolitik. Erforderlich ist darüber hinaus eine Umorientierung der staatlichen Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Mit den strukturpolitischen Vorschlägen, die wir vor einigen Wochen vorgelegt haben², wollen wir weder unternehmerische Aufgaben noch staatliche Verantwortlichkeiten übernehmen. Wir wollen vielmehr nichts unversucht lassen, um die dringende notwendige beschäftigungs- und strukturpolitische Trendwende zu beschleunigen und im Interesse der Arbeitnehmer zu steuern. Unsere strukturpolitischen Vorschläge haben vor allem drei Zielsetzungen: Sie sollen

1. Massenentlassungen verhindern und die Arbeitsverhältnisse erhalten;
2. dort, wo dauerhafte Beschäftigung in den bisherigen Branchen nicht aufrechtzuerhalten ist, die erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen sichern und
3. schließlich dafür sorgen, daß Ersatzarbeitsplätze bereitgestellt werden, und dies in neuen zukunftsfrächtigen Produktbereichen.

Sicher sind auch unsere Vorschläge keine Patentrezepte. Auch für uns sind Fragen offen und Antworten zu prüfen. Aber wie in anderen Bereichen, so gilt auch für die Strukturpolitik: Neue Wege zur Vollbeschäftigung sind bisher ganz gewiß nicht wegen fehlender sozialer Phantasie der Arbeitnehmerschaft, sondern vor allem wegen der faktischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft versperrt geblieben.

Die beiden genannten Handlungsbereiche — Arbeitszeitverkürzung und Strukturpolitik — sind nur auf den ersten Blick reine Defensivkonzepte. In Wahrheit geht es auch bei diesen Handlungsfeldern um aktive Gestaltung unserer Gesellschaft. Sicherlich ist es richtig, daß die Beschäftigung mit den aktuellen Krisen in Branchen und Regionen viel unserer Arbeitskraft gebunden hat und die konzeptionellen Überlegungen zur Zukunftsgestaltung erschwert wurden. Aber gerade die Arbeitszeitdiskussion zeigt, daß wir diese Forderung niemals nur als Tarifpolitik im engeren Sinn verstanden

haben, sondern sie immer auch unter dem Gesichtspunkt erhoben haben, daß damit weitreichende Gestaltungsentscheidungen in unserer Gesellschaft getroffen werden.

Dies gilt einmal für die Entscheidung gegen ein ungesteuertes Maximalwachstum, das sich ohnehin als trügerische Luftblase erwiesen hat. Das gilt zum zweiten aber auch für Entscheidungen der Lebensgestaltung der einzelnen Menschen, die durch vergrößerte Freizeitspielräume erst möglich werden. Dies gilt im selben Zusammenhang auch für die gleichberechtigte Arbeitsteilung der Geschlechter. Auch sie wird durch Vollbeschäftigung auf der einen Seite und reduzierte Arbeitszeiten auf der anderen erst in den Bereich der Realität gerückt. Auch die strukturpolitischen Vorstellungen enthalten wichtige gestaltende Elemente. Damit reichen sie aber auch hinein in die Machtverhältnisse unserer Gesellschaft, aus denen man sich weder als Gewerkschaft noch als politische Partei, weder bei taktischen noch bei programmatischen Überlegungen vornehm zurückziehen kann.

Die Technikentwicklung steuern!

Kollisionen mit dem Machtanspruch der Kapitaleseite und der neokonservativen Politik, die diesen Machtanspruch absichert, erfahren wir auch im dritten Handlungsbereich, den ich exemplarisch für unsere Reformperspektive anführen möchte: Ich meine die Beeinflussung und verantwortliche Steuerung von Technik, ihrer Entwicklung und Anwendung innerhalb und außerhalb der Betriebe. Eines der großen Defizite unserer Gesellschaft ist die fehlende Bereitschaft und die Unfähigkeit, die sozialen, ökologischen und ethischen Folgen und Auswirkungen neuer Technologien zu erfassen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Dies geht einher mit dem verlorengegangenen Vertrauen in die Objektivität und Wertfreiheit von Wissenschaft und mit der Infragestellung des herkömmlichen Fortschrittsbegriffs.

Für die betriebliche Praxis können wir ganz allgemein sagen, daß Technik im Arbeitsprozeß ein möglichst hohes Maß an mit- und selbstbestimmter Tätigkeit und Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen muß. Aber dabei können wir nicht stehenbleiben. Denn Technik wirkt über den Betrieb hinaus auf vielfältige Lebensbezüge innerhalb unserer Gesellschaft. Wir brauchen deshalb weitere Kriterien:

- Kriterien im gesellschaftlichen Bereich, wie z.B. die Sicherung der demokratischen und individuellen Freiheitsrechte, die Überprüfbarkeit und Rückholbarkeit technologischer Entscheidungen, das Offenhalten von Freiräumen im Bereich der Lebensführung garantiert.
- Wir brauchen Kriterien im ökologischen Bereich, wie z.B. die höchstmögliche Nutzung erneuerbarer Ressourcen und die geringstmögliche Belastung der Umweltbedingungen.
- Kriterien auch im internationalen Zusammenhang, wie Beiträge zum Abbau internationaler Spannungen, zur Beilegung der internationalen Verteilungskämpfe und zur Ausrichtung der Produktion auf zivile Verwendungszwecke.

Solche Kriterien sind im politischen Bewußtsein ganz gewiß noch nicht durchgesetzt. Bei Politikern scheint dies noch weniger der Fall zu sein als bei der Bevölkerung all-

gemein. Aber ein solches Bewußtsein ist notwendig. Denn Technikfolgenabschätzung und die Durchsetzung der entsprechenden Konsequenzen können doch wohl nicht so aussehen, daß einer bestimmten Technik eine Art Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt oder eine andere Technik abgelehnt wird. Sie ist doch nur denkbar als ständiger Diskussionsprozeß und als Ringen um die Durchsetzung der Ergebnisse.

Für uns findet dieser Prozeß vor allem in den Betrieben statt. Dort wollen wir ihn mit unserem Programm »Arbeit und Technik«³ weiter fördern und ihm eine neue Qualität geben. Aber dieser Prozeß muß aus den Betrieben heraus auch auf die gesellschaftspolitische Diskussion ausgeweitet werden. Und das, was dann aus diesem Diskussionsprozeß herauskommt, das müssen wir dann auch wieder in die Betriebe hineinvermitteln können; auch dort, wo eventuell negative Betroffenheit besteht.

Technischer Wandel muß sozialer Fortschritt werden!

Auch für neue Technologiebereiche — Bio- und Gentechnologien, bemannte Raumfahrt — brauchen wir ausführliche Diskussionen, brauchen wir das Messen an unseren Kriterien und das Abwägen von Für- und Wider-Argumenten. Nur so können wir zu soliden Entscheidungen kommen, die technischen Wandel zu sozialem Fortschritt werden lassen. Nur so kann dem Gestaltungsanspruch in der Gesellschaft ganz allgemein, aber vor allem auch in den großen Organisationen Genüge getan werden.

Alles dies widerspricht diametral dem, was heute bei der politischen Entscheidungsfindung Praxis ist. Der Gestaltungsanspruch großer Gruppen wird einfach negiert. Dort, wo in den Betrieben die Arbeitnehmer über die Einführung von Technologien oder über ihre Produkte mitreden wollen, werden sie von der Kapitalseite geblockt. Dies muß aufgebrochen werden; denn wer heute auf die Gestaltung der Technik verzichtet, der verzichtet in unserer immer stärker technisierten Welt langfristig auf politische Gestaltung überhaupt.

Die Arbeitszeitpolitik, die Strukturpolitik und die Technologiepolitik sind wichtige Bereiche der Gesellschaftsgestaltung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Sie stehen neben anderen, auf die hier nicht eingegangen werden konnte. An diesen Beispielen wird klar, worauf es in den vor uns liegenden Jahren ankommen wird. Die Gestaltung der Gesellschaft nach den Maßstäben von Markt und Wettbewerb ist keine akzeptable Perspektive für die Arbeitnehmer. Unter dem Schleier einer trügerischen Pseudo-Objektivität macht der Markt die Starken noch stärker und die Schwachen zu ewigen Verlierern. Dies ist für manchen ein bewußt angestrebtes Ziel, für manchen ist es in Kauf genommene Nebenwirkung. Für die Linke in der Bundesrepublik ist es kein gangbarer Weg.

Eine bewußt durchdachte Reformstrategie muß verbunden sein mit einer realistischen Analyse der Kräfteverhältnisse in unserer Gesellschaft. Denn nur wenig, was in den kommenden Jahren und Jahrzehnten notwendig werden wird, wird sich durchsetzen lassen ohne teilweise schmerzhaft Kollisionen mit den bestehenden Machtverhältnissen. Die Linke kann es sich deshalb nach meiner Einschätzung nicht leisten, ein gespaltenes Konzept zu verfolgen. Sie kann nicht auf der einen Seite eine Überbau-

programmatik entwickeln, in der die »fortschrittlichen« Positionen formuliert und zusammengefaßt werden, ohne über die instrumentellen Wege zu ihrer Realisierung zu reflektieren. Damit überläßt man quasi die Schmutzarbeit dem klassischen linken Rest und programmiert den Mißerfolg beider Teile vor.

Worauf es für die Linke ankommt, ist, fortschrittliche Positionen so zu formulieren, daß sie mit Durchsetzungsstrategien verbunden werden können. Dies setzt vielfach nicht nur den Blick nach vorn auf die schönen Bilder der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft voraus. Dies erfordert vielmehr auch die Rückbesinnung auf die Erfahrungen und Werte, denen die Arbeiterbewegung ihre Existenz und ihre Erfolge verdankt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. u.a. Oskar Lafontaine: »Radikal umverteilen«, sowie Franz Steinkühler: »Oskars Denkfehler« (beides in: *Vorwärts* 10, 5.3.1988, S.10f.); Klaus Zwickel: »Modernisierungsstrategien der Gewerkschaften. Die Rolle der menschlichen Arbeit«. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 35.Jg., Nr.3/1988, S.204ff.
- 2) Es handelt sich hierbei um das Heft 112 der Schriftenreihe der IG Metall: *Strukturpolitische Alternativen zur gesellschaftlichen Arbeitslosigkeit*. Programmatischer Rahmen und praktische Ansätze, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M. 1988.
- 3) Aktionsprogramm: Arbeit und Technik — »Der Mensch muß bleiben!«, hrsg. und beschlossen vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M. 1984.

Kurt Neumann und Andreas Wehr

Thesen zu Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

I

Notwendige und nützliche Arbeit gibt es genug — auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Stadtreparatur, der sozialen Betreuung, der Gesundheitspflege, der Bildung und Ausbildung. Was fehlt, sind bezahlte Arbeitsplätze.

Die privaten Unternehmen verfügen in ihrer Gesamtheit über hinreichende Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Lohnstückkosten liegen in der Bundesrepublik nicht höher und nicht niedriger als im Vergleich mit anderen hochindustrialisierten Ländern. Sozialdemokraten sollten nicht der alten Unternehmerthese von der übermäßigen Verteuerung der Arbeit in unserem Land Glauben schenken. Tatsächlich hat die Lohnhöhe nur eine sehr geringe Bedeutung für die Beschäftigung. In der Bundesrepublik sind zudem die Reallöhne in den letzten Jahren trotz fortschreitender Produktivität gesunken, waren die Gewinne der Großunternehmen drastisch angestiegen. Trotzdem wurden weitaus mehr bestehende Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen; wurden Gewinne nicht investiert, sondern als Geldkapital angelegt. Hier liegt die Hauptursache für die bestehende Massenarbeitslosigkeit. Hier befindet sich auch der Hauptadressat für Forderungen zur Umkehr, zu verantwortlichem Verhalten.

II

Die Bundesregierung ist gegenüber der Massenarbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch untätig geblieben und hat ihre immense Steigerung bewußt in Kauf genommen. Wir brauchen eine andere staatliche Wirtschaftspolitik:

- a) Sozialversicherung, Steuersystem und Subventionsvergabe müssen so umgestaltet werden, daß
 - Realinvestitionen gegenüber Finanzanlagen besser gestellt,
 - die Beschäftigung von Arbeitskräften gegenüber der Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen begünstigt und
 - notwendige Strukturveränderungen ohne Entlassung in die Arbeitslosigkeit ermöglicht werden.
- b) Zukunftsinvestitionsprogramme müssen für gezielte Nachfrage in gesellschaftlich nützlichen Bereichen und damit für mehr Beschäftigung sorgen. Sozialdemokraten sehen daher keinen Anlaß, von ihrer Forderung nach Beschäftigungsprogrammen abzugehen.
- c) Die öffentlichen sozialkulturellen Dienste müssen beschäftigungswirksam ausgebaut werden.

Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind so zu gestalten, daß sie zugleich zur wirksamen Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen, insbesondere des Rechts auf

Erwerbsarbeit für Frauen, dienen. Der öffentliche Dienst hat hierbei eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

III

Arbeitszeitverkürzungen können zu mehr Beschäftigung führen. Bisher mußten sie aber von den Gewerkschaften unter großen Opfern — auch unter Verzicht auf sonst realisierbare Einkommenszuwächse — erkämpft werden. Die Wirkung weiterer Arbeitszeitverkürzungen darf nicht durch zunehmende Arbeitshetze und Überstunden zunichte gemacht werden. Wir unterstützen daher die gewerkschaftlichen Forderungen nach einem drastischen Abbau der Überstunden. — Lohnverzicht führt zwar zu höheren Gewinnen, nicht aber zu mehr Beschäftigung. Deshalb darf »Arbeitszeitverkürzung kein Einfallstor für Lohnkürzungen sein, da dies die gesamtgesellschaftliche Nachfrage schwächt, die Beschäftigten in Überstunden treibt und auch unter sozialen Gesichtspunkten nicht akzeptabel ist.« (Nürnberger Aktionsprogramm)

IV

Die erforderlichen Mittel für eine wirksame Beschäftigungspolitik sind verfügbar: Als erster Schritt muß mit den Steuergeschenken für höhere Einkommen Schluß sein, die Steuerreform der Rechten ist rückgängig zu machen. Weitere Mittel sind durch Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten, insbesondere zu Lasten der Rüstungsausgaben, freizumachen.

Die für eine aktive Beschäftigungspolitik benötigten Finanzmittel machen eine Abschöpfung der höheren Einkünfte und Gehälter erforderlich. Die Sozialdemokraten fordern daher, wie die Gewerkschaften, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und eine Arbeitsmarktabgabe auch für Beamte und Selbständige. Hiermit wird auch an die Solidarität der sehr gut Verdienenden mit den Arbeitslosen appelliert. Ein Sonderopfer für den höheren öffentlichen Dienst. Es geht nicht an, die in der Regel sehr viel höheren Einkünfte der Selbständigen zu schonen und statt dessen ausschließlich die Solidarität der öffentlich Bediensteten einzufordern. Wir verkennen dabei nicht, daß es mittlerweile eine ganze Anzahl von höheren Beamten gibt, die kürzere Arbeitszeiten auch bei einem geringeren Gehalt vorziehen würden, wenn zugleich mit den eingesparten Mitteln neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier ist der öffentliche Arbeitgeber gefordert, Vorschläge für eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu unterbreiten und zugleich konkrete Pläne für eine entsprechende Ausweitung der Beschäftigung vorzulegen. Die gegenwärtige Praxis — auch der sozialdemokratisch regierten Kommunen und Länder — läuft hingegen darauf hinaus, die insbesondere durch Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen freigewordenen Finanzmittel vornehmlich zur Deckung von Haushaltsdefiziten zu verwenden.

Diese notwendigen Angebote der Arbeitgeber können nicht durch eine veränderte Politik der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ersetzt werden. Die Gewerkschaften haben vor allem darauf zu achten, daß ihre Tarifpolitik allen Teilen der Beschäftigten Vorteile bringt. Es muß daher in ihrem Interesse liegen, daß alle von ihnen Vertretenen auch an einer generellen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich teilnehmen.

Ungerechtigkeiten in der Struktur von Löhnen und Gehältern sind in erster Linie durch eine Tarif- und Besoldungspolitik abzubauen, die sich nicht an prozentualen Erhöhungen, sondern an Festbeträgen orientiert. In zweiter Linie muß dann eine entsprechende Steuerpolitik korrigierend eingreifen.

V

Die Ausweitung und Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen erfordert eine Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Alterssicherung sind vergleichbar der Privatwirtschaft zu gestalten. Das gilt auch für die Arbeitszeit. Insgesamt brauchen wir ein einheitliches öffentliches Dienstrecht.

Der Ausbau des öffentlichen Dienstleistungssektors stellt unsere sozialdemokratische Antwort auf die von den Konservativen betriebene Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des von ihnen geförderten Ausbaus privater Dienstleistungen dar. Der zunehmenden privaten Konkurrenz im Gesundheits-, Freizeit-, Bildungs- und Sozialbereich werden wir nur mit Hilfe eines attraktiveren und deutlich erweiterten öffentlichen Dienstes begegnen können.

VI

Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erfordert — wie die soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft insgesamt —, daß eine Umverteilung zu Lasten der Gewinneinkommen zugunsten des öffentlichen Sektors und zugunsten der Lohnabhängigen stattfindet. Dies bedingt daher auch zukünftig Verteilungskämpfe um den erwirtschafteten Wohlstand. — Vor allem die Lohnquote muß dauerhaft zu Lasten der Kapitalbesitzer verändert werden. Wer sich demgegenüber auf die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst beschränkt, spielt Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose aus, beschränkt sich auf einen »Sozialismus in einer Klasse« und kapituliert faktisch vor der Kapitaleseite und den konservativen Parteien.

VII

Wir sehen in dem gegenwärtigen Konflikt um die Form der Arbeitszeitverkürzung ein Zeichen für die Auseinanderentwicklung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Zahlreiche Vorwürfe werden wechselseitig geltend gemacht. Von seiten der SPD sind die wichtigsten Kritikpunkte gegenüber den Gewerkschaften:

- Sie vertreten nur noch die Arbeitsplatzbesitzer und kümmern sich kaum um die Arbeitslosen.
- Im Mittelpunkt ihres Interesses stünden die sogenannten »Altindustrien«, die eh dem Untergang geweiht seien.
- Sie mißachteten mit ihren auf Wirtschaftswachstum zielenden Forderungen die ökologischen Grenzen der Produktion.
- Die Frauenfrage stehe in ihrer Politik noch immer fast ganz am Schluß.
- Der Skandal um die Neue Heimat sei ein Beweis für die Verfilzung der Gewerkschaftsbürokratie.

Von seiten der Gewerkschaften heißt es wiederum:

- Die in der SPD diskutierte Neudefinition der gesellschaftlichen Arbeit bedeute eine Entwertung der Erwerbsarbeit.
- Die sozialdemokratischen Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen und nach einem Ausbau des öffentlichen Dienstes werde durch die Praxis der sozialdemokratisch regierten Kommunen und Länder faktisch konterkariert.
- Die SPD kopiere immer stärker den grünen Politik- und Lebensstil und drohe, zu einer Partei des öffentlichen Dienstes und des gesellschaftlichen Überbaus zu werden.

Verschärft werden diese Konflikte noch durch die Sprachlosigkeit zwischen den Organisationen. Auf Grund soziologischer Veränderungen in der Mitgliedschaft ist der Anteil gewerkschaftlich Aktiver unter den Funktionären der SPD deutlich zurückgegangen. Umgekehrt ist die überwiegende Zahl der aktiven Gewerkschafter lediglich passives Mitglied unserer Partei.

SPD und Gewerkschaften sind eigenständige Organisationen. »Die offene Auseinandersetzung über unterschiedliche Sichtweisen ist unverzichtbar, und es kann auf keiner Seite einen Genehmigungsvorbehalt für politische Positionen durch den jeweils anderen geben.« (Horst Klaus, IG Metall) Aber: Gewerkschaften und Sozialdemokratie kämpfen prinzipiell für dieselben Ziele. Gegen die Macht der Unternehmer und der politischen Rechten können sie sich nur gemeinsam durchsetzen. Wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie sich auseinanderdividieren lassen, hat die Reaktion schon gewonnen. Eine sozilliberale Politik mit Lambsdorff gegen die Gewerkschaften würde nicht nur die Gewerkschaften schwächen, sondern auch die Identität der sozialdemokratischen Partei in Frage stellen.

Besprechungen

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Interdisziplinäre Jugendforschung. Fragestellungen, Problemlagen, Neuorientierungen. Juventa Verlag. Weinheim, München 1986 (305 S., br., 39,80 DM)

Die Jugend ist ins Gerede gekommen — und dies nicht nur bei den Jusos. Jugendforschung hat in den letzten Jahren ein großes gesellschaftliches Interesse hervorgerufen; Jugendarbeitslosigkeit, Jugendproteste, Jugendkulturen, neue Lebensstile sind nur einige Stichworte, die zur Nachfrage nach wissenschaftlichen Erklärungen führten. Rezipiert werden die wissenschaftlichen Ergebnisse dann aber meist sehr oberflächlich. Einprägsame Bilder, die vor allem aus den großen Jugendstudien stammen, bleiben als Erklärungen übrig: »Staubsaugerbegriffe schlucken dann jegliche Differenzierungen und Ambivalenzen« (Ziehe). Zu einem solchen Zustand hat die Jugendforschung auch selbst beigetragen. Durch das parzellierende Vorgehen der Variablenwissenschaften ging der Untersuchungsgegenstand in seinem Zusammenhang widersprüchlicher Momente zunehmend verloren. Des weiteren zeigte sich das Problem, daß verschiedene Wissenschaften sich mit der »Jugend« beschäftigen, ohne eine Verbindung untereinander herzustellen. So wird von einigen mittlerweile von einer »Krise aktueller Jugendforschung« (Baethge) gesprochen.

Der von Wilhelm Heitmeyer herausgegebene Sammelband stellt den vorsichtigen Versuch einer Neuorientierung der bundesrepublikanischen Jugendforschung dar. Versucht wird »einen interdisziplinären Entwicklungsprozeß im Sinne einer Annäherung an Ganzheitlichkeit von Problemerkärfungen zu fördern und weiterer Parzellierung von Fragestellungen zur 'Jugend' entgegenzuwirken« (12). Der Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung des Forschungsschwerpunktes »Jugendforschung« im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, an der Vertreter von Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Erziehungswissenschaften teilgenommen haben. Die Möglichkeit und Probleme von Interdisziplinarität in der Jugendforschung stellten den allgemeinen Rahmen der Tagung dar. »Interdisziplinarität wird in diesen Facetten nicht als Problemlösung, sondern als zu intensivierende Problemstellung verstanden, der sich die Autoren mit unterschiedlicher Intensität zuwenden.« (13)

In seinem Beitrag zur *Wissenschaftspraxis* geht es Heitmeyer um eine Reflexion der gesellschaftlichen und wissenschaftsinternen Bedingungen der Jugendforschung. Er plädiert für eine Forschung, die Jugendliche nicht nur als Untersuchungsobjekte sondern auch als potentielle Subjekte des Forschungsprozesses begreift. Dabei fordert er den Wechsel von einer »einseitigen« Relevanz zu einer »wechselseitigen« Relevanz, die die Jugendlichen als Adressaten von Forschungsergebnissen bewußt berücksichtigt.

Einige Theorie- und Analyseauschnitte werden in dem Abschnitt *Disziplinarität und Interdisziplinarität* vorgestellt. Deutlich fordert Olk eine konstruktive Neuorientierung der jugendsoziologischen Forschung angesichts der drohenden »Zersplitte-

« und »Zerfaserung«. Vom systemtheoretischen Ansatz ausgehend geht es ihm um eine Verbindung der objektiven und subjektiven Strukturierungen des Lebenslaufes mit den übergreifenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen.

Zum Themenbereich *Klassen- und Lebenslagenforschung* liefert Zinnecker einen äußerst spannenden Beitrag, indem er versucht, die Problematik mit Hilfe der Theorie des französischen Kultur- und Klassenanalytikers Pierre Bourdieu zu erfassen. Dabei werden nicht nur die »Jugend«, sondern auch die Theorien über die »Jugend« zum Gegenstand der Betrachtung: »die aktuelle Jugenddebatte ... ist als Teil klassenbezogener Positionskämpfe im gesellschaftlichen Raum zu recodieren« (116). Er analysiert die Kampffronten zwischen den verschiedenen Jugendkonzepten und arbeitet heraus, daß die Jugendkonzeption der »kulturellen Klassenfraktionen« zunehmend an Einfluß gegenüber derjenigen des »ökonomischen Kapitals« gewinnt und damit auch in eine hegemoniale Stellung gegenüber den beherrschten Klassen gelangt. Durch den Beitrag wird man aufgerufen, die eigene Jugendkonzeption kritisch auf ihre Verantwortung im gesellschaftlichen Raum zu befragen.

Im Abschnitt *Subjektmodelle* unternehmen Breyvogel/Helsper den Versuch, die strukturalistische Subjekttheorie des französischen Psychoanalytikers J. Lacan für die Jugenddebatte nutzbar zu machen. So interessant dieses Vorgehen auch ist, so hinterläßt der Beitrag doch den Eindruck, daß der Ansatz in Hinblick auf ein psychologisches Verstehen von Phänomenen im Jugendbereich bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist.

In den Abschnitten *Quantitative und qualitative Methoden* und *Querschnitt- und Längsschnittforschung* wird zum Abschluß die nicht unwichtige Methodendiskussion geführt. Erfreulich ist, daß von allen Beteiligten die Bedeutung qualitativer Methodik gesehen wird, wenn auch manche Äußerung zur Verbindung von qualitativer und quantitativer Methodik noch recht traditionell klingt. Einen guten Überblick über die qualitative Sozialforschung gibt Ferchhoff in seinem Beitrag. Friebel liefert mit seiner Darstellung der Längsschnittstudie »Soziale Determinanten der Weiterbildungsmotivation Jugendlicher« ein gutes Beispiel für die Verbindung »harter« und »weicher« Vorgehensweisen. Deutlich wird, daß es bei der Frage nach qualitativer und quantitativer Methodik nicht um ein »entweder/oder« geht, sondern daß die Methodenbestimmung über die Fragestellung bzw. den konkreten Gegenstand des Forschungsprozesses erfolgen muß. So wird herausgestellt, daß es einen Vorrang des Gegenstandes vor der Methode in der Jugendforschung geben muß.

Insgesamt gibt der Sammelband einen interessanten Überblick über Ansätze und Methoden der Jugendforschung und kann damit zur Verwissenschaftlichung der Diskussion über die »Jugend« beitragen. Rainer Bäcker (Bergisch-Gladbach)

Merkel, Wolfgang, und Bernhard Oldigs: Morgen rot. 80 Jahre Bremer Arbeiterjugendbewegung. 40 Jahre Landesjugendring, hrsg. vom Landesjugendring Bremen, Steintor-Verlag, Bremen 1987 (96 S., br., 19,80 DM)

Im November 1987 wurde mit einer Ausstellung in der Halle des Bremer Rathauses zweier Jubiläen gedacht: Vor 80 Jahren wurde mit der »Jungen Garde« die erste Arbei-

terjugendorganisation in Bremen gegründet, und vor 40 Jahren fanden sich die neugegründeten demokratischen Jugendorganisationen unter der Ägide der amerikanischen Besatzungsmacht zum »Bremer Jugendtag«, dem Vorläufer des Landesjugendrings, zusammen. Begleitend veröffentlichten der Landesjugendingring als Veranstalter und die beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter, die die Ausstellung konzipiert haben, den vorliegenden, reichbebilderten Band, der primär die Darstellung der Geschichte der Bremer Arbeiterjugendbewegung zum Ziele hat. Es handelt sich bei der Arbeit um eine im wesentlichen organisationsgeschichtlich orientierte, chronologisch gegliederte Darstellung, die außer auf der allerdings unvollständig berücksichtigten Sekundärliteratur hauptsächlich auf eigenen Archivstudien und Zeitzeugenbefragungen fußt. In vier Kapiteln werden die Bremer Arbeiterjugendbewegung bis 1918, in der Weimarer Republik und deren Endphase sowie »Verfolgung und Widerstand von Mitgliedern der Bremer Arbeiterjugendbewegung« geschildert, um dann die Nachkriegszeit bis 1968 in weiteren drei Kapiteln, die fast die Hälfte des Buches ausmachen, darzustellen.

Die Geschichte der Bremer Arbeiterjugendbewegung ist in mehrerer Hinsicht auch von überregionalem Interesse. Zum einen, weil wichtige Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung an ihrer Wiege standen: *Heinrich Schulz* setzte die Einrichtung einer Jugendkommission der Bremer SPD durch, der der damalige Parteisekretär *Wilhelm Pieck* angehörte, *Heinrich Brandler* war einer der entschiedensten Förderer einer eigenständigen sozialistischen Jugendorganisation, *Anton Parnekoek* leistete in der 1907 gegründeten »Jungen Garde« Bildungsarbeit, die im Ersten Weltkrieg von *Paul Frölich* geführt wurde, und der Bremer *Friedrich Ebert* wurde 1908 Leiter der Zentralstelle für die arbeitende Jugend. Diese Namen lassen schon die Auseinandersetzungen zwischen einem eher jugendpflegerischen und einem klassenkämpferischen Ansatz der Jugendarbeit ahnen, die — neben den Konflikten mit der Obrigkeit — die erste Phase der Bremer Arbeiterjugendorganisation prägten und die von den Verfassern anschaulich geschildert werden. Zum anderen ist eine Sonderentwicklung von Interesse, die sich schon früh anbahnte und die die Geschichte der Bremer Arbeiterjugendbewegung bis 1933 charakterisiert: die Dominanz radikal-linker Strömungen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg ist der Einfluß der Bremer Linken auf die Jugendorganisation beträchtlich. Zutreffend verweisen die Autoren darauf, daß die Basis für die Herausbildung dieser Linken in einem »Bündnis von radikalen Werftarbeitern, speziell von der AG »Weser«, mit linken Intellektuellen, vor allem Lehrern« bestand (S.10). Diese Lehrer — zu denen neben Johann Knief auch der Verfasser des bekannten Arbeiterjugendlieses »Dem Morgenrot entgegen«, *Heinrich Eildermann*, zählt — waren in der Jugendarbeit aktiv und beförderten die Durchsetzung linker Positionen, so daß die »Junge Garde« im Ersten Weltkrieg geschlossen zu den Bremer Linksradikalen übergeht.

In der Novemberrevolution bildet sich die »Freie Sozialistische Jugend (FSJ)« mit mehr als 600 Mitgliedern, in der alle Linksströmungen vertreten sind (während der von den Mehrheitssozialisten im Oktober 1918 gegründete Arbeiterjugendverein bedeutungslos bleibt), und beteiligt sich an der Räterepublik und an deren Verteidigung. Die Mehrheit der FSJ geht zur KPD, deren Jugendverband KJV bis 1923 die stärkste Arbeiterjugendorganisation in Bremen bleibt. Erst nach der Vereinigung der Jugendorgani-

sationen von USPD und Mehrheitssozialdemokratie zur Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Ende 1922 verfügt die SPD wieder über einen nennenswerten Jugendverband, der allerdings bis 1926 eine »stark jugendbewegte und kulturell geprägte Organisation« war, die in engem Einvernehmen mit der Mutterpartei wirkte (S.31). Aber seit der erneuten Regierungsbeteiligung der SPD im Reich und in Bremen in Großen Koalitionen radikalisiert sich die Bremer SAJ, überwindet ihr »Latscher«-Image und gerät in der Wehrfrage (Panzerkreuzerbau) und in der generellen Einschätzung des Weimarer Staates in Gegensatz zur SPD-Mehrheit. Am Ende dieses Radikalisierungsprozesses steht 1931 der Übertritt fast der gesamten SAJ zur SAP bzw. zu deren Jugendverband SJV. Diese außergewöhnliche, sich reproduzierende Dominanz linker Strömungen in der Bremer Arbeiterjugendbewegung wird in dem vorliegenden Buch deutlich, leider ohne daß die Autoren sie jedoch näher thematisieren oder gar zu begründen versuchen.

Neben der Darstellung der Geschichte der SAJ — die schwerpunktmäßig behandelt wird — liefert der Band für die Weimarer Zeit eine Reihe neuer Erkenntnisse über die Geschichte des KJVD und der Freien Gewerkschaftsjugend, wobei die Auswirkungen der ultralinken Politik der KPD ab 1929 im Jugendbereich — so versucht der KJVD auch in der Gewerkschaftsjugend die RGO-Konzeption zu praktizieren — gut herausgearbeitet werden. Das Kapitel über Widerstand und Verfolgung faßt bekannte Forschungsergebnisse über die Bremer Situation unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung von Arbeiterjugendlichen zusammen. Dabei sahen sich die Verfasser, wie sie in einer Nachbemerkung zu diesem Kapitel schreiben, nicht in der Lage, die Geschichte von HJ und BDM aufzuarbeiten. Da das Verhalten der großen Mehrheit der Arbeiterjugendlichen, die sich nicht am Widerstand beteiligte, sondern in unterschiedlichem Maße durch die Jugendpolitik des NS-Staates integriert wurde, ebensowenig untersucht wird wie die Wirkungsweise der faschistischen Jugendorganisationen, erfährt die Nazi-Zeit durch die ausschließliche Darstellung des Widerstandes eine unzureichende Interpretation, die dann auch den Blick für Kontinuitäten und Brüche nach 1945 verstellt.

Die Kapitel über die Zeit nach 1945 bieten eine Fülle von Details zur Geschichte des Landesjugendrings und der Arbeiterjugendverbände, die jedoch wenig systematisch aufbereitet worden sind. Die amerikanische Besatzungsmacht verzögert die Wiedergründung der SAJ (für die sich die »Volksjugend« und dann ab 1947 die »Falken« als SPD-nahe Jugendorganisation bilden) und die Gründung der FDJ. Dafür fördert sie eine Vielzahl von »unpolitischen« Jugendklubs, die ebenso sozialen Zwecken wie der »Reeducation« dienen sollten. In dem vom Amt für Jugendpflege und sieben Jugendverbänden 1947 gegründeten »Bremer Jugendtag«, aus dem 1949 der Landesjugendring hervorging, hat zunächst die FDJ großen Einfluß, der im Zusammenspiel von Besatzungsmacht und konservativen Jugendverbänden schnell zurückgedrängt wird. Der fortan stark von den Falken und der Gewerkschaftsjugend bestimmte Dachverband unterscheidet sich als Instanz für Karrieren in Parteien und Staatsapparat und mit seinen Tätigkeiten von der Jugendpflege bis zur Flüchtlingsbetreuung in den fünfziger Jahren nicht von den entsprechenden Einrichtungen in anderen Städten. Allerdings wendet er sich bereits früh gegen die Wiederbewaffnung, organisiert ab 1958 Aufklärungsarbeit gegen den Neonazismus und ist ab Mitte der sechziger Jahre ein Wegbereiter der Ver-

ständigkeitspolitik durch frühe Ostkontakte, wobei die evangelischen Jugendverbände in dieser Beziehung vorangeschritten waren. Die Autoren behandeln nicht nur die Jugendorganisationen, sondern auch die unorganisierten Protestbewegungen in den fünfziger Jahren (»Halbstarke«). Sie schließen mit der Schilderung der »Straßenbahnkrawalle« 1968, die die bremische Variante der 68er-Bewegung bilden.

Zwar geht das Buch auf die Kultur- und Freizeitaktivitäten und die Lebensweise der Jugendlichen in den einzelnen Phasen kurz ein — wobei die Fotos z.T. sehr aussagekräftig sind —, die Darlegung der sozial-ökonomischen Situation aber, ohne die die Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung kaum erklärt werden kann, fehlt fast völlig. Diese inhaltlichen Beschränkungen und Leerstellen sind wohl auch der Art und Weise geschuldet, in der heute fast nur noch solche Projekte organisiert werden: Eine zweijährige Arbeitsphase für zwei Mitarbeiter auf ABM-Basis, eine recht bescheidene finanzielle Ausstattung und der doppelte Produktionsdruck — Ausstellung samt Begleitprogramm und Buch — lassen umfassendere Ergebnisse kaum zu. Allerdings lassen sich dadurch weder historische Ungenauigkeiten und sachliche Fehler entschuldigen (so wird Karl Liebknecht am 1. Mai 1915 statt 1916 verhaftet, die »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« wird mit der illegalen KPD gleichgesetzt — um nur zwei Beispiele zu nennen), noch ein Darstellungsstil, der beim Leser häufig historische Detailkenntnisse in einem Maße voraussetzt, wie das eine populäre Darstellung jedenfalls nicht darf. Die zahlreichen grammatischen und stilistischen Patzer wären durch ein vernünftiges Lektorat, das zunehmend aus der Mode zu kommen scheint, vermeidbar gewesen.

Insgesamt wird man sich der vorsichtigen Wertung des Bremer Jugendsenators Henning Scherf anschließen können, der in seinem Vorwort dem Buch bescheinigt, erfreulicherweise einen ersten Versuch unternommen zu haben, die Lücke zu schließen, die hinsichtlich der Aufarbeitung der Bremer Jugendbewegung besteht. Aber eine umfassende Geschichte der Bremer Arbeiterjugendbewegung muß noch geschrieben werden.

Heinz-Gerd Hofschien (Bremen)

Guthke, Karl S.: B. Traven. Biographie eines Rätsels. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M., Olten, Wien 1987 (840 S., Ln., 54,- DM; für Nichtmitgl. 72,- DM)

Die Authentizität der Romane Travens bedarf, so heißt es, keiner Beweise: daß dieser mysteriöse Autor, der sich seit den zwanziger Jahren in Mexiko versteckte, Erfahrungen als Schauspieler im Düsseldorf der Jahrhundertwende, als Herausgeber der radikalen Zeitschrift *Der Ziegelbrenner* und als Propaganda-Beauftragter der Münchner Räteregierung 1919, aber auch als Seemann ohne Papiere, als Hilfsarbeiter in allen möglichen Metiers vom Goldwäscher bis zum Kellner oder Baumwollpflücker in Mexiko hatte, läßt sich aus seinen Romanen und Artikeln rekonstruieren. Das besondere Merkmal dieser Romane ist gerade die Vermischung von Sozialkritik und Abenteuergeschichten vor dem Hintergrund eindringlicher soziologischer Beschreibungen, denen es zugute kommt, daß ihr Verfasser Autodidakt war. Traven bleibt stets anschaulich, der abstrakte Stil wissenschaftlicher Abhandlungen ist ihm selbst in seinen anthropologischen Versuchen über mexikanische Indianer fremd. Dagegen geht

diesem linken Karl May um so leichter das Temperament durch, wenn er die Ausbeutung der Indianer in den Wäldern oder die Klassenkämpfe des Subproletariats in den Städten Mexikos schildert. Der unverfälschte Realismus dieses deutschen Anarcho-Syndikalisten schlägt dann um in eine Revolutionsromantik, die für seine Bücher typisch ist. Doch auch Travens Revolutionspathos bleibt lesbar, weil es seinen tiefen *Glauben* an die soziale Revolution ausdrückt, ohne sich um literarische Konzeptionen zu kümmern oder für politische Programme zu werben.

Der Reiz seiner Romane beruht zu einem Gutteil auf seinem nüchternen und doch packenden Erzählstil, der nur einer Programmatik folgt: seiner tiefen Abneigung gegen kleinbürgerliche Beschränktheit und jede Form der Unterdrückung und seinem radikalen Freiheitswillen. Seine überzeugenden, konkret illustrierten Ausfälle gegen die Ausbeutungspraktiken amerikanischer Ölkonzerne zeigen dies ebenso wie seine präzisen Schilderungen der erbarmungswürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen mexikanischer Indios oder selbst seine geradezu rührende Verteidigung der Prostitution in den mexikanischen Städten. Dagegen frappt in seinen Erzählungen mitunter ein rabenschwarzer Humor, der an Verbitterung grenzt. Besonders seltsam muten Travens Schilderungen seiner Heldentaten im Ersten Weltkrieg an, die auch von einem militärbegeisterten Deutschnationalen stammen könnten — wäre da nicht jener entlarvende Unterton, der diese Taten in den Kontext aufopfernder Kameradschaft im Kampf ums nackte Überleben stellt.

Es könnte sein, daß die Authentizität der Romane Travens auf *Projektionen* beruht. Wer will — bei der (trotz aller Sorgfalt und Ausführlichkeit auch von Guthke) nur vage rekonstruierbaren *vita* Travens — je nachprüfen, was dieser Autor *tatsächlich* erlebt hat oder nur auf Grund seiner zweifellos profunden Kenntnis der Lebensbedingungen der unterdrückten Indios und der deklassierten Weißen auf den *haciendas* im Süden Mexikos als eigenes Erleben aus gibt?

Das vorliegende Buch weist Traven nachhaltig als distinguierten, wissenschaftlich und literarisch ambitionierten Schriftsteller aus, der womöglich selbst zu seinen früheren mexikanischen Zeiten nie ernsthaft auf die (von ihm so klassenkämpferisch überhöhten) Hilfsarbeiten in Mexiko angewiesen war. Travens literarische Kraft könnte genau so gut seiner Angst entsprungen sein, jemals unter solchen Verhältnissen existieren zu müssen. Die von Guthke erstmals veröffentlichten Fotos vom *vierzigjährigen Studenten Traven* in Mexiko-Stadt zum Beispiel vermitteln eher den Eindruck eines überangepaßten Traven, dessen *Fliege* geradezu schreit nach bürgerlicher Reputation. Doch bei diesem mysteriösen, sich ewig verfolgt wahnenden, seine Identität andauernd verschleiern und zugleich immer wieder neu konstituierenden Autor ist alles möglich und so oder so authentisch auf Grund seiner präzisen *teilnehmenden Beobachtungen*. Es ist zwar ein aufreizendes Thema, aber literarisch nebensächlich, ob er die Dinge erlebt oder »nur« fesselnd erzählt hat.

Im Gegensatz zu dem eher spießigen Karl May hat der revolutionserfahrene, nach einem über ihn 1919 verhängten standrechtlichen Todesurteil jahrelang flüchtige Traven die Kontinente *tatsächlich* gewechselt und erkundet. Vermutlich waren seine anthropologisch ambitionierten Reisen in den Süden Mexikos — und das dort erlebte Elend der

Indios — der eigentliche Auslöser seiner vielfältigen Romane, während er in seinem geradezu traumatischen Bericht vom *Totenschiff* womöglich seine Flucht aus Großbritannien 1925/26 verarbeitet hat. Wieso nennt Traven diesen verrotteten Seelenverkäufer *Yorikke* ausgerechnet nach dem Narren in *Hamlet*, *Yorick*, jenem »Burschen von unendlichem Humor, voll von den herrlichsten Einfällen« (5, 1), unter dessen Namen schon *Lawrence Sterne* seine »Predigten« und seine »Sentimentale Reise« publiziert hatte, wenn nicht als Programm?

Karl S. Guthke, Germanist und Hochschullehrer an der Harvard-Universität, jedenfalls ist — im Vorgriff auf den *zwanzigsten Todestag* Travens am 26. März 1989 — die erste grundlegende und (soweit überhaupt möglich) umfassende Rekonstruktion des *Phantom*-Autors B. Traven gelungen. Es spricht für Guthkes Traven-Verständnis, daß er sein Buch bei der *Büchergilde*, dem deutschen Hausverlag Travens, herausgebracht hat. Die *Büchergilde* hat Travens Romane von Anfang an (während der Nazi-Herrschaft von der Schweiz aus) publiziert und in den siebziger Jahren schließlich mit einer soliden Werkausgabe gewürdigt.

Guthkes *Hommage an B. Traven* setzt neue Maßstäbe: diese ausführliche, sorgfältig recherchierte, ebenso zurückhaltend reflektierende wie anschauliche (und doch wissenschaftlich anspruchsvolle) Darstellung ist Biographie, Bibliographie, Werkgeschichte und nicht zuletzt Erstausgabe diverser Texte Travens zugleich. Die *Büchergilde* hat daraus ein sorgfältig ediertes und ausgestattetes sowie solide gebundenes *Buch* gemacht: Plantin-Schrift in zwei Dunkelheitsgraden für Text und Zitate, großzügiges Layout, sorgfältige Reproduktion der zahlreichen, größtenteils erstmals zugänglichen Fotos, Zeichnungen und Dokumente; dazu ein sorgfältiger wissenschaftlicher Apparat. Wenn nach Walter Benjamin *Schriftsteller eigentlich Leute sind, die Bücher nicht aus Armut, sondern aus Unzufriedenheit mit den Büchern schreiben, die sie kaufen könnten und die ihnen nicht gefallen*, dann ist die *Büchergilde* eigentlich ein Verlag, der Bücher macht aus Unzufriedenheit über die schlampigen Schnellschüsse der Konkurrenz. Was wäre wohl aus diesem ausgezeichneten Buch geworden, wenn Guthke sich nicht zur *Büchergilde Gutenberg* verstanden hätte — diesem erst jüngst wieder zur Disposition gestellten, gewerkschaftlichen Verlag und Buchklub, der nicht nur über Traven ausgezeichnete Bücher macht, sondern insgesamt durch seine gediegene Buchproduktion auffällt?

Guthkes Werk ist trotz des romantischen »Travenbuchs« bei Rowohlt 1976, das in die Werkausgabe der *Büchergilde* übernommen wurde, und der (zumindest bezüglich der Herkunft Travens und der Frage der Authentizität seiner Romane) stellenweise recht spekulativen Untersuchung des DDR-Literaturwissenschaftlers *Rolf Recknagel* 1982 die erste Traven-Biographie, die diesen Namen verdient.

Die Spekulationen haben mithin ein Ende — das ist Guthkes besonderes Verdienst. Traven war wohl ein schwer gezeichneter Mann, der an seiner (offenbar auch für ihn selbst und aus welchen Gründen auch immer) ungeklärten Herkunft litt und nach seiner Flucht aus München unter unbekanntem Umständen über Großbritannien weiter nach Mexiko flüchtete und sich von da an (nunmehr doppelt gezeichnet) zeitlebens vergrub — selbst vor deutschen Emigranten wie Anna Seghers oder Egon Kisch, die aller

dings auch nicht nach ihm geforscht zu haben scheinen. — Es blieb dem nachmaligen »Entdecker« der gefälschten *Hitlertagebücher*, dem Reporter Gerd Heidemann vorbehalten, aus diesem ebenso gequälten wie überzeugten Sänger der Revolution ausgerechnet einen illegitimen Hohernzollernspröß zu kreieren — unter Berufung auf Travens Witwe, die diese Behauptung prompt dementierte.

Sigurd v. Ingersleben (Berlin/West)

Geist statt Zeitgeist

Modern aussehen heißt noch lange nicht, jede Mode mitzumachen. Denn ein farbiges Magazin muß die Welt nicht nur in bunten Farben malen. **FRONTAL**, das Magazin für Hochschule, Politik & Kultur kostet im Jahresabo (sechs Hefte) nur 15,- Mark, als Einzelheft 2,80 Mark.



FRONTAL, der Geist steht links.

Coupon

Ja, ich möchte **FRONTAL** gerne kostenlos und unverbindlich kennenlernen. Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeheft 14 Tage zur Ansicht.

Wenn ich nicht innerhalb von zwei Wochen absage, erhalte ich **FRONTAL** in Zukunft zum Preis von 15 Mark pro Jahr. Das Probeheft darf ich in jedem Fall behalten.

Name, Anschrift _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum, Unterschrift _____

Einsenden an **FRONTAL**,
Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1

Über die Autorinnen und Autoren

Bäcker, Rainer, geb. 1961; Studium der Psychologie, Philosophie, Politikwissenschaften, Pädagogik an der Univ. Köln. Beisitzer im Juso-Bezirksvorstand Mittelrhein und SPD-Stadtverbandsvorstand Bergisch Gladbach. Mitglied in SPD, ÖTV, SHB

Becker, Johannes M., geb. 1952; Dr.phil., Lehrbeauftragter an der Univ. Frankfurt/Main. Wichtigste Veröffentlichung: *Das französische Experiment* (Hrsg.), Berlin (West), Bonn 1985

Bimboes, Detlev, geb. 1946; Dr.rer.nat., Dipl.-Biologe. Arbeitsgebiet: Schadstoff-Toxikologie. Mitglied in SPD, ÖTV und im Touristenverein »Die Naturfreunde«

Brandt, Arno, geb. 1955; Dipl.-Ökonom. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Linden-Lemmer. Mitglied in GEW, Falken, AWO

Brückner, Bernhard, geb. 1952; Dr.rer.nat., Dipl.-Biochemiker. Arbeitsgebiet: Arbeitsschutz/Humanisierung der Arbeit. Mitglied in SPD und ÖTV

Dehm, Diether, geb. 1950; Musikproduzent und Rockautor. Mitglied der SPD und des Bundesvorstandes der AGS

Flackus, Jochen, geb. 1955; Politologe. Mitglied in SPD und ÖTV

Hofschen, Heinz-Gerd, geb. 1949; wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Weiterbildung der Univ. Bremen. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Wirtschaftspolitik. Mitglied in SPD, GEW, BdWi

Ingersleben, Sigurd v., geb. 1944; Dr.phil., Soziologe/Publizist. Veröffentlichungen zu Wissenschafts- und Medizintheorie, Drehbücher, Rezensionen. Mitglied in SPD, ÖTV und der *spw*-Redaktion

Jansen, Mechtild, geb. 1952; 1975 bis 1978 Vorsitzende des SHB, 1978 Ausschuß aus der SPD, Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«, Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes, der Frauen- und der Friedensbewegung in der BRD

Katborg, Kennie, Sekretär für Gewerkschaftsfragen der SF

Klaus, Horst, geb. 1930; geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Mitglied der SPD

Kohler, Mathias, geb. 1952; Dipl.-Sozialarbeiter (FH), Mitglied in SPD, ÖTV, VVN. Sprecher des Mannheimer Arbeitskreises für Frieden und Abrüstung (MAFA) und einer der Beschwerdeführer beim BVerfG gegen die Lagerung chemischer Waffen in der BRD

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt, ehemaliger SHB-Bundesvorsitzender, 1974 bis 1976 Landesvorsitzender der Berliner Jusos, 1981 bis 1985 und seit März 1986 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ohlsen, Lars, Journalist des Wochenmagazins der SF *Socialist Weekend* und Lehrer in politischer Wissenschaft

Pausch-Gruber, Ursula, geb. 1933; Journalistin. Mitglied des Bayerischen Landtages, des Rundfunkrates beim Bayerischen Rundfunk, stellv. AsF-Bundesvorsitzende. Mitglied der SPD und des DJV. Mitherausgeberin der *spw*

Pelinka, Peter, geb. 1951; Redakteur der *Arbeiter-Zeitung* (AZ) Wien. Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der sozialistischen Jugend. Mitglied in SJÖ und SPÖ

Schöler, Uli, geb. 1953; Jurist, Doktorand, Mitglied in SPD und ÖTV

Vogel, Ursula; Studium der Germanistik

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist, Mitglied in SPD, HBV, AWO und der *spw*-Redaktion

Windmann, Jörg, geb. 1958; Dipl.-Ing. und Jurastudent. Arbeitsgebiet: Ökologie und Technologie. Mitglied in SPD und GEW

Wolf, Ulrich, geb. 1953; Lehrer. Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes Hannover/Stadt. Mitglied der GEW

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus

Herausgeber:

Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon † · Johannes Rau
Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

Schwerpunktthema des Mai-Heftes:

Simulation

mit Beiträgen von

**Karin Dehnböstel · Dietrich Grünwald
Bernd Guggenberger · Nicolaus Sombart**

Peter Lösche:

Ende der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung?

Frieder Naschold:

Gegenwartsprobleme und Zukunftsperspektiven
des öffentlichen Dienstes

Gespräch mit **Bryan Gould:**

British Labour – Wandel und Neubeginn

Neil Kinnock/Roy Hattersley:

Die Ziele und Werte des demokratischen Sozialismus

Norbert Ropers:

Die sicherheitspolitische Debatte in Großbritannien.
Konsequenzen für die Zusammenarbeit in Westeuropa

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich,
kostet im Jahresabonnement DM 66,- zzgl. Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:

Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

Freiheit, Gleichheit, Feminismus bei Argument



Griechenland — Entfernungen in die Wirklichkeit

Ein Lesebuch
Hrsg. von Armin Kerker

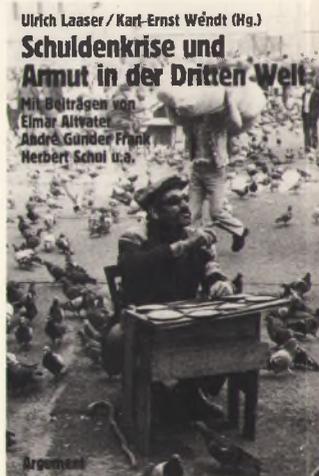
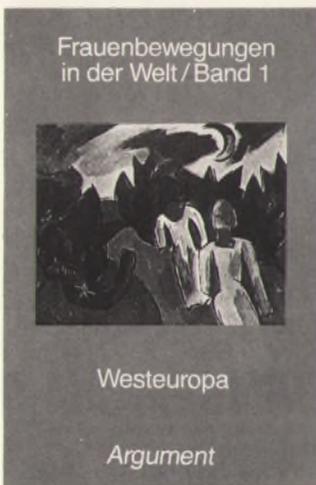
Das Buch — alles andere als ein konventioneller Reiseführer — ist eine Auseinandersetzung griechischer und deutscher Autoren (u. a. Ritsos, Theodorakis, Rondholz) mit der modernen Geschichte und Kultur Griechenlands: Erkundungen von Faschismus und Widerstand im Zweiten Weltkrieg, Bemerkungen zum zeitgenössischen Film und Theater, Besuche im Kafenion und Beiträge zur griechischen Volksmusik. Ein umfassender Beitrag stellt die Lage der Frauen im heutigen Griechenland dar. Der Band enthält 50 Photos. Ca. 350 S., br., DM 28,—

Frauenbewegungen in der Welt Band 1: Westeuropa

Hrsg. Autonome Frauenredaktion

Der erste Band der *Frauenbewegungen in der Welt* soll Auskunft geben über die Geschichte und Gegenwart der westeuropäischen Frauenbewegungen, über ihre Ziele und Bündnisse, über das Verhältnis zu anderen politischen Gruppen und gegenüber dem Staat. Die Autorinnen analysieren die verschiedenen Strömungen innerhalb der jeweiligen Frauenbewegung und berichten von der Entstehung von Frauenkultur und Frauensolidarität. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weltweiten Frauenkämpfe werden erkennbar.

AS 150, 176 S., br.,
DM 18,50/15,50 f. Stud.



Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt

Hrsg. von Ulrich Laaser
und Karl Ernst Wendt

Die internationale Schuldenkrise hat sich zu einer Herausforderung entwickelt, die nicht nur das internationale Finanz- und Währungssystem, sondern längst die ökonomische, politische und soziale Gesamtexistenz der Dritten Welt langfristig gefährdet. Im vorliegenden Band äußern sich international renommierte Wissenschaftler (u. a. Altvater, Frank, Schui) zu diesem Problemkomplex und diskutieren Ursachen, Entwicklungen und Lösungsstrategien der Welt-schuldenkrise.

212 S., br., DM 22,—

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13